



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 37

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE  
N. 37

---

vom 5.11.2014

---

del 5/11/2014

Präsident  
Vizepräsident

Dr. Thomas Widmann  
Dr. Roberto Bizzo

Presidente  
Vicepresidente

# WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 37

vom 5.11.2014

## Inhaltsverzeichnis

Beschlussantrag Nr. 115/14 vom 7.5.2014, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend Junge Menschen und die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung: Wahlfreiheit zumindest beim ersten Mal! (Fortsetzung). . . . .Seite 1

Beschlussantrag Nr. 151/14 vom 5.6.2014, eingebracht von den Abgeordneten Tinkhauser, Blaas, Leitner, Mair, Oberhofer und Stocker S., betreffend die Errichtung eines Stromtankstellennetzes . . . . . Seite 5

Beschlussantrag Nr. 180/14 vom 9.7.2014 eingebracht von den Abgeordneten Sigmar Stocker, Blaas, Leitner, Mair, Oberhofer und Tinkhauser, betreffend: Landtag informiert sich über Unabhängigkeitsbestrebungen in Schottland und schickt eine Informationsdelegation nach Schottland – Einberufung eines zweiten Südtirol Konventes zu den Erfahrungen der Schotten mit dem Unabhängigkeitsreferendum . . . . . Seite 10

Beschlussantrag Nr. 194/14 vom 30.7.2014, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Knoll und Klotz, betreffend Änderung der Internet-Domains des Landes . . . . . Seite 18

Beschlussantrag Nr. 195/14 vom 31.7.2014, eingebracht von den Abgeordneten Heiss, und Foppa, betreffend Südtirols Verlage, wichtige Träger von Kultur und Identität, sind akut gefährdet: Die Einführung einer Buch- und Verlagsförderung nach bewährten Vorbildern ist dringend notwendig! . . . . .Seite 21

Beschlussantrag Nr. 203/14 vom 18.8.2014, eingebracht von der Abgeordnete Artioli, betreffend den sozialen Einheitsschalter für Invaliden . . . . . Seite 40

# RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE

N. 37

del 5/11/2014

## Indice

Mozione n. 115/14 del 7/5/2014, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante i giovani e la dichiarazione linguistica: libertà di scelta almeno la prima volta! . . . . . pag. 1

Mozione n. 151/14 del 5/6/2014, presentata dai consiglieri Tinkhauser, Blaas, Leitner, Mair, Oberhofer e Stocker S., riguardante la realizzazione di una rete di stazioni di ricarica per veicoli elettrici . . . . . pag. 5

Mozione n. 180/14 del 9/7/2014, presentata dai consiglieri Sigmar Stocker, Blaas, Leitner, Mair, Oberhofer e Tinkhauser, riguardante: il Consiglio provinciale si informa sulle tendenze secessioniste degli scozzesi e manda una delegazione in Scozia – Convocazione di una seconda convenzione per la riforma dello Statuto di autonomia avente per oggetto l'esperienza fatta dagli scozzesi con il referendum sull'indipendenza . . . . . pag. 10

Mozione n. 194/14 del 30/7/2014, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Knoll e Klotz, riguardante il cambiare i domini internet della Provincia. . . . . pag. 18

Mozione n. 195/14 del 31.7.2014, presentata dai consiglieri Heiss e Foppa, riguardante l'allarme editoria: le case editrici altoatesine sono importanti promotrici di cultura e identità per cui va introdotto al più presto un sistema di sostegno sulla base di modelli che hanno già dato ottimi risultati! . . . pag. 21

Mozione n. 203/14 del 18/8/2014, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante lo sportello unico sociale invalidi . . . . . pag. 40

Beschlussantrag Nr. 226/14 vom 2.10.2014, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend Gefahrgutalarm entlang der Brennerbahn . . . . .Seite 47

Beschlussantrag Nr. 240/14 vom 20.10.2014, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend das Finanzabkommen und das Abkommen zu den Militärarealen müssen nachverhandelt und nachgebessert werden . . . . . Seite 51

Begehrensantrag Nr. 1/13 vom 22.11.2013, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Klotz und Zimmerhofer, betreffend die Begnadigung der Südtiroler Freiheitskämpfer (Fortsetzung) . . . . . Seite 58

Beschlussantrag Nr. 207/14 vom 22.8.2014, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend Ausschreibungen, neue Rahmenbedingungen müssen her . . . . . Seite 58

Mozione n. 226/14 del 2/10/2014, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante allarmi chimici lungo la ferrovia del Brennero . . . . . pag. 47

Mozione n. 240/14 del 10/10/2014, presentata dal consigliere Pöder, riguardante: l'accordo finanziario e l'accordo sulle aree militari vanno rinegoziati e migliorati . . . . . pag. 51

Voto n. 1/13 del 22.11.2013, presentato dai consiglieri Knoll, Klotz e Zimmerhofer, riguardante la concessione della grazia agli attivisti sudtirolesi (continuazione). . . . . pag. 58

Mozione n. 207/14 del 22.8.2014, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante appalti: urgono nuovi criteri. . . . . pag. 58

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann**

**Ore 10.05 Uhr**

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt. Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt. Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung hat sich die Abgeordnete Mair entschuldigt.

Wir fahren mit der Behandlung des Punktes 4 der Tagesordnung, Beschlussantrag Nr. 115/14, fort.

Punkt 4 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 115/14 vom 7.5.2014, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend Junge Menschen und die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung: Wahlfreiheit zumindest beim ersten Mal!"** (Fortsetzung).

Punto 4) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 115/14 del 7/5/2014, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante i giovani e la dichiarazione linguistica: libertà di scelta almeno la prima volta!"** (continuazione).

Herr Abgeordneter Knoll, bitte.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Danke, Herr Präsident! Ich möchte auf zwei Aspekte eingehen, die in diesem Beschlussantrag doch etwas fragwürdig sind. Mir ist schon klar, dass es prinzipiell nicht um die Frage geht, wann die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung eingereicht werden soll. Der Kern des Beschlussantrages ist im Grunde genommen das System der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung an sich. Kollege Dello Sbarba, es ist schon ein bisschen vermessen, hier so zu tun, als ob junge Menschen nicht fähig wären, Fristen einzuhalten. Ich kenne so viele junge Menschen, die Verantwortung übernehmen müssen. Wir haben es mit volljährigen Menschen zu tun und wollen ihnen unterstellen, dass sie nicht in der Lage wären, die Bedeutung einer Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung zu erfassen? Das ist kein gutes Bild. Es mag sicher junge Menschen geben, die diesem Klischeebild entsprechen, aber es gibt auch ältere Generationen, die einem solchen Klischeebild entsprechen. Unser Anliegen müsste es sein, jungen Menschen das nötige Verantwortungsbewusstsein zu übertragen und ihnen zu vermitteln, was die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung für die Autonomie Südtirols bedeutet. Wenn Menschen, die aus irgendeinem Grund die Frist versäumen, noch einmal daran erinnert werden sollen, dann haben wir überhaupt nichts dagegen. Das ist eine ganze andere Diskussion! Mich wundert auch die Aussage des Kollegen Urzì, der dieses Ansinnen mit heller Begeisterung unterstützt. Wenn wir uns die Folgen anschauen, so geht das höchstwahrscheinlich zu Lasten der italienische Sprachgruppen bzw. derjenigen, die sich nicht einer Sprachgruppe zugehörig erklären wollen. Das sind meistens Italiener. Die Südtiroler haben kein Problem damit, sich einer Sprachgruppe zugehörig zu erklären.

Wir werden diesen Beschlussantrag auf alle Fälle nicht unterstützen.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Aus meiner Sicht ist der Fehler mit der Durchführungsbestimmung gemacht worden. Wir haben es geschafft, Drittländler besser zu stellen als die Einheimischen. Das ist das Problem! Wenn man gegen diesen Beschlussantrag ist, dann setzt man sich damit dem Vorwurf aus, die eigenen Leute zu benachteiligen. Unsere Leute müssen die Sprachgruppenerklärung, sobald sie 18 Jahre alt sind, innerhalb eines Jahres abgeben. Für die Drittländler ist das sofort gültig? Das ist der Unterschied! Hier geht es aber auch um etwas Grundsätzliches. Die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung hat damit zu tun, dass wir ein Instrument haben, das sich Proporz nennt. Deshalb ist das immer auch ein Angriff auf den Proporz. Das darf man bei dieser Diskussion nicht vergessen. Diesen Angriff hat es aber auch schon mit der Durchführungsbestimmung gegeben. Die Grünen versuchen jetzt natürlich nachzuziehen, und sie haben natürlich ein gutes Argument, indem sie sagen:

"Leute aus Drittländern, die schon länger einen EU-Aufenthalt haben, können auf eine einfache Art und Weise die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abgeben. Wenn es unsere eigenen Leute vergessen, dann können sie dies erst nach 18 Monaten tun." Man muss aber schon auch ein bisschen anders argumentieren. Leider wird in den Schulen das Fach Staatsbürgerkunde nicht mehr unterrichtet. Man muss jungen Menschen, die in diesem Land leben, sagt, was sie im Leben erwartet. Solche Rechte und Pflichten wären den jungen Menschen eigentlich beizubringen. Wenn sie es dann verabsäumen, eine solche Erklärung abzugeben, dann tragen sie dafür natürlich die Verantwortung. Mein Ansatzpunkt ist dieser. Dass unsere Leute nicht schlechter zu behandeln sind als Zugewanderte, muss wohl klar sein. Dieser Beschlussantrag ist aus Sicht der Grünen natürlich sehr klug gemacht. Ich lasse mir bestimmt nicht den Vorwurf machen, die Südtiroler schlechter zu behandeln als Leute, die aus Drittländern kommen. Ich war damals gegen diese Durchführungsbestimmung, aber sie ist nun einmal da. Jetzt müssen wir einen Ausgleich schaffen, um sie insofern anzugleichen, dass unsere eigenen Leute nicht benachteiligt sind. Das wäre dann wahrscheinlich sogar ein Fall für die Antidiskriminierungsstelle. Das muss man sich einmal vorstellen. Soweit sind wir gekommen!

Den Prämissen stimmen wir sicher nicht zu, dem beschließenden Teil werden wir hingegen zustimmen. Gegen diesen kann man eigentlich nicht sein, wenn man sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, die eigenen Leute schlechter zu stellen als Leute, die aus Drittländern kommen. Die Zugangsmöglichkeit Letzterer zu öffentlichen Stellen war aus unserer Sicht ein unüberlegter Schritt.

**STEGER (SVP):** Herr Präsident, ich würde Sie um eine kurze Unterbrechung der Sitzung für eine Beratung der SVP-Fraktion ersuchen.

**PRÄSIDENT:** Ich gebe dem Antrag statt. Die Sitzung ist kurz unterbrochen.

ORE 10.14 UHR

-----

ORE 10.30 UHR

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Frau Abgeordnete Abgeordnete Hochgruber Kuenzer, Sie haben das Wort.

**HOCHGRUBER KUENZER (SVP):** Danke, Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon verzwickt, dass es zwei unterschiedliche Situationen gibt. Diese Unterschiede gelten natürlich nicht für die Ersterklärung nach der Volljährigkeit, sondern für jene Personen, die nach Südtirol kommen und die Möglichkeit erhalten, die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abzugeben. Wenn deren Kinder erwachsen werden, bekommen sie genauso mit 18 Jahren die Aufforderung zur Abgabe der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung und für sie gilt dieselbe Sperrfrist wie für die Südtiroler. Diese Besonderheit, die das Zusammenleben regelt, war ein Kompromiss, mit dem wir immer sehr gut gelegt haben. Dementsprechend wurde nämlich der Proporz aufgeteilt und es war für alle klar, wo die eigene Rolle ist. Ich glaube, dass man es den Jugendlichen schon zumuten kann, bei ihrer Volljährigkeit auch an die Abgabe der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung zu denken. Viele dieser Jugendlichen gehen noch in die Oberschule oder sind in der Berufsschule und werden im Rahmen der jeweiligen Unterrichtsfächer – beispielsweise in Rechtskunde – darauf hingewiesen. Wenn das nicht der Fall ist und unter den Jugendlichen eine gewisse Gleichgültigkeit einreißt, dann sollten wir uns überlegen, welchen Wert die Autonomie und der Proporz haben. Wie gesagt, ich glaube, dass die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung bis jetzt sehr gut angenommen wurde. Die Jugendlichen wissen genau, was es braucht, um den Führerschein machen zu können. Mit 18 Jahren sind sie volljährig, was bedeutet, dass sie ihr Verhalten vor dem Gesetz rechtfertigen müssen. Die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung ist ein Teil Südtirols. Ich persönlich vertraue den Jugendlichen, dass sie imstande sind, mit 18 Jahren die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung abzugeben. Wir sollten nicht sagen, dass Menschen, die zugewandert sind, besser sind als unsere. Wenn sie hier aufwachsen und volljährig werden, dann gilt für sie dasselbe. Wenn sie zu einem späteren Zeitpunkt nach Südtirol kommen, dann gibt es für sie diese Ausnahmen. Ich möchte vom bisherigen System nicht abweichen.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Das Thema der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung ist ein wichtiges, um nicht zu sagen ein fundamentales, das selbstverständlich mit dem System zusammenhängt, das letztlich eine Befriedung ins Land gebracht hat, nämlich das System des Proporz. Wir wissen, dass in den letz-

ten Jahrzehnten viel darüber diskutiert wurde, aber es ist auch von verschiedener Seite festgestellt worden, dass es viel an Brisanz verloren hat. Inzwischen wird es nämlich von allen Sprachgruppen akzeptiert.

Ich darf noch ein paar Dinge klären, bevor ich die Position der Landesregierung zu diesem Beschlussantrag erläutere. Beim Gesagten wurde einiges vermischt, beispielsweise auch, dass die individuelle Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung eine Auswirkung auf die Zusammensetzung der Sprachgruppen im Sinne der Zuweisung der Stellen hätte. Das stimmt natürlich nicht, denn dafür ist einzig und allein die Volkszählung ausschlaggebend. Das wird auch unabhängig davon, wie jetzt entschieden wird, so bleiben. Die einzige Ausnahme ist Zusammensetzung der Landesregierung, denn diese bezieht sich auf die Zusammensetzung des Landtages. Die individuelle Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung ist natürlich bedeutsam, denn sie ist ausschlaggebend dafür, ob man Anrecht auf eine bestimmte Stelle hat, die aufgrund der Volkszählung einer bestimmten Sprachgruppe vorbehalten ist.

Es hat natürlich immer wieder Fälle gegeben, in denen es Jugendliche aus irgendeinem Grund versäumt haben, diese Erklärung abzugeben. Bezüglich der Regelung, die für die EU-Bürger und Nicht-EU-Bürger gelten, ist zu sagen, dass es keine formale Ungleichbehandlung gibt. Für alle, die jünger als 18 Jahre alt sind, gilt dieselbe Regelung. Diese bekommen die Aufforderung, die Erklärung abzugeben. Der Unterschied besteht für Personen, die das 18. Lebensjahr bereits überschritten haben. Wenn so jemand aus einem Nicht-EU-Staat oder EU-Staat zuwandert, dann kann man ja nicht gut sagen, dass er mit 18 Jahren eine Erklärung in Südtirol abgeben hätte müssen. Diese können dann eine Ad-hoc-Erklärung machen.

Was würde passieren, wenn wir diesen Beschlussantrag annehmen würden? Dann würden 95 Prozent der Betroffenen Ad-hoc-Erklärungen abgeben. Das kann nicht der Sinn einer solchen Regelung sein. Es kann ja nicht sein, dass man sich immer dann, wenn eine bestimmte Stelle ausgeschrieben wird, einer bestimmten Sprachgruppe zugehörig erklärt. Das wollen wir vermeiden. Wir wollen aber auch vermeiden, dass es de facto ungleiche Situationen gibt. Wennschon, dann wäre zu überprüfen, dass für jene, die später dazu kommen, dieselbe oder eine ähnliche Regelung schafft. Wir haben ja die Daten. In jenem Moment, in dem die Personen ihren Wohnsitz erklären, bekommen sie die Aufforderung zur Abgabe der Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung. Wenn dies versäumt wird, dann gibt es eine Sperrfrist. Das wäre eine Gleichbehandlung. Bei dieser Gelegenheit könnte man überprüfen, ob die Sperrfrist reduziert werden könnte. Die Sperrfrist hat ja einen bestimmten Sinn. Es soll nicht zu Ad-hoc-Erklärungen für eine bestimmte Stelle geben. Es kann aber auch nicht sein, dass ich so lange gesperrt bin, dass ich mich nicht für andere in Frage stellende Stellen bewerben kann. In diesem Sinne schlagen wir vor, dass wir diese De-facto-Ungleichsituation ausgleichen, indem auch für neue Mitbürgerinnen und Mitbürger die Aufforderung gilt, diese Erklärung abzugeben. Wenn man diese Erklärung nicht abgibt, dann gilt dieselbe Regelung wie für die bereits ansässige Bevölkerung. Auf jeden Fall werden wir überprüfen, ob die Sperrfrist von 18 Monaten nicht zu hoch gegriffen ist. Es geht nicht darum, ethnische Käfige wieder neu aufzubauen, aber es kann auch nicht sein, dass wir den Opportunismus fördern und jeder die Erklärung abgeben kann, so wie es ihm passt.

Ein Letztes noch. Ich schließe mich voll den Ausführungen der Kollegin Kuenzer an. Wenn wir immer davon ausgehen, dass wir unseren jungen Leuten überhaupt nichts zumuten können, dann ist das die falsche Botschaft. Wir werden alles tun, um solche Situationen in Zukunft zu vermeiden. Es wird ein Auftrag an die Schulämter und Schulen ergehen, die Schüler darauf hinzuweisen und zu erklären, wie bestimmte Dinge in Südtirol funktionieren. Wir werden auch prüfen, ob es ab einem bestimmten Datum eine zweite Aufforderung zur Abgabe der Erklärung geben soll. Wir können das Problem nicht lösen, indem jeder Ad-hoc-Erklärungen abgeben kann.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Lei ha proposto esattamente l'opposto di quello che noi vogliamo per cui, per carità, non lo faccio. Io chiedo di mettere in votazione la mozione così come è perché resti a verbale che se voi fate questa "stupidaggine" – mi scusi, presidente – noi volevamo esattamente l'opposto.

Ha ragione la collega Hochgruber nel dire che è stato un compromesso. Tutta l'autonomia è un percorso di compromesso, è stata chiamata autonomia dinamica per questo. Si tratta poi di verificare momento per momento dov'è questo punto di compromesso. E soprattutto il compromesso non si fa fra partiti. I momenti alti dell'autonomia non sono stati un compromesso tra i partiti, sono stati un compromesso nella società per capire che cosa può rispecchiare al meglio la società. Qui non si tratta di introdurre la dichiarazione ad hoc per tutti, ma di svincolare la prima dichiarazione, e sottolineo la prima dichiarazione, che spesso in tutta la storia dell'autonomia da molti è stata fatta con un calcolo perché, come dice il Suo collega di partito Zeller, la dichiarazione linguistica non è una dichiarazione di verità ma una dichiarazione di volontà. Tutti noi che pensiamo alla fase più matura dell'autonomia non pensiamo che ci scorra sangue italiano, tedesco o ladino nelle vene ma uno si "aggrega" ad un gruppo lingui-

stico per i benefici che prevede questa aggregazione. Non è che uno sventola la bandiera e suona l'inno nazionale per un gruppo linguistico. C'è un problema di umanità verso le persone, ci sono casi di ragazzi, li conosciamo tutti, che si scoprono a 22, 24 anni senza la dichiarazione di appartenenza linguistica. Sarebbe un buon compromesso fra la legge dello Stato e la legge dell'umanità, offrire la possibilità, disinnescare questo possibile cattivo impatto con l'autonomia, proprio nel senso dell'autonomia dinamica per una volta verso il rispetto umano delle persone. Quello che è stato modificato per i cittadini di paesi terzi è stato imposto dai tribunali. Il presidente dice che c'è stata la volontà politica. Va benissimo, ma allora che ci sia la stessa volontà politica anche per queste dichiarazioni. Sarebbe una questione che riguarda solo la prima dichiarazione, mentre per le dichiarazioni successive sono d'accordo anch'io, finché resta questo sistema non si può pensare che uno può dichiararsi ogni volta come più gli aggrada, ma la prima volta, visto che spesso viene fatta, se non siamo ipocriti lo riconosciamo, con un calcolo non di verità ma di opportunità, chiediamo di venire incontro ai nostri ragazzi e alle nostre ragazze. Abbiamo fatto di tutto perché la dichiarazione sia meno importante, meno drammatizzata ecc. per cui spesso loro hanno cose più serie a cui pensare che non le trappolette che mettiamo loro tra i piedi.

Vorrei dire ai colleghi Knoll e Urzi di non fare il processo alle intenzioni. La discussione è serena se ci si confronta con la lettera delle proposte. In questa mozione non mettiamo in discussione il sistema della proporzionale, della dichiarazione ecc. ci sono dei casi concreti e noi vogliamo adeguare questo sistema lasciando le sue cose fondamentali allo sviluppo della società. Quando il collega Knoll dice che semmai riapriamo i termini, è quello che proponiamo noi. Lui chiede di riaprire i termini di sei mesi, noi chiediamo di dare la possibilità che la prima dichiarazione sia libera, se uno ha 25 anni, non ha fatto la dichiarazione, non potrebbe più farla, se gli viene detto che i termini vengono riaperti per sei mesi, è la stessa soluzione.

Chiedo di votare questa mozione, anche perché se veramente questo dibattito avesse come sbocco il fatto che la Giunta provinciale studiasse un irrigidimento per tutti nel sistema, che rimanga a verbale che noi andavamo esattamente nell'altra direzione.

**PRÄSIDENT:** Der Abgeordnete Leitner hat einen Änderungsantrag eingebracht, der wie folgt lautet: "Im beschließenden Teil wird jeweils das Wort 'zumindest' gestrichen."

"Nella parte impegnativa la parola 'almeno' viene soppressa."  
Herr Abgeordneter Leitner, bitte.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich verzichte auf den Änderungsantrag. Aufgrund der Stellungnahme des Landeshauptmannes stimmen wir gegen den Beschlussantrag. Wir haben die Ungleichbehandlung beanstandet, aber nachdem diese nun ausgeglichen werden soll, geht das für uns in Ordnung.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Sono d'accordo con la proposta del consigliere Leitner.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich verzichte auf die Abstimmung über den Änderungsantrag, Kollege Leitner, weil uns der Vorschlag des Landeshauptmannes schlüssig erscheint. Wir stimmen also insgesamt gegen den Beschlussantrag der Grünen.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Innanzitutto volevo giustificare il collega Dello Sbarba che stava parlando con me, per questo non era riuscito a cogliere alcune parole del collega Leitner, non è che fosse disattento. Vorrei fare mio l'emendamento Leitner, presidente.

**PRÄSIDENT:** In Ordnung,  
Bitte, Kollege Dello Sbarba.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Se non l'avesse fatto il collega Urzi l'avrei fatto io. Sono d'accordo nel togliere questa parola "almeno" che da parte di diversi colleghi è stata indicata come una parola che poteva destare degli equivoci. Quindi per sgomberare il campo dagli equivoci e focalizzare al meglio il problema, perché quando si dice "almeno" vorrebbe poter dire che potrebbe avere altre 100 richieste, invece qui c'è solo questo obiettivo scritto nella mozione. Riconoscendo che la parola "almeno" può creare equivoci, sono d'accordo nel toglierla.



**PRÄSIDENT:** Wir stimmen nun über den Beschlussantrag in der geänderten Form ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 5 Jastimmen, 24 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Punkt 5 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 151/14 vom 5.6.2014, eingebracht von den Abgeordneten Tinkhauser, Blaas, Leitner, Mair, Oberhofer und Stocker S., betreffend die Errichtung eines Stromtankstellennetzes."**

Punto 5) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 151/14 del 5/6/2014, presentata dai consiglieri Tinkhauser, Blaas, Leitner, Mair, Oberhofer e Stocker S., riguardante la realizzazione di una rete di stazioni di ricarica per veicoli elettrici."**

*Elektroantriebe arbeiten fast lautlos, haben einen deutlich höheren Wirkungsgrad als Verbrennungsmotoren. Sofern dann der Strom aus erneuerbaren Quellen stammt, sind sie damit deutlich umweltfreundlicher als Fahrzeuge, die mit Benzin oder Diesel laufen. Deshalb verwundert es, dass nicht schon längst nur noch Elektromobile auf unseren Straßen verkehren. Leider lässt sich Strom aber weit weniger effizient speichern. Das bedeutet, dass Elektrofahrzeuge eine beschränkte Reichweite haben.*

*Die Elektromobilität bei den Zweirädern boomt derzeit und in Zukunft werden auch vierrädrige Elektromobile eine zentrale Rolle spielen. Um diese Mobile mit Strom zu betanken, braucht es jedoch entsprechende Infrastrukturen – Stromtankstellen.*

*In der Schweiz ist bereits im Jahr 2011 unter Federführung der Mobilitätsakademie das Strategiepapier "Road Map Elektromobilität" entstanden. Ziel war, dass Autos mit Stromanschluss bis ins Jahr 2020 einen Marktanteil von 10 bis 30 Prozent verzeichnen. In einigen Bundesländern Deutschlands und Österreichs wird das Tanken an Stromtankstellen kostenlos zur Verfügung gestellt. In Deutschland stehen derzeit den in etwa 12.000 rein batteriebetriebenen Elektrofahrzeugen rund 4.400 Stromtankstellen gegenüber. In Österreich gibt es zurzeit ungefähr 3.300 Stromtankstellen.*

*In Südtirol gibt es laut dem Stromtankstellenverzeichnis zum jetzigen Zeitpunkt vergleichsweise zehn bis elf Stromtankstellen. Einige davon werden von privaten Hotelbetrieben angeboten. Demzufolge ist das Südtiroler Stromtankstellennetz kurz-, mittel- und langfristig noch sehr stark ausbaubedürftig. Beim Aufbau eines Stromtankstellennetzes kommt den Energieversorgern und den Gemeinden eine Schlüsselrolle zu. Sie können die Installation von öffentlichen Ladestationen an geeigneten Orten fördern und haben damit eine Art Vorbildfunktion. EnergieSchweiz honorierte solche Bestrebungen beispielsweise im Rahmen des Energiestadt-Labels. Mit der Zahl der Stromtankstellen dürfte auch die Akzeptanz der Elektromobilität in der Bevölkerung wachsen.*

*Dies vorausgeschickt,*

*beschließt  
der Südtiroler Landtag*

*wie folgt:*

*Die Landesregierung möge die Planung und Errichtung eines Stromtankstellennetzes mit Ladesäulen an öffentlichen Parkplätzen in Zusammenarbeit mit den Südtiroler Gemeinden und Stromanbietern veranlassen.*

-----

*I veicoli elettrici fanno pochissimo rumore e hanno un'efficienza energetica decisamente superiore rispetto ai veicoli con motore a combustione. Se l'energia elettrica è prodotta da fonti rinnovabili questi veicoli sono senz'altro più ecologici di quelli che vanno a benzina o diesel. Ci dovremmo quindi meravigliare del fatto che sulle nostre strade non circolino esclusivamente veicoli elettrici. Purtroppo però le tecniche per immagazzinare l'energia elettrica sono molto meno efficienti. Ciò significa che i veicoli elettrici hanno un'autonomia di percorrenza limitata.*

*Di questi tempi la mobilità elettrica a due ruote sta conoscendo un grande successo e anche le automobili elettriche avranno un ruolo centrale in un prossimo futuro. Tuttavia per caricare questi veicoli ci vogliono apposite infrastrutture – stazioni o colonnine di ricarica.*

*Nel 2011 in Svizzera è già stato elaborato il programma strategico "Road map della mobilità elettrica" sotto la guida dell'Accademia della Mobilità. L'obiettivo è quello di raggiungere, entro il 2020, una quota di mercato per i veicoli elettrici tra il 10 e il 30%. In alcuni Länder federali e austriaci i veicoli si*



possono ricaricare gratuitamente. Attualmente in Germania circolano già circa 12.000 veicoli elettrici a batteria, per i quali ci sono all'incirca 4.400 stazioni o colonnine di ricarica. In Austria le stazioni di ricarica esistenti al momento sono circa 3.300.

Secondo l'elenco delle stazioni di ricarica, a tutt'oggi in Alto Adige vi sono invece soltanto 10-11 impianti. Alcune di queste stazioni sono messe a disposizione da strutture alberghiere private. Pertanto la rete altoatesina di stazioni di ricarica ha un estremo bisogno di essere ampliata nel breve, medio e lungo periodo.

Nella realizzazione di una rete di questo tipo i comuni e i fornitori di energia hanno un ruolo centrale. Possono favorire l'installazione di stazioni pubbliche di ricarica in luoghi idonei e in qualche modo fungono quindi da esempio. SvizzeraEnergia ha per esempio premiato questo tipo di sforzi assegnando il label Città dell'energia. Con il numero di stazioni o colonnine di ricarica dovrebbe crescere nella popolazione anche la propensione alla mobilità elettrica.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
delibera quanto segue:*

*si incarica la Giunta provinciale di avviare, in collaborazione con i comuni altoatesini e con i fornitori di energia elettrica, la progettazione e la realizzazione di una rete di stazioni di ricarica con colonnine nei parcheggi pubblici.*

Herr Abgeordneter Tinkhauser, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**TINKHAUSER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Präsident!

*"Elektroantriebe arbeiten fast lautlos, haben einen deutlich höheren Wirkungsgrad als Verbrennungsmotoren. Sofern dann der Strom aus erneuerbaren Quellen stammt, sind sie damit deutlich umweltfreundlicher als Fahrzeuge, die mit Benzin oder Diesel laufen. Deshalb verwundert es, dass nicht schon längst nur noch Elektromobile auf unseren Straßen verkehren. Leider lässt sich Strom aber weit weniger effizient speichern. Das bedeutet, dass Elektrofahrzeuge eine beschränkte Reichweite haben.*

*Die Elektromobilität bei den Zweirädern boomt derzeit und in Zukunft werden auch vierrädrige Elektromobile eine zentrale Rolle spielen. Um diese Mobile mit Strom zu betanken, braucht es jedoch entsprechende Infrastrukturen – Stromtankstellen.*

*In der Schweiz ist bereits im Jahr 2011 unter Federführung der Mobilitätsakademie das Strategiepapier "Road Map Elektromobilität" entstanden. Ziel war, dass Autos mit Stromanschluss bis ins Jahr 2020 einen Marktanteil von 10 bis 30 Prozent verzeichnen. In einigen Bundesländern Deutschlands und Österreichs wird das Tanken an Stromtankstellen kostenlos zur Verfügung gestellt. In Deutschland stehen derzeit den in etwa 12.000 rein batteriebetriebenen Elektrofahrzeugen rund 4.400 Stromtankstellen gegenüber. In Österreich gibt es zurzeit ungefähr 3.300 Stromtankstellen.*

*In Südtirol gibt es laut dem Stromtankstellenverzeichnis zum jetzigen Zeitpunkt vergleichsweise zehn bis elf Stromtankstellen. Einige davon werden von privaten Hotelbetrieben angeboten. Demzufolge ist das Südtiroler Stromtankstellennetz kurz-, mittel- und langfristig noch sehr stark ausbaubedürftig.*

*Beim Aufbau eines Stromtankstellennetzes kommt den Energieversorgern und den Gemeinden eine Schlüsselrolle zu. Sie können die Installation von öffentlichen Ladestationen an geeigneten Orten fördern und haben damit eine Art Vorbildfunktion. EnergieSchweiz honorierte solche Bestrebungen beispielsweise im Rahmen des Energiestadt-Labels. Mit der Zahl der Stromtankstellen dürfte auch die Akzeptanz der Elektromobilität in der Bevölkerung wachsen.*

*Dies vorausgeschickt,*

*beschließt  
der Südtiroler Landtag*

*wie folgt:*

*Die Landesregierung möge die Planung und Errichtung eines Stromtankstellennetzes mit Ladesäulen an öffentlichen Parkplätzen in Zusammenarbeit mit den Südtiroler Gemeinden und Stromanbietern veranlassen."*

Der Beschlussantrag ist im Grunde genommen klar. Wir haben in Südtirol Aufholbedarf, wenn es um Stromtankstellen vor allen Dingen an öffentlich zugänglichen Plätzen geht. Mein Vorschlag wäre, dass sich das Land mit Stromanbietern und Gemeinden zusammensetzen und einen Plan entwerfen sollte, wie ein effizientes Stromtankstellennetz in Südtirol aufgebaut werden kann. Ich habe mir gestern noch einmal die aktuelle Situation

angeschaut. Zur Zeit gibt es in Südtirol 14 Stromtankstellen, wobei sich viele in privaten Hotelanlagen usw. befinden und somit schwer von der öffentlichen Hand genutzt werden können.

Ich darf noch etwas ausholen. In Bozen wurde ein Wasserstoffzentrum errichtet, das vor kurzem in Betrieb gegangen ist. Nachdem es gut funktioniert, möchte man jetzt auch Wasserstofftankstellen in der Peripherie errichten. Wenn ich mich recht erinnere, so sollen bis zum Jahr 2020 landesweit an die 20 bis 23 Wasserstofftankstellen errichtet werden. Das soll aber nicht ausschließen, dass es bei uns keine Stromtankstellen brauchen würde. Der Wasserstoff verfolgt ja eine andere Zielgruppe, beispielsweise Fahrzeuge, die längere Strecken zurücklegen müssen oder Fahrzeuge des öffentlichen Nahverkehrs. In Kombination dazu könnte man ein Stromtankstellennetz errichten, das Fahrzeuge bedienen könnte, die kürzere Strecken zurücklegen. Wir wissen, dass Elektrofahrzeuge derzeit Reichweiten von maximal 150 Kilometern erreichen. Ich würde mir vorstellen, ein sogenanntes PPP-Modell umzusetzen, in welches die Gemeinden, das Land und die Stromanbieter eingebunden werden könnten. Damit würde man nicht nur etwas Gutes für die Umwelt tun, sondern würde in gewissen Ballungszentren auch eine Parkplatzgarantie schaffen.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Der Beschlussantrag, den der Kollege Tinkhauser aufs Tapet bringt, hat sicher Aspekte, die zu berücksichtigen sind: einerseits den ökologischen, andererseits den ökonomischen Aspekt. Der ökologische Aspekt ist evident. Es wird bitter notwendig sein, den Verbrauch fossiler Brennstoffe auf allen Ebenen massiv zurückzufahren. Es ist erstaunlich, dass der jüngste Weltklimabereich in einem Meer anderen Nachrichten untergeht. Die Bedrohungen durch den Klimawandel haben an Dynamik gewonnen, aber trotz aller Mahnungen des Weltklimarates ist die Klimafrage wirklich vom Tapet gerutscht, mit der Folge, dass vor allem Menschen aus ärmeren Gebieten, die in Küstengebieten wie im Mekong-Delta oder in Bangladesch leben, gefährdet sind. Und dann wundert man sich, wenn die Migration eine bestimmte Dynamik erreicht. Das aber nur als einführende Bemerkung.

Der Beschlussantrag des Kollegen Tinkhauser hat eine eher knochentrockene ökonomische Fundierung. Er verweist darauf, dass es in Südtirol einen Mangel an Stromtankstellen gibt. Das ist vollkommen richtig. Im Hinblick auf die Betankung herrscht insgesamt ein immer noch relativ hoher Mangel an alternativen Zapfsäulen. Es gibt nach wie vor relativ wenig Methan-Tankstellen. Zwar wurden in den letzten Jahren viele Versuche von Seiten des Landes unternommen, um in dieser Hinsicht etwas zu tun, aber trotzdem ist die Methanisierung nicht sehr weit gediehen. Ähnlich ist es mit den Stromtankstellen. Hier gilt es wirklich, entsprechende Akzente zu setzen. Ich habe den Eindruck, dass die Landesregierung immer ein wenig in einem Zielkonflikt ist, weil mit großer Entschiedenheit immer auf den Wasserstoff gesetzt wird. Zwar betreibt Walter Huber das Wasserstoffzentrum erfolgreich, aber von Seiten der großen Autohersteller vor allem in Deutschland wird die Elektromobilität als wichtige Option gesehen. Mir war diese Grundausrichtung in Bezug auf den Wasserstoff in Südtirol nie ganz klar. Es ist eine Herstellung, die sehr viel Energie aufwendet und auch von den Automobilherstellern nicht unbedingt honoriert wird. Deshalb wundert mich diese Ausrichtung auf den Green Corridor, an dem der Wasserstoff in die freie Alpenluft geblasen wird.

Der Beschlussantrag ist durchaus interessant, um eine Alternative bereitzustellen. Es wäre wünschenswert, wenn es der Landesregierung gelänge, entsprechende Incentives zu schaffen, auch im Hinblick auf eine notwendige Strategie, zu der die Kollegin Foppa Wesentliches beitragen kann.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Dieser Beschlussantrag ist sehr zu begrüßen. Einige Punkte hat der Kollege Heiss schon vorweggenommen. Wir kennen die jüngsten Studien zum Klimawandel, und es ist fast schon fünf nach zu zwölf. Es ist höchste Zeit, gegen die Folgen des Klimawandels zu kämpfen. Eine Energieautarkie mit regenerativen Energien ist das Gebot der Stunde. Ich habe diesbezüglich schon einige Vorschläge gemacht. Wir sollten die Methangas-Tankstellen ausbauen, wobei ein entsprechender Antrag leider nicht angenommen wurde. Wir haben vor kurzem das Wasserstoffzentrum in Bozen Süd besucht, was auch eine gute Sache ist. Ich habe auch den Vorschlag gemacht, die riesige Fläche der Brennerautobahn für die Produktion von Solarstrom zu verwenden. Zukünftig sollten wir viel mehr in Forschung und Entwicklung investieren, denn in Bezug auf diese Technologien sind wir im Vergleich zu anderen Regionen noch im Rückstand. Wir wären krisenresistent und konkurrenzfähig zu anderen Regionen, umweltfreundlich und würden hochwertige Arbeitsplätze schaffen.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ich danke dem Kollegen Tinkhauser für diesen Beschlussantrag. Ich habe vor einiger Zeit ein Buch gelesen, das ich allen sehr empfehle, mit dem Titel "Wir Schwätzer im Treibhaus". Darin werden die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Umwelt sehr gut analysiert

und es wird auch auf die ersten Zeiten des Automobils eingegangen. Der Autor erzählt, dass sich eine Zeit lang das Elektroauto und das Auto mit Otto-Motor nebeneinander entwickelten. Es hätte sehr gut sein können, dass sich in dieser Entwicklung nicht das benzingetriebene Auto, sondern das elektrogetriebene Auto durchsetzt. Der Autor stellt einen interessanten Denkversuch an und fragt, wie sich dann unsere Mobilität entwickelt hätte und wie die Städte ausschauen würden. Wahrscheinlich hätten wir ein noch besser ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz. Die Geschwindigkeit wäre nicht das erste Ideal in der Mobilität usw. Der Autor des Buches stellt übrigens auch die Hypothese auf, dass sich der Otto-Motor nicht nur wegen der damals sich entwickelnden Erdölindustrie durchgesetzt hat, sondern aus einem sehr viel banaleren Grund, nämlich weil es so schön geknattert hat, was den Leuten in den Städten so gefallen hat. Es ist heute kaum vorstellbar, dass das ein Faktor gewesen sein soll. Kollege Noggler, Sie können das gerne nachlesen, denn das würde Sie sicher auch interessieren.

Ich möchte noch persönlich hinzufügen, dass ich seit kurzem stolze Besitzerin eines Hybrid-Autos bin. Nachdem ich gerne schnell fahre, habe ich gemerkt, dass das Tolle am Hybrid-Auto die Tatsache ist, dass das Fahren so angenehm ist. Eigentlich müsste das viel mehr beworben werden. Wenn man gewusst hätte, dass das nicht nur eine Sache des Umweltschutzes, sondern auch eine Sache des Komforts ist, dann hätte sich die Elektromobilität vielleicht ein bisschen mehr durchgesetzt. Ich wünsche mir, dass das bekannter wird und Leute vermehrt Autos mit Elektroantrieb probieren können. Dazu braucht es natürlich die notwendige Infrastruktur, die mit dem vorliegenden Beschlussantrag verbessert werden könnte. Das ist auch ganz im Sinne der Strategie "Klimalands Südtirol". Man rühmt sich immer gerne mit den eigenen Klimawerten und mit den eigenen Umwelttechnologien, aber der Verkehr ist aus den meisten Ruhmesreden ausgeklammert. Hier besteht Aufholbedarf, und dieser Beschlussantrag wäre ein guter Schritt in diese Richtung.

**STEGER (SVP):** Dass grüne Mobilität eine Strategie ist, die die Südtiroler Landesregierung teilt, ist hinlänglich bekannt. Diese Strategie gibt es ja auch formell seit einigen Jahren. E-Mobilität ist nachhaltige Mobilität, und ich möchte jetzt nicht noch einmal auf das hinweisen, was schon gesagt worden ist. Es wurde richtigerweise gesagt, dass man sich in diese Richtung zu bewegen hat. Südtirol tut das! Südtirol ist dabei, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und mit den Energieversorgern die Ladestationen aufzubauen. Wir sind der Auffassung, dass man zusätzlich noch etwas machen muss. Man muss schauen, das Tankstellennetz mit Ladestationen zu ergänzen. Es macht nämlich Sinn, wenn nicht nur auf öffentlichen Plätzen, sondern auch im Tankstellenbereich die Möglichkeit geschaffen wird, das E-Mobil aufzuladen. Das wäre wesentlich. Im Grunde genommen sind wir also schon auf dem Weg. Der zuständige Landesrat wird Ihnen sicher noch erklären, wie weit das Projekt schon gediehen ist. Die Planung geht ja noch auf die Zeit des vormaligen Mobilitätslandesrates zurück, der die Strategie ausgegeben hat. Insofern denke ich, dass die Inhalte dieses Beschlussantrages zu teilen sind. Ich würde sie nur noch gerne weitergehend sehen, nämlich in Richtung Ergänzung des Tankstellennetzes durch Ladestationen. So ein Projekt braucht natürlich Jahre, bis es vollständig umgesetzt ist. Der Beginn ist vor einigen Jahren gemacht worden. Der neue Landesrat bemüht sich, weitere Schritte zu setzen. Deshalb stellt sich die Frage, ob es diesen Beschlussantrag überhaupt braucht.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich bin der Meinung, dass die Südtiroler grundsätzlich ein hohes Umweltbewusstsein haben. Wenn man sich den ersten Absatz des beschließenden Teiles des Beschlussantrages anschaut, so ist der Ausgangspunkt ja auch dieser. Natürlich müssen auch die wirtschaftlichen Aspekte berücksichtigt werden. Derzeit gibt es ja das Problem, dass wahrscheinlich mehr Leute ein Elektromobil kaufen würden, wenn sie nicht so teuer wären. Das wird sich auch ändern, denn wenn eine neue Technologie eingesetzt wird, sind die Kosten am Anfang immer höher. Gerade deshalb muss die öffentliche Hand die Anreize dazu liefern, das irgendwo auszugleichen, zunächst einmal mit dem Angebot und dann eventuell bei der Steuer. Man hat das auch bei den erdgasbetriebenen oder anderen umweltfreundlichen Autos gemacht. Da hat die öffentliche Hand die Möglichkeit, das auszugleichen. Welche Wechsel im Laufe der Entwicklung in der Mobilität stattfinden, kann man an einem Beispiel festmachen, das lange zurückliegt. In London wurde es um die vorige Jahrhundertwende verboten, mit den Kutschen zu fahren, weil der Ausstoß an Ammoniak der Pferde Ausmaße angenommen hatte, der für die Londoner Bevölkerung nicht mehr erträglich war. Das kann man sich heute nicht mehr vorstellen, denn die Pferdestärken sind heute anderswo untergebracht. Natürlich schließt dieser Beschlussantrag nicht aus, dass auch bei den Tankstellen Ladestationen angebracht werden. Es ist sicher auch im Interesse der Tankstellenbetreiber selber, das zu tun. Der Beschlussantrag zielt darauf ab, dass die Landesregierung hier eine koordinierende Funktion übernimmt und veranlasst, dass Ladestationen an öffentlichen Plätzen errichtet werden. Wir sehen, wie viel die großen Autofirmen derzeit in diese Technologie investieren. Die großen deutschen Automobilhersteller über-

trumpfen sich derzeit gegenseitig, weil sie hier einen Zukunftsmarkt sehen. Die Autofirmen denken in erster Linie wahrscheinlich an das Wirtschaftliche, aber wenn der Umweltschutz ein positives Begleitelement ist, dann kann es uns nur Recht sein. Wir haben gesehen, wie zäh es damals beim Ausbau des Erdgastankstellennetzes vorangegangen ist. Lange Zeit hat es in Südtirol nur eine einzige solche Tankstelle gegeben, nämlich in Bozen. Die Leute waren zu Recht zornig, weil sie bewusst auf ein Auto umgestiegen sind, das die Umwelt weniger belastet, dann aber nicht in der Lage waren, das Auto auch zu nutzen.

**STOCKER S. (Die Freiheitlichen):** Es freut mich sehr, dass die Blauen auch grüne Themen lancieren und ich im Kollegen Tinkhauser einen guten Verbündeten gefunden habe. Es handelt sich um eine wichtige Angelegenheit. Besonders wichtig ist auch die Vermeidung von Lärm. Südtirol ist ein Durchzugsland, in dem es viel Verkehr gibt. Nachdem wir enge Täler haben, ist der Lärm sehr stark spürbar. Wir hatten erst kürzlich ein Treffen mit Landesrat Mussner bezüglich der Lärmentwicklung entlang des Etschtales. Deshalb ist dieser Beschlussantrag auch aus der Sicht des Lärms sehr wichtig.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Nachdem auch die Initiativen zum Methangas genannt wurden, hätte ich eine Frage an den Landesrat. Mir ist mehrfach zugetragen worden, dass es mit den Methangastankstellen in Südtirol immer wieder Probleme gibt. Scheinbar funktioniert auch die Methangastankstelle in Sinich hin und wieder nicht. Ist das dem zuständigen Landesamt gemeldet worden? Sie werden jetzt wahrscheinlich keine Antwort parat haben, aber vielleicht haben Sie davon gehört. Wenn nicht, dann würde ich Sie ersuchen, dieser Sache nachzugehen. Wenn wir über alternative Energiequellen reden, dann ist es natürlich wichtig, dass diese auch funktionieren. Sonst nützen derartige Initiativen nichts. Ich gebe Ihnen danach die Unterlagen und würde Sie bitten dieser Sache nachzugehen.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich danke allen, die an der Debatte teilgenommen haben. Insbesondere bedanken möchte ich mich beim Kollegen Tinkhauser. Ich teile dessen Auffassung, dass es nicht darum geht, die verschiedenen Alternativen gegeneinander auszuspielen.

Wir haben in Südtirol als Klimaland in verschiedenen Bereichen große Fortschritte erzielt. Was die Erzeugung erneuerbarer Energie anbelangt, konnte sich Südtirol aufgrund der geographischen Voraussetzungen gut positionieren. Was die Wärmeversorgung von Gebäuden anbelangt, haben wir im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte große Fortschritte erzielt. Ich denke da beispielsweise an das Klimahaus. Allerdings gibt es einen Bereich, in dem wir noch großen Aufholbedarf haben, nämlich im Bereich Verkehr. Deshalb geht es jetzt nicht darum, Elektroautos gegen Wasserstoffautos auszuspielen. Beide haben ihre Stärken, aber auch ihre Schwächen. Jetzt gilt es, einen richtigen Mix anzubieten, und auf diesem Wege befinden wir uns.

Die Europäische Kommission hat im Jahr 2011 die Strategie "Verkehr 2050 für ein wettbewerbsfähiges Verkehrssystem" verabschiedet. Die Strategie beinhaltet unter anderem auch Vorschläge, Europas Abhängigkeit von den Öleinfuhren drastisch zu verringern und die verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verringern bis 2050 um 60 Prozent zu senken. Ein untergeordnetes Ziel lautet dabei, mit konventionellen Kraftstoffen betriebene Pkw's aus den Städten vollkommen zu verbannen. Das Staatsgesetz vom 7.8.2012, Nr. 134, sieht die Ausarbeitung eines staatlichen Plans für Infrastrukturen zur Versorgung der E-Fahrzeuge vor, und zwar mit dem Ziel, einheitliche Standards zu ermöglichen und die Verbreitung der Versorgung der E-Mobilität voranzutreiben. In Südtirol hat die Koordination für den Ausbau der Ladeinfrastrukturen die BLS im Zuge der Umsetzung der Green Mobility übernommen. Derzeit liegt ein Vorschlag für den Aufbau von Ladeinfrastrukturen in folgenden Gemeinden vor: Mals, Naturns, Prad, Schlanders, Meran, Bozen, Lana, Brixen, Bruneck, Innichen, Toblach, Sand in Taufers, Sterzing, Klausen und Neumarkt/Auer. Als Optional werden derzeit Ladestationen in den Gemeinden St. Leonhard in Passeier, St. Ulrich in Gröden und St. Martin in Thurn gehandelt. Von Seiten der Etschwerke sind bereits vier Ladestationen in Meran und acht Ladestationen in Bozen geplant. Damit soll sowohl die Achse Nord/Süd als auch die Achse West/Ost abgedeckt werden. Grundsätzlich gilt eine Standardversorgungsleitung von 22 KW - Wechselstrom – und, je nachdem, zusätzlich entweder das japanische oder deutsche Ladesystem. Die Abteilung Mobilität hat sich für die Umsetzung dieser Projekte an einem staatlichen Finanzierungsprogramm beteiligt. Im Juli dieses Jahres wurde das erste Projekt mittels Dekret der Generaldirektion für die Motorisierung in die Rangordnung der zu fördernden Projekte aufgenommen. Sobald die staatliche Finanzierung definitiv zugesagt wird, können die ersten Arbeiten in Angriff genommen werden. Dies wird voraussichtlich Anfang bis Mitte des Jahres 2015 sein.

Insgesamt können wir sagen, dass wir mit dem Beschlussantrag inhaltlich einverstanden sind. Allerdings können wir nicht sagen, dass ein Plan erstellt werden soll, nachdem es diesen schon gibt. Der Kollege Dieter Steger hat richtigerweise ausgeführt, dass wir das noch ausbauen müssen. Wir müssen das auch auf die Tankstellen ausbauen. Wir wissen, dass wir hier Aufholbedarf haben, aber Sie können versichert sein, dass wir ein großes Interesse haben, das auch umzusetzen. Ich möchte den Ball aufgreifen, den mir die Kollegin Foppa zugespielt hat. Sie hat gesagt, dass sie seit kurzem ein Hybrid-Auto besitzt. Ich bin seit acht Jahren stolzer Besitzer eines Hybrid-Autos und kann all das, was sie gesagt hat, bestätigen. Das Fahrgefühl ist wirklich sehr gut. Wir sind fraktionsübergreifend einer Meinung, dass wir diesen Weg mutigen Schrittes weitergehen müssen, aber das, was im Beschlussantrag gefordert wird, ist bereits Realität.

**TINKHAUSER (Die Freiheitlichen):** Ich möchte zwei Sachen anmerken. Ich denke vielleicht in anderen Dimensionen. Es sind also 15 Tankstellen geplant. Wir haben 116 Gemeinden, und wenn ich mir die Parkplätze in den Städten anschau, so reden wir von 600 bis 700 solcher Tankstellen. Wir können jetzt nicht hergehen und sagen, dass man auch die privaten Tankstellen miteinbeziehen müsse. Das eine hat nichts mit dem anderen zu tun. Wir alle wissen, dass die Ladezeiten bei der derzeitigen Technik doch relativ sind. Deshalb bin ich darauf gekommen, dass man sich für Ladestationen öffentliche Parkplätze, Tiefgaragen usw. aussuchen sollte.

**PRÄSIDENT:** Wir kommen zur Abstimmung des Beschlussantrages. Ich eröffne die Abstimmung: mit 15 Jastimmen und 15 Gegenstimmen abgelehnt.

Punkt 6 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 180/14 vom 9.7.2014 eingebracht von den Abgeordneten Sigmar Stocker, Blaas, Leitner, Mair, Oberhofer und Tinkhauser, betreffend: Landtag informiert sich über Unabhängigkeitsbestrebungen in Schottland und schickt eine Informationsdelegation nach Schottland – Einberufung eines zweiten Südtirol Konventes zu den Erfahrungen der Schotten mit dem Unabhängigkeitsreferendum"**.

Punto 6) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 180/14 del 9/7/2014, presentata dai consiglieri Sigmar Stocker, Blaas, Leitner, Mair, Oberhofer e Tinkhauser, riguardante: il Consiglio provinciale si informa sulle tendenze secessioniste degli scozzesi e manda una delegazione in Scozia – Convocazione di una seconda convenzione per la riforma dello Statuto di autonomia avente per oggetto l'esperienza fatta dagli scozzesi con il referendum sull'indipendenza."**

*Am 5. Juli 2014 fand auf Schloss Prösels der so genannte "Autonomie Konvent" statt. Dabei wurde zwar vorrangig über Europaregionen gesprochen, aber es kamen auch die Unabhängigkeitsbestrebungen von Schotten, Katalanen und Basken kurz zur Sprache, die heute aktueller denn je sind.*

*Am 18. September 2014 darf Schottland unter Bezugnahme auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker über seine Unabhängigkeit abstimmen. Dieser Umstand stellt unsere Autonomie als Vorzeigemodell für Minderheiten in Europa in den Schatten, denn die Unabhängigkeit bzw. Freiheit eines Landes und somit seiner Menschen ist das höchste Gut einer demokratischen Gesellschaft und eine nachhaltige Lösung. Bisher ging man davon aus, dass Autonomien die weitreichendsten Lösungen seien. Eine Autonomie kann im Gegensatz zur Eigenstaatlichkeit immer nur eine zeitweilige und provisorische Lösung sein, was auch dem Gedanken der Gründerväter der Südtirol-Autonomie entsprach.*

*Wenn Schottland über seine Eigenstaatlichkeit abstimmt, dann steht auch Südtirol in der Pflicht, sich mit den Vorgängen in Schottland objektiv und intensiv zu beschäftigen. Schließlich wurde auch von Landeshauptmann Arno Kompatscher im Hohen Haus des öfteren bekräftigt, dass der "Autonomie Konvent" ergebnisoffen sei, dass also jede Lösung für Südtirol auch außerhalb der Autonomie besprochen werden darf und soll. Um sich eine qualifizierte Meinung zu bilden, wäre eine Beschäftigung mit dem Referendum in Schottland zielführend.*

*Eine Studienfahrt nach Schottland hatte vor einiger Zeit auch schon die Landtagsfraktion der SVP organisiert. Während diese damals noch der Ansicht war, dass die Unabhängigkeitsbestrebungen Schottlands nicht konkretisiert werden, sieht die Sachlage heute anders aus und macht eine intensive Beschäftigung mit Schottland notwendig.*



*Um sich mit den Vorgängen in Schottland zu befassen, um die Abwicklung eines Unabhängigkeitsreferendums zu prüfen und die Eigenstaatlichkeit als Perspektive für Minderheiten zu vertiefen*

*beschließt*

*der Südtiroler Landtag:*

- 1. Eine Informationsdelegation, bestehend aus allen drei Sprachgruppen, Fachleuten und politischen Kräften aus dem Landtag bzw. Südtirol nach Schottland zu entsenden;*
- 2. und in der Folge einen weiteren "Südtirol Konvent" zu organisieren, welcher explizit die organisatorischen Fragen und Erfahrungen der Schotten und Briten mit dem Unabhängigkeitsreferendum zum Inhalt hat.*

-----

*Il 5 luglio 2014 ha avuto luogo a Castel Presule la cosiddetta convenzione per la riforma dello Statuto di autonomia. In tale occasione si è parlato soprattutto delle euroregioni, ma anche – seppur succintamente – delle tendenze secessioniste degli scozzesi, dei catalani e dei baschi, temi ora di grande attualità.*

*Infatti il 18 settembre 2014 la Scozia si esprimerà – facendo valere il diritto dei popoli all'autodeterminazione – in merito alla sua indipendenza. In questo modo veniamo superati dalla Scozia in quanto modello per le minoranze in Europa, poiché l'indipendenza ovvero la libertà di un Paese e quindi della sua popolazione è il bene supremo di ogni società democratica e rappresenta una soluzione duratura. Finora si era sempre ritenuto che le autonomie fossero la soluzione migliore. Ma rispetto all'indipendenza l'autonomia può solo essere una soluzione temporanea e provvisoria, il che corrisponde anche allo spirito di coloro che hanno fondato l'autonomia di questa Provincia.*

*Ora che la Scozia voterà sulla propria indipendenza, anche l'Alto Adige dovrà approfondire in modo obiettivo le iniziative che hanno consentito alla Scozia di arrivare al referendum. Anche il presidente della Provincia Arno Kompatscher ha ribadito più volte in aula che la "convenzione per la riforma dello Statuto di autonomia" non deve avere pregiudiziali e le soluzioni possibili non devono necessariamente fermarsi all'autonomia. Per poter giungere a delle conclusioni fondate, sarebbe opportuno approfondire il processo referendario della Scozia.*

*Un viaggio di studio in Scozia è stato organizzato tempo fa anche dal gruppo consiliare della SVP. All'epoca si era detto che le tendenze secessioniste degli scozzesi non avrebbero avuto esito positivo; ora, invece, ci si deve ricredere e ciò ci dovrebbe indurci ad occuparci con più attenzione della Scozia.*

*Al fine di approfondire i passi intrapresi dalla Scozia e valutare la possibilità di indire un referendum sull'indipendenza nonché studiare la costituzione di uno Stato autonomo come prospettiva per le minoranze,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano*

*delibera:*

- 1. di inviare in Scozia una delegazione costituita da esperti/esperte e consiglieri/consigliere provinciali di tutti e tre i gruppi linguistici,*
- 2. e di organizzare successivamente un'ulteriore convenzione per la riforma dello Statuto di autonomia che si occupi esplicitamente degli aspetti organizzativi e delle esperienze maturate dagli scozzesi e dai britannici in materia di referendum per l'indipendenza.*

Herr Abgeordneter Stocker, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**STOCKER S. (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem das Referendum in Schottland bereits stattgefunden hat, möchte ich gleich ankündigen, dass Punkt 1 des beschließenden Teils gestrichen wird. Ich muss auch anmerken, dass mir ein Fehler unterlaufen ist, denn auf Schloss Prösels hat nicht der Autonomiekonvent, sondern eine andere Tagung stattgefunden. Über Punkt 2 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages kann hingegen sehr wohl diskutiert werden. Wir haben zur Zeit in Europa sehr interessante Zeiten. Minderheiten bzw. Volksgruppen möchten eigene Staaten gründen und unabhängig werden. Dazu gibt es natürlich verschiedene Ansichten. In Schottland durfte man abstimmen, was ich großartig finde. Bei uns tendiert zumindest die Mehrheitspartei dazu, nur die Schiene der Verteidigung der Autonomie zu fahren. Ich bin der Meinung, dass gerade Südtirol einmal über den Tellerrand hinausschauen könnte. Es würde nicht schaden, wenn wir einmal Vertreter Schottlands nach Südtirol einladen würden, die uns dann darüber

berichten könnten, wie es zum Referendum gekommen ist, wie die Diskussion war usw. Noch ist die Selbstbestimmung im Statut der SVP verankert, und deshalb wäre es nicht uninteressant, wenn man die Schotten einmal ins Land holen würde. Für uns Südtiroler wäre es interessant, diesen Weg einmal kennenzulernen. Es ist ein demokratischer und reifer Weg. Dieser Beschlussantrag zielt darauf ab, eine Delegation aus Schottland einzuladen und eine Art politische Weiterbildung zu veranstalten. Man kann dafür sein oder dagegen, aber es schadet nie, einfach einmal zuzuhören. Nachdem man zur Zeit mit dem Thema Direkte Demokratie in den Bezirken hausieren geht, sollte man auch einmal etwas in Sachen Selbstbestimmung hören.

**PRÄSIDENT:** Ich möchte die Lehrerinnen und Lehrer, die am Seminar im Landtag teilnehmen, herzlich begrüßen und willkommen heißen. Sie verbringen heute den ganzen Tag im Landtag, um hinter die Kulissen zu schauen. Dafür danke ich Ihnen!

Herr Abgeordneter Urzi, bitte.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Credo che questo dibattito, come ormai ciclicamente avviene in questo Consiglio, abbia un sapore sgradevole sul quale è necessario, una volta per tutte, dire delle parole molto chiare. Lo chiedo all'aula, alla Giunta provinciale e anche al vicepresidente del gruppo linguistico italiano, Tommasini, che quando si parla di questi temi ama dileguarsi. Ha un sapore sgradevole perché stiamo parlando della ragione stessa della nostra autonomia. Allora nella sede più alta dell'istituzione dell'autonomia, il Consiglio provinciale, introdurre il tema del superamento dell'autonomia ha un senso sgradevole rispetto alla storia di questa istituzione, rispetto alla storia della nostra autonomia, l'impegno che molte parti hanno assunto per la costruzione di questo sistema dell'autonomia.

Chiedo una volta per tutte che questo Consiglio dichiari con chiarezza da che parte vuole stare, se vuole stare dalla parte dell'autonomia o vuole stare altrove. Usciamo dall'ambiguità e dalla retorica. Vogliamo una volta per tutte chiarire, anche in termini di rapporti di correttezza di rapporti all'interno di quest'aula verso le nostre comunità, le istituzioni se questo è il luogo in cui dobbiamo far crescere il sentimento della nostra partecipazione alla gestione della cosa pubblica nel senso che è stato dato attraverso lo Statuto di autonomia o riteniamo lo Statuto di autonomia esclusivamente un mezzo transitorio per mirare ad altro. In questo rintraccio il gusto sgradevole di questo dibattito, perché proporre in maniera tanto sfacciata che questo luogo della massima istituzione dell'autonomia dichiari di voler impegnarsi per un passo ulteriore che è scritto esplicitamente - ringrazio i colleghi per la chiarezza e la franchezza, non ci si nasconde dietro un dito - per l'indipendenza, per la secessione, credo sia sgradevole nel rapporto politico e istituzionale. Sgradevole, sgradevole, sgradevole. Deliberatamente utilizzo questo termine per non usarne di più pesanti ma che rende chiaramente il senso di queste mie parole.

Chiedo che questo Consiglio una volta per tutte faccia una dichiarazione di adesione morale ad un modello: o si aderisce al modello dell'autonomia con tutto ciò che comporta in positivo e anche in negativo, o si ritiene di dover andare oltre, verso un modello prefigurato attraverso le iniziative molto discutibili ma che appartengono ad altre dimensioni, altri luoghi al di fuori del nostro confine che presuppongono la rivendicazione della secessione, perché rispetto a questi temi si riconoscerà che è legittimo che ci sia qualcuno che ha qualcosa da ridire. Sono stanco che questo Consiglio in maniera ciclica si trovi a discutere in maniera così noiosa questo tipo di provocazioni, che non possono essere dichiarate altro che non classiche provocazioni politiche che vanno respinte con forza da coloro che si ritengono autenticamente autonomisti, non per convenienza. È curioso che sia chiamato io a fare questo tipo di appello, ma io mi rimetto alla coscienza di ciascuno qui presente in questa sala perché, attraverso il suo voto, dimostri se è un autonomista o se è un falso autonomista e se ha utilizzato l'autonomia solo mirando ad altro. Credo che questo debba essere il momento della verità.

Voterò contro questa mozione, perché mi riconosco nel modello dell'autonomia dell'Alto Adige. È un po' paradossale che sia chiamato io ad invitare il Consiglio provinciale alla medesima assunzione di responsabilità.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Wenn ich die Entwicklung des Kollegen Urzi der letzten Jahre betrachte, dann können wir noch zehn Jahre warten und er wird auch für die Sezession sein. Er war ja auch einmal nicht für die Autonomie. Manchmal braucht es eben ein bisschen Zeit!

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** *(interrompe)*

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie Ihr Leute unterstützt habt, die vor dem Landhaus gegen den Proporz demonstriert haben. Da brauchen wir uns nichts vorzumachen! Ich respek-



tiere Deine Entwicklung und sehe sie als etwas Positives und nicht als etwas Negatives. Das ist ja das Gute an der Entwicklung der letzten Jahre, das heißt, dass mehr Italiener als vorher an der Autonomie teilhaben. Das war nicht immer so! Wir denken ein bisschen an die postautonome Zeit, was aber nicht heißt, dass wir gegen die Autonomie wären. Für uns ist die Autonomie aber nicht der Endpunkt der Geschichte. Schauen wir uns die Entwicklung in Europa an. In Deutschland wird in diesen Tagen 25 Jahre Mauerfall gedacht, und dazu gibt es auch kontroverse Diskussionen. Bürger der ehemaligen DDR tun sich immer noch schwer zu sagen, dass es Unrechtsstaat war. Sie haben ihre Kindheitserfahrungen in diesem Staat gemacht und positive Dinge mitgenommen. Wenn sie sagen, dass nicht alles schlecht war, dann muss man sie verstehen. Die Geschichte wird uns lehren, was schlussendlich daraus wird. Dass dieser Beschlussantrag einen "gusto sgradevole" haben soll, Kollege Urzì, geht mir schon ein bisschen zu weit! Ein bisschen mehr Gelassenheit und Pragmatismus, bitte! Derzeit läuft in Europa nun einmal einiges ab. Das Referendum in Schottland ist ausgegangen, wie es ausgegangen ist, aber dort hat es eine friedliche Abstimmung gegeben. Die Leute haben sich mit der Frage, ob es gescheiter ist, bei Großbritannien zu bleiben oder nicht, auseinandergesetzt. Die Mehrheitsverhältnisse waren sehr knapp. In Quebec in Kanada hat es bereits zwei Abstimmungen gegeben. Wenn immer wieder gesagt wird, dass man aufpassen müsse, da man sich damit irgendwelche Chancen verbauen würde, so ist das großer Quatsch. Die Leute sollen sich ein bisschen mehr im Völkerrecht umschaun. Es gibt die Verfassungen, die selbstverständlich etwas Bestimmtes vorschreiben. Landeshauptmann Kompatscher hat letzthin gesagt, dass wir das nicht tun könnten, weil Artikel 5 der italienischen Verfassung besagt, dass der Staat "unico e indivisibile" ist! In Spanien ist es genauso, und dort man hat das Referendum in Katalonien ja nicht zugelassen. Jetzt wird es eine Befragung geben. Die Menschen lassen sich eines nicht vorschreiben, nämlich was sie zu denken haben. Kollege Urzì, Du kannst Deine italienischen Kollegen in der Regierung noch so oft auffordern, sich zu etwas deklarieren. Das werden sie wahrscheinlich nicht tun. Es braucht bei allem Ehrlichkeit. Entweder man steht zu etwas oder nicht. Wir wissen, dass in Südtirol derzeit nicht alle für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes sind – das hat der Landtag in seiner letzten Sitzung klar zum Ausdruck gebracht -, aber es sind immer mehr, die es wollen. Ich wünsche mir eine entkrampfte Diskussion. Die Selbstbestimmung ist nicht der Teufel! Man traut der Bevölkerung zu, über ein Seilbahnprojekt abzustimmen, aber darüber zu entscheiden, wohin sie gehören will, traut man ihr nicht zu!

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Im Gegensatz zu Alessandro Urzì freue ich mich natürlich sehr über diese Entwicklung. Ich freue mich sehr, dass der Landtag dieses Thema immer wieder aufgreift. Ich hoffe, dass sich die Südtiroler Volkspartei als Mehrheitspartei einmal gründlich mit dieser aktuellen Entwicklung auseinandersetzt. Sie beharrt ja noch auf dem Stand vor der Ratifizierung der UNO-Menschenrechtspakte durch Italien, was im Jahr 1977 erfolgt ist. Italien und Österreich haben die UNO-Menschenrechtspakte von 1966 ratifiziert und damit zu innerstaatlichem Recht gemacht, und zwar vorbehaltlos. Da steht nirgends, dass der Artikel 5 so auszulegen sei, dass Südtirol nie und nimmer eine Abstimmung über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes machen dürfe, was ja auch gänzlich unlogisch wäre. Schließlich fußt Italien auf Referenden. Italien ist damals ein Staat geworden, weil diese Referenden durchgeführt worden sind. In Welschtirol und Südtirol steht diese Abstimmung immer noch aus.

Kollege Urzì, Du kannst tausend Mal von "sgradevole" reden. Was hat Du dann mit Cossiga gemacht, der im italienischen Parlament zwei Mal einen Gesetzentwurf betreffend die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes für Südtirol eingebracht hat? Ein ehemaliger italienischer Staatspräsident hat das getan und damit vor allem die Südtiroler, die im römischen Parlament saßen, beschämt! Diese Situation muss man einmal vertiefen. Da hat der Kollege Urzì nicht gesagt, dass das gegen die hochheilige Autonomie wäre! Wir haben letzthin Aussagen gehört, dass man täglich um die Verbesserung der Autonomie kämpfen würde. Das hat nicht Landeshauptmann Kompatscher gesagt, sondern sein Trentiner Kollege. Ich ärgere mich ja schon lange nicht mehr über solche Aussagen, sondern frage mich nur, auf welchem Stern diese Leute leben, die heute von einer Verbesserung der sogenannten Autonomie träumen, die längst keine Autonomie mehr ist. Die wesentlichen Elemente haben von jeher gefehlt. Dazu gehören die Finanz- und Steuerhoheit, die Schul- und Bildungshoheit, die Kontrolle über die Zuwanderung und die Verwaltungshoheit. Wir verteidigen das, was wir heute haben, aber das hindert uns nicht, das andere täglich anzustreben. In diesem Sinne ist das ein interessanter Vorschlag, über den zu diskutieren ist. Alles, was uns in diese Richtung bringt, ist für mich gut und ich freue mich!

**STEGER (SVP):** Herr Kollege Urzì, für die Südtiroler Volkspartei ist das Selbstbestimmungsrecht unverzichtbar. Frau Kollegin Klotz, ich gehöre zu der Spezies, die nicht auf irgendeinem Stern, sondern auf der Erde

lebt und glaubt, dass die Autonomie zu verbessern ist und unserem Land bisher viel gebracht hat und auch in Zukunft noch viel bringen kann.

Zunächst glaube ich, dass wir schon von den rechtlichen Grundlagen ausgehen sollten. Es ist nun einmal unumstritten, dass eine rechtliche Grundlage jene der Verfassung ist. Auch Südtirol fußt auf der italienischen Verfassung, die in Artikel 5 die Unteilbarkeit des italienischen Staates vorsieht. Ich habe vorher schon gesagt, dass das Selbstbestimmungsrecht für die Südtiroler Volkspartei unverzichtbar ist. Wir wollen aber nicht jeden Tag eine Abstimmung darüber abhalten, ob wir einen Freistaat oder zu Österreich zurückkehren wollen. Wir bewerten die Situation anders. Wir sehen die Zukunft Südtirols in einem Europa der Regionen und darin, dass die föderalistischen Möglichkeiten vergrößert werden. Wir sehen die Zukunft Südtirols darin, dass Grenzen aufgeweicht und nicht verändert werden. Europa soll mittel- und langfristig eine Föderation werden. Nur dann, wenn es in Europa eine politische Einheit gibt, wird Europa auch in Zukunft Wohlstand und Frieden garantieren können. Das ist die Position der Südtiroler Volkspartei! Wir glauben, dass es nicht gut ist, den Menschen Äpfel für Birnen zu verkaufen und ihnen zu suggerieren, dass es bei uns gleich wie in Schottland sein könnte. Sie alle wissen, dass das Verhältnis zwischen Schottland und Großbritannien auf einem Vertrag basiert. Dieser Vertrag sieht ausdrücklich vor, dass das schottische Volk diesen Vertrag verlassen kann. Es handelt sich um einen bilateralen Akt. Darüber haben die Schotten mittels einer Abstimmung entscheiden wollen. Das war rechtlich und innerstaatlich in Ordnung. Der Regierungschef Kataloniens hat die Volksabstimmung absagen lassen, da sie verfassungsrechtlich nicht in Ordnung war. Das muss man eben auch sehen. Ich gebe allen Recht, die immer wieder öffentlich bekunden, dass es nicht einfach ist, mit diesem Staat zu verhandeln. Es ist nicht einfach, mit Rom ein langfristiges Einvernehmen in Sachen mehr Eigenständigkeit und mehr Eigenverantwortung zu erzielen.

Nun noch zu den zwei Punkten des beschließenden Teiles des Beschlussantrages. Der erste Punkt ist ja gestrichen. Der zweite Punkt sieht vor, einen weiteren Südtirol-Konvent zu organisieren. Ich halte das für nicht zielführend. Wir machen unseren Südtirol-Konvent, der aber auf anderen Prinzipien basiert und nicht auf dem Prinzip einer Überwindung der Zugehörigkeit Südtirols zu Italien. Wir wollen die Autonomie weiterentwickeln, und das werden wir mit dem Südtirol-Konvent machen. Ich denke nicht, dass dieser Beschlussantrag zielführend ist. Deshalb wird ihm die Südtiroler Volkspartei nicht zustimmen.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Kollege Stocker, es ist gut, wenn Du von politischer Bildung sprichst, denn politische Bildung ist immer gut. Das Thema hat uns ja schon geeint, als ich noch im Amt für Weiterbildung gearbeitet habe. Auch eine Anhörung von Experten ist immer gut. Das haben wir bei den Veranstaltungen zur Direkten Demokratie gesehen, die Du ja auch angesprochen hast, wo das Volk als Expertinnen und Experten eingeladen ist und bei jeder Veranstaltung auch das Thema der Selbstbestimmung aufwirft. Es ist also gut, wenn wir Expertinnen und Experten anhören. Allerdings möchte ich sagen, dass wir schon an diese Sache gedacht haben, und zwar in unserem Gesetzentwurf zum Autonomiekonvent. In Artikel 5 Absatz 7 desselben ist nämlich explizit vorgesehen, dass die verschiedenen Organe des Konvents auch Expertinnen und Experten anhören können. Wenn es sich ergibt und es der Wunsch der Teilnehmenden ist, auch Schotten und Schottinnen anzuhören, dann soll das ruhig so sein. Wenn es dann eines Tages zu einer Selbstabstimmung kommen sollte, dann ist immer noch Zeit für die organisatorischen Aspekte und für eine Schulung der Präsidentinnen und Präsidenten der Wahlsitze, die Kollegen aus Schottland herzuholen. Bis es so weit ist, sollten wir uns auf die Weiterentwicklung der Autonomie konzentrieren. Wir haben gerade heute gesehen, wie schwierig es ist, auch nur kleine Teile weiterzuentwickeln. Folglich haben wir da noch viel zu tun. Es ist, wie gesagt, mühsam genug.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Wenn man schon die Aufforderung bekommt, nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen, dann sollte man aber auch bei der historischen Wahrheit bleiben. Der Fraktionssprecher der Südtiroler Volkspartei soll mir bitte sagen, wo im Act of Union steht, dass Schottland jederzeit aus diesem Vertrag aussteigen könne. Ich erinnere an die Worte des SVP-Obmannes, der noch vor einigen Jahren gesagt hat, dass Großbritannien niemals die Genehmigung dazu erteilen würde. Sie haben die Genehmigung bekommen, und deshalb ist alleine das schon ein Widerspruch. Warum hätten die Schotten dann eine Genehmigung gebraucht, wenn sie so mir nichts dir nichts jederzeit aus diesem Vertrag aussteigen hätten können? Wir gehen hier nicht eine Diskussion über die Geschichte ein, denn hier geht es um die Zukunftsfrage. Hier geht es um die Frage, was wir für unser Land wollen. Es ist schon ein bisschen sonderbar, wenn wir erleben, was derzeit in Europa passiert, wenn wir uns anschauen, was anlässlich 25 Jahre Mauerfall in Berlin passiert, was in Schottland geschieht usw. Dort ist genau das Gegenteil von dem eingetreten, was die SVP immer wieder gebetsmühlenartig behauptet, nämlich, dass man Selbstbestimmung nur dann erreichen könne, wenn es Menschenrechtsverletzungen gibt, dass

das zu Krieg führen würde und was auch immer. Das Gegenteil war der Fall. Das Ganze ist völlig friedlich und ohne Menschenrechtsverletzungen über die Bühne gegangen. In Bezug auf das Referendum in Katalonien muss ich schon auch einmal die Europäische Union in die Verantwortung nehmen, die zulässt, dass eine demokratische Abstimmung verhindert wird. Und das verteidigt Ihr auch noch? Der Landeskommandant des Schützenbundes des Trentino hat kürzlich gesagt, dass man über die Selbstbestimmung nachdenken müsse, sollte Rom weiterhin die Autonomie untergraben. Vertreter der SVP haben daraufhin gesagt, dass das nicht möglich sei, da es den Artikel 5 der italienischen Verfassung gebe. Ich habe in den letzten Jahren noch nie gehört, dass der italienische Staat einmal ein Wort gegen die Selbstbestrebungen in Südtirol gesagt hätte. Das ist immer nur die SVP! Dass man es in Europa billigt, dass eine demokratische Abstimmung nicht zugelassen wird und wir uns zu Hütern der italienischen Verfassung machen, ... Die italienische Verfassung ist in dem Geiste geschrieben worden, dass nicht ein anderer Staat einen Teil dieses Staates herausreißen und besetzen kann. Lassen wir einmal den juristischen Aspekt beiseite, dass Südtirol nicht an der Abstimmung über die Republik teilgenommen hat. Ich möchte den Kollegen Freiheitlichen etwas vorschlagen. Nachdem der Beschlussantrag jetzt doch ein bisschen verwirrend ist und aus dem zweiten Teil des beschließenden Teiles nicht klar hervorgeht, dass Vertreter Schottlands nach Südtirol eingeladen werden sollen, würden wir gerne einen Änderungsantrag einbringen. Im beschließenden Teil sollte geschrieben werden: "Im Rahmen des Südtirolkonvents Vertreter aus Schottland und Katalonien nach Südtirol einzuladen, um die organisatorischen und politischen Fragen und Erfahrungen mit dem Unabhängigkeitsreferendum zu erörtern." Wenn Ihr damit einverstanden seid, dann würden wir diesen Änderungsantrag einbringen, den wir dann ja alle gemeinsam unterschreiben können.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Ich habe auch mehrmals vorgeschlagen, das Wort "Autonomiekonvent" durch das Wort "Südtirol-Konvent" zu ersetzen. Mittlerweile verwenden ja auch der Landeshauptmann und der Fraktionssprecher der SVP das Wort "Südtirol-Konvent". Ich bin auf jeden Fall der Meinung, dass wir schon beschließen können, einen Südtirol-Konvent abzuhalten. Ein Gesetzentwurf zur Abhaltung eines Autonomiekonventes, so wie von den Grünen vorgeschlagen, ist schon eine gedankliche Einschränkung an sich. Mich wundert, dass man einen Gesetzentwurf einbringt, der vorschreibt, dass man nur in eine Richtung denken darf. Ich glaube, dass der vorliegende Beschlussantrag durchaus seine Berechtigung hat, denn man sollte schon darüber nachdenken, einen Südtirol-Konvent abzuhalten. Wenn man dann auch Erfahrungen anderer Länder und Regionen miteinfließen lässt, was gibt es Besseres? Andere Regionen und Länder lassen ja auch unsere Erfahrungen mit der Autonomie in ihre Entwicklungen miteinfließen. Deshalb sollten wir das auch umgekehrt tun. Dagegen sollte man sich nicht verschließen. Das heißt ja nicht, dass jemand seine Meinung zur Zukunftsentwicklung ändern muss. Im Gegenteil, in einem solchen Südtirol-Konvent kann dann jeder seine Sichtweise miteinbringen. Speziell die Erfahrungen der Schotten sollte man miteinfließen lassen, vor allem auch die Frage, wie die Schotten die Entwicklung nach der Abstimmung sehen. Vorerst hat sich die Erde nicht aufgetan und Schottland verschluckt, wie manche vorher geglaubt haben.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Der Vorschlag ist meines Erachtens gut. Der Kollege Urzi hat Recht, wenn er sagt, dass man den Leuten reinen Wein einschenken sollte. Die SVP sollte ihr Statut schon ernst nehmen, das heißt die Selbstbestimmung anwenden oder aus ihrem Statut streichen. Durch diesen Schlingerkurs verlieren wir einfach den Respekt vor Freund und Gegner. Überall ein bisschen mitmachen, geht nicht. Die Leute brauchen ein Ziel. Wir haben ja gesehen, was Verträge wert sind. Wenn man ein Finanzabkommen abschließt und eine Woche später Ministerin Boschi die Sonderautonomien abschaffen will, dann muss man schon hellhörig sein und endlich etwas unternehmen. Wenn Verträge nicht eingehalten werden, dann sollte man den Spieß einmal umdrehen und dem Staat sagen, wo er einsparen kann und Kompetenzen übernehmen. Das wäre der richtige Weg, um neue Verhandlungen anzustreben und nicht wieder Geld in ein Fass ohne Boden zu stecken. Das sind Steuergelder, die von unseren Menschen hart erarbeitet worden sind. Diese kann man also nicht so einfach verschenken.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Ich darf mich den Äußerungen des Kollegen Urzi anschließen, dem ich ja selten Recht gebe. Es ist aber schon interessant, dass wir uns in einem guten Teil unserer Sitzungszeit immer wieder mit denselben Themen befassen. Mit dem vorliegenden Beschlussantrag erweckt man auch wieder den Eindruck, dass uns irgendein Schritt in irgendeine Richtung weiterbringen würde. Der Act of Union war das Ergebnis des Treaty of Union, und das wissen die Anwesenden hoffentlich. Das war eine Vertragsverhandlung, bei der man sich dann darauf geeinigt hat, sich zusammenzuschließen. Großbritannien hat das

Common Law. Es gibt Gewohnheitsrechte und keine Verfassung im klassischen Sinne. Das war also die Situation, die dazu geführt hat, dass die Abstimmung durchgeführt worden ist. Und wir wollen jetzt sagen, dass wir davon lernen wollen und wie man das machen muss? Im Übrigen hat sich Schottland durch diese Abstimmung bis jetzt gar nichts zusätzlich geholt. In Großbritannien will man jetzt darüber diskutieren, wie man den Ländern mehr Zuständigkeiten übertragen kann. Diese Diskussion gibt es in Italien ja auch schon seit Jahrzehnten. Es wurde auch Katalonien zitiert. Wir können auch versuchen, unser Land ins Chaos zu stürzen, so wie es derzeit in Katalonien der Fall ist. Dazu können Sie die Pressemitteilungen – auch jene auf internationaler Ebene – lesen, um zu sehen, wie die Situation dort zur Zeit ist. Inzwischen ist es sogar soweit, dass die spanische Zentralregierung selbst diese informelle Konsultation verbieten will. Laut Umfragen sprechen sich 44 Prozent der Katalanen pro Sezession aus. Die Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise und es gibt einen großen Vertrauensverlust. Die Katalanen haben wahrlich eine dramatische Situation. Sie finanzieren ganz Spanien mit, und das ist somit nicht unsere Situation. Wenn wir von Zahlen reden, so sind wir nicht mehr Nettozahler, als es das Bundesland Tirol in Österreich oder Bayern in Deutschland ist. Auch das muss einmal klar gesagt werden. Hier werden tatsächlich ständig Äpfel mit Birnen vermischt. Der Begriff "Selbstbestimmung" wird immer damit gleichgesetzt, über einen eigenen Staat abzustimmen. "Selbstbestimmung" bedeutet, dass ein Volk schaut, wie es seine Zukunft selbst gestalten kann. Das tun wir längst! Das entspricht auch dem Grundsatz der SVP, auf den wir nie verzichten werden. Im Gegenteil, wir leben diesen Grundsatz, und zwar schon seit langem. Wir haben ein zukunfts führendes, konkretes, realistisches und modernes Projekt und nicht ein Projekt, das wieder nationalstaatlichen Ideen anhängt. Es ist ein modernes europäisches Projekt, das uns nach vorne bringen wird. Nachdem wir eine Brücke zwischen Nord und Süd sind, sollten wir nicht in einem alten nationalstaatlichen Denken verharren und glauben, dass wir mit irgendwelchen Abstimmungen irgendetwas verbessern könnten. Ich habe nie gesagt, dass das theoretisch nicht möglich wäre. Es bräuchte eine Verfassungsänderung. Dieses Problem haben auch die Katalanen in Spanien. Dieser Weg wäre theoretisch durchaus denkbar. Tatsache ist aber, dass wir seit Jahren hart darum kämpfen, unsere Autonomie Schritt für Schritt auszubauen. Sie machen den Leuten ständig etwas vor! Wen wollen Sie hier in die Irre führen? Den Landtag oder die Bevölkerung Südtirols? Es ist dieser Weg, der Südtirol dorthin geführt hat, wo es heute steht, ein Land im Wohlstand, das stolz ist auf seine Kultur und Tradition, das aber auch modern und zukunftsgerichtet ist. Wir haben eine Arbeitslosigkeit, die niedriger ist als in den umliegenden Regionen, auch niedriger als in Österreich und Deutschland. Wir haben eine blühende Wirtschaft und eine Lebensqualität, die seinesgleichen sucht. Die Menschen kommen zu uns, um Urlaub zu machen. Wir wohnen hier! Wir haben eine wunderschöne Landschaft und eine funktionierende Infrastruktur. Wir haben aufgrund der autonomen Gesetzgebungsbefugnis Gestaltungsspielraum. All das stellt man in Frage, nur weil man irgendwelchen Ideen hinterherhinkt, die dem vergangenen Jahrhundert angehören. Man will es nicht zulassen, einmal darüber hinauszudenken und ein viel moderneres Projekt anzudenken. Im europäischen System muss man nicht ein Staat sein, um gestalten zu können. Man sollte nicht den Leuten irgendetwas vormachen, was am Ende nur zu Chaos führen würde. Das zeigt uns zur Zeit die Situation in Katalonien. Die Katalanen sind zur Zeit sicher nicht glücklich darüber, wie die Diskussion abläuft.

Wir stimmen gegen diesen Beschlussantrag.

**STOCKER S. (Die Freiheitlichen):** Ich bin froh, dass Sie heute so klar reden, denn jetzt hört endlich einmal dieser Schmusekurs auf. Es wird politisch diskutiert, mit härterem Inhalt!

Lieber Kollege Dieter Steger, Du hast gesagt, dass man nicht immer eine Abstimmung machen könne. Wann hat es in Südtirol jemals eine Abstimmung gegeben? Nie! Zur Zeit läuft die Zeit der Opposition, die jene Beschlussanträge einreicht, die für sie wichtig sind. Herr Landeshauptmann, glauben Sie mir, Sie werden in den nächsten fünf Jahren noch viel über Unabhängigkeit, Freistaat usw. hören, denn jetzt geht es erst richtig los! Denken Sie nicht beamtentreu, sondern denken Sie politisch! Seien Sie Landeshauptmann und nicht Staatsbeamter! Danken Sie uns dafür, dass wir diese Beschlussanträge einbringen, denn so weiß Rom zumindest, dass es aufpassen muss. Wenn Sie mit Rom immer so treu umgehen, dann werden Sie Ihnen die letzte Hose ausziehen! Magnago hat verstanden, dass es Gott sei Dank eine Opposition gibt, die unabhängig sein will. Durnwalder hat es auch schon verstanden, Sie aber leider noch nicht! Das, was wir hier machen, ist auch eine Stärke für Verhandlungen mit Rom.

Lieber Kollege Urzi, Du brauchst nicht immer so nervös zu sein, denn es geht ja immer so, wie Du es haben willst. Früher haben wir im Landtag immer die Abschaffung des Regierungskommissars verlangt. Das brauchen wir jetzt nicht mehr zu tun, denn dieser ist ja hier im Hohen Haus! Wir haben hier ja fast den Regierungskommissar hoch fünf! Es ist nicht richtig, dass über Selbstbestimmung so minderwertig geurteilt wird. Wahrschein-

lich schaut Ihr kein europäisches Fernsehen. Wir können als Südtiroler doch nicht so feige sein! Überall bewegt sich etwas, nur bei uns nicht! Wir trauen uns nicht einmal, einem Antrag zuzustimmen, mit dem Schotten oder Katalanen ins Land eingeladen werden sollen, um uns zu schildern, wie die Situation bei Ihnen ist! Es wird alles abgeschottet. Wir sind eine Art Museumsstück! Das ärgert mich. Ich frage mich fast schon, ob Andreas Hofer wirklich ein Südtiroler war oder nicht einer aus Venetien, denn die haben mehr Courage als wir! Man muss die Sache gelassener angehen. Kürzlich hat mich ein Italiener, als ich beim Kaffeetrinken war, angesprochen und gefragt: "Stocker, quando facciamo questo stato libero?" Lieber Kollege Urzi, auch immer mehr Italiener spüren das.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** (*interrompe*)

**STOCKER S. (Die Freiheitlichen):** Du bist ein Italiener Italiens geblieben und nicht ein Italiener Südtirols geworden! Das ist ein großer Unterschied. Wieso sollen wir Rom und dem Artikel 5 der Verfassung gegenüber treu sein, nachdem Rom auch immer wieder unsere Rechte verletzt? Das hat uns nicht zu interessieren, denn wir müssen auf uns schauen. Das Wichtigste ist, dass alle Sprachgruppen miteingebunden werden. Habt keine Angst und denkt an die Geschichte Eurer Partei! Die Südtiroler Volkspartei hat eine große Geschichte, die früher mutiger war. Heute ist man nicht mehr mutig, und das ärgert mich. Wie gesagt, Herr Landeshauptmann, nutzen Sie das, was wir hier machen, bei künftigen Verhandlungen mit Rom. Zeigen Sie vor einem Italiener keine Schwäche, denn dann sind Sie schon verloren. Da müssen Sie die Härte unserer Muttersprache zeigen! Wenn man noch Rom geht und schon die Kniebeuge macht, bevor die Tür aufgeht, dann ist man verloren! Trauen wir uns, Vertreter anderer Völker ins Land zu holen, die uns etwas aus ihrer Sicht erklären können und seien wir doch nicht so ängstlich.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** In persönlicher Angelegenheit. Eines lasse ich mir nicht vorwerfen, nämlich mangelnden Mut. Sie verwechseln Mut und Nicht-Mut, die Dinge so darzustellen, wie sie sind. Wenn man so etwas beim Stammtisch oder beim Kaffeetrinken ausmacht, dann kann man natürlich auf dieser Ebene über staatsrechtliche Zusammenhänge diskutieren. Ich bin nicht der Pflichtverteidiger des italienischen Staates und bin stolz auf das Verhandlungsergebnis, das ich nach Hause gebracht habe. Das war der Auslöser für die Geschichte, die in Rom stattgefunden hat. Sämtliche Regionen haben sich gegen die Regelung, die Südtirol und das Trentino erreicht haben, aufgeregt. Ich lasse mir nicht sagen, dass ich die Hosen hinunterlassen würde. Dagegen verwehre ich mich, denn ich weiß, wie man verhandeln muss, und das Ergebnis beweist das. Das ist ein riesiger Fortschritt gegenüber dem, was wir bisher hatten und eine große Absicherung für Südtirol. Wir haben den Mut, weit über das, was bisher gedacht wurde, hinauszudenken. Man muss kein Staat sein, um gestalten zu können, und das werden wir zeigen. Wir haben nach wie vor die weitestgehende Autonomie, die es für eine Volksgruppe in Europa gibt. Das gibt es nirgends und das werfen wir nicht so einfach über Bord. Das ist der erfolgreiche und mutige Weg der Südtiroler Volkspartei. Im Jahr 1969 war es mutiger, diesen Weg zu gehen. Wir gehen diesen mutigen Weg weiter und er wird uns auch weiterhin zum Erfolg führen.

**STOCKER S. (Die Freiheitlichen):** In persönlicher Angelegenheit. Ein großes Problem in Europa ist, dass man den Menschen an den Stammtischen und Bierbudeln nicht mehr zuhört. Die Menschen verstehen die Politik nicht mehr.

Was das mit den Hosen hinunterlassen betrifft, habe ich gesagt, dass Sie aufpassen müssen, dass man Ihnen nicht die letzte Hose hinunter zieht. Das ist ein Unterschied!

**PRÄSIDENT:** Es ist ein Änderungsantrag eingebracht worden, der noch übersetzt werden muss. Wir müssen die Abstimmung über den Beschlussantrag also kurzfristig aussetzen.

Herr Abgeordneter Urzi, bitte.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Sull'ordine dei lavori. Chiedo al presidente che venga riferito al vicepresidente della Giunta provinciale, ringraziando il presidente della Giunta per la sua esauriente risposta data, che su queste questioni che attengono alcuni dei presupposti fondamentali dell'autonomia, ci sia un intervento in aula anche del vicepresidente della Giunta provinciale, cosa che non è avvenuta in questa circostanza, come non è avvenuta in altre circostanze. Anzi, devo dire che assistiamo sempre ad una fuga strategica dall'aula quando ci sono questi temi in discussione. Lo ritengo un atto di chiarezza anche perché il presidente della Giunta provinciale, essendo intervenuto in modo molto esauriente, ha dedicato un'ampia parte del suo intervento alla posizione



del suo partito, e il partito non è la Giunta provinciale, anche se più o meno è così, ma dal punto di vista formale non dovrebbe essere così. Chiedo che o ci siano interventi che riescano a rappresentare la posizione della Giunta provinciale dove ogni parola espressa da parte dell'assessore che interviene rappresenta integralmente, e quindi chiedo se è così, la posizione della Giunta nella sua integrità, o se non è così ci sia per lo meno l'intervento delle diverse componenti politiche del governo provinciale, altrimenti non si comprende bene la natura delle posizioni.

Spero di essermi spiegato. Non vuole essere una posizione polemica nei confronti dei presenti, vuole essere una posizione di chiarezza che non c'è stata oggi e non c'è stata ieri, perché se andiamo a rileggere la presa di posizione del presidente della Giunta provinciale, essa è dedicata per ampia parte, legittimamente, dalla posizione del suo partito, nonostante sia intervenuto in aula il capogruppo del suo partito. È legittimo, lo comprendo, è stato stimolato su questo, non c'è critica in questo, però io vorrei capire dove c'è la posizione della Giunta provinciale e dove inizia quella dei partiti che la compongono. Qual è la posizione del Pd? È integralmente quella espressa dal presidente della Giunta provinciale? Basta un cenno di risposta da parte del presidente che mi dice sì, io ne prendo atto e lo so. Andiamo a riprenderci il verbale e vediamo quella e la posizione del Pd. Sotto quel discorso ci possono scrivere: firmato Partito Democratico!

**PRÄSIDENT:** Kollege Urzì, in der Geschäftsordnung ist nicht vorgesehen, dass jemand zu einer politischen Äußerung gezwungen werden kann.

Herr Landeshauptmann, bitte.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Noch einmal kurz in persönlicher Angelegenheit. Wenn ich von hier aus spreche, dann spreche ich für die Landesregierung. Die Bezugnahme auf eine Position der SVP galt bezüglich einer Bemerkung seitens des Abgeordneten Stocker.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Zum Fortgang der Arbeiten. Die Fraktionssprecher haben sich ja auf das weitere Vorgehen in Sachen Autonomiekonvent geeinigt, unter der Voraussetzung, dass dieser ergebnisoffen ist. Ich habe nicht verstanden, zu was die Landesregierung Stellung genommen hat. Zum Beschlussantrag, so wie er vorliegt oder so, wie er abgeändert wird? Im Änderungsantrag steht nämlich, dass im Rahmen des Südtirol-Konvents Vertreter aus Schottland und Katalonien angehört werden. Das ist ein inhaltlicher Unterschied. Wenn die Landesregierung sagt, dass sie im Südtirol-Konvent nicht darüber reden wolle, dann ist damit das Ziel, dass der Südtirol-Konvent ergebnisoffen sein soll, in Frage gestellt. Wenn wir sagen, dass er ergebnisoffen ist, dann gibt es auch die Variante Selbstbestimmung. Es gibt in Europa nun einmal zwei große Selbstbestimmungsbestrebungen, nämlich in Schottland und in Katalonien. Ich würde den Landeshauptmann also bitten, uns zu erklären, zu was er vorher Stellung genommen hat.

**PRÄSIDENT:** Wir reden ja über etwas, das die meisten noch nicht kennen. Der Änderungsantrag ist ja noch nicht ausgeteilt worden, da er erst übersetzt werden muss. Ich würde also den Vorschlag machen, die Behandlung des Beschlussantrages auszusetzen. Der Einbringer des Änderungsantrages hat dann ja die Möglichkeit, diesen zu erklären, wobei jeder Abgeordnete drei Minuten Zeit hat, dazu Stellung zu nehmen.

Punkt 7 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 194/14 vom 30.7.2014, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Knoll und Klotz, betreffend Änderung der Internet-Domains des Landes."**

Punto 7) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 194/14 del 30/7/2014, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Knoll e Klotz, riguardante il cambiare i domini internet della Provincia."**

*Viele Internetauftritte des Landes (z.B. provinz.bz.it) enden auf die Domain ".it", als Kurz-Code für "Italien". Es sind diese vermeintlich kleinen und alltäglichen Symbole, welche die Zugehörigkeit Südtirols zu Italien manifestieren und den Unabhängigkeitsbestrebungen, wie auch immer sie von den verschiedenen Parteien interpretiert werden, zuwiderlaufen.*

*Mit der Verordnung (EG) Nr. 733/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. April 2002, wurde die Einführung einer Top-Level-Domain für die Europäische Union beschlossen. Nach Abschluss der technischen Infrastrukturmaßnahmen wurde ".eu" am 7. Dezember 2005 eingeführt. Ab dem 12. Jänner 2015 ist es zudem möglich, die regionale Domainendung ".tirol" zu verwenden. Die damit verfügbaren Internetadressen sind prägnant und schaffen Identität.*

Eine Umstellung der ".it-Endungen" auf ".eu- oder .tirol-Endungen" wäre ein sichtbares Bekenntnis zur Europäischen Integration, zur Europaregion Tirol und ein Schritt in Richtung Unabhängigkeit. Aus diesem Grund,

beauftragt  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung,

1. die bestehenden Internetauftritte mit der Endung ".it" auf ".eu" oder ".tirol" umzustellen;
2. künftige Webseiten des Landes mit der Domain ".eu" oder ".tirol" zu versehen.

-----

Numerosi siti internet della Provincia (p.es. provincia.bz.it/) terminano con l'estensione ".it" che sta per Italia. Questi piccoli simboli quotidiani manifestano l'appartenenza della provincia di Bolzano all'Italia, minando le aspirazioni indipendentiste, a prescindere dal modo in cui vengono interpretate dai partiti.

Con regolamento n. 733/2002 del Parlamento europeo e del Consiglio del 22 aprile 2002 è inoltre stata decisa l'introduzione di un dominio di primo livello per l'Unione europea. Al termine di adeguamenti infrastrutturali e tecnici, il 7 dicembre 2005 è stato creato il dominio ".eu". Dal 12 gennaio 2015 è inoltre possibile utilizzare un dominio regionale con l'estensione ".tirol". Gli indirizzi internet che si rendono quindi disponibili sono concisi e nel contempo espressione di un'identità.

Il passaggio dalle estensioni ".it" alle estensioni ".eu" oppure ".tirol" sarebbe una professione visibile di adesione all'integrazione europea, alla nostra euroregione e un passo verso l'indipendenza.

Per queste ragioni,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
incarica  
la Giunta provinciale

1. di cambiare l'estensione dei siti internet esistenti da ".it" in ".eu" oppure ".tirol";
2. di prevedere che i futuri siti internet della Provincia terminino con l'estensione ".eu" oppure ".tirol".

Herr Abgeordneter Zimmerhofer, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Danke, Herr Präsident! "Viele Internetauftritte des Landes (z.B. provinz.bz.it/) enden auf die Domain ".it", als Kurz-Code für "Italien". Es sind diese vermeintlich kleinen und alltäglichen Symbole, welche die Zugehörigkeit Süd-Tirols zu Italien manifestieren und den Unabhängigkeitsbestrebungen, wie auch immer sie von den verschiedenen Parteien interpretiert werden, zuwiderlaufen.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 733/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. April 2002, wurde die Einführung einer Top-Level-Domain für die Europäische Union beschlossen. Nach Abschluss der technischen Infrastrukturmaßnahmen wurde ".eu" am 7. Dezember 2005 eingeführt. Ab dem 12. Jänner 2015 ist es zudem möglich, die regionale Domainendung ".tirol" zu verwenden. Die damit verfügbaren Internetadressen sind prägnant und schaffen Identität.

Eine Umstellung der ".it-Endungen" auf ".eu- oder .tirol-Endungen" wäre ein sichtbares Bekenntnis zur Europäischen Integration, zur Europaregion Tirol und ein Schritt in Richtung Unabhängigkeit.

Aus diesem Grund,

beauftragt  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung,

die bestehenden Internetauftritte mit der Endung ".it" auf ".eu" oder ".tirol" umzustellen;  
künftige Webseiten des Landes mit der Domain ".eu" oder ".tirol" zu versehen."

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Mein Kollege Bernhard Zimmerhofer hat die technischen Details bereits ausgeführt. Wenn wir vom Zeitalter Internet reden, dann ist es schon auch wichtig, darüber nachzudenken, warum das Land Südtirol ganz automatisch immer die Endung "it" verwendet. Es besteht keine gesetzliche Verpflichtung und auch keine politische Notwendigkeit dazu. Wir sollten schon darüber nachdenken, ob es nicht auch andere Möglichkeiten gibt. Der Kollege Zimmerhofer hat das Beispiel "eu" genannt. Sonst reden wir auch immer von der Europäischen Union und der Zugehörigkeit von Europa, aber wenn es ums Internet geht, dann klassifizie-



ren wir uns wieder ganz klar in Staatsgrenzen und in deren Rahmen. Es gibt eine Vielzahl von Internetseiten des Landes, die auf ".it" enden, und wir stellen uns die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, ein sichtbares Zeichen nach außen zu setzen und entweder ".eu" oder ".tirol" zu verwenden. Ab 2015 ist die Internetendung ".tirol" offiziell verwendbar. Es gibt Tourismusverbände, die bereits angesucht haben. Auch das Land Tirol interessiert sich dafür. Hier könnte man doch Gemeinsamkeiten schaffen. Hier geht es ja nicht um eine politische Frage, sondern um das Sichtbarmachen von Einigkeit. Ich glaube, dass wir alle Möglichkeiten hätten, das zu tun. Für mich gibt es keine Rechtfertigung dafür, warum wir in fast schon vorausweisendem Gehorsam alle Internetseiten des Landes auf "it" enden lassen müssen.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Solo per annunciare il mio voto contrario alla mozione. Finalmente parliamo di temi pregnanti, infatti vedo che il Consiglio provinciale si è svuotato. Se abbiamo tempo anche per discutere di questo, vuol dire che ci piace continuare a stimolare in maniera aggressiva il dibattito. Non credo sia lo spirito giusto per affrontare il lavoro che questo Consiglio avrebbe il dovere di affrontare per risolvere i problemi della nostra comunità. Se il problema della nostra comunità è questo, credo che abbiamo toccato veramente il fondo. Se vogliamo dilettarci in questo continuo esercizio dialettico di sciocchezze, continuiamo!

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Es gibt mittlerweile eine ganze Reihe neuer Internet-Topleveldomains. Es gibt auch Regionen, die sich darum bemühen, wobei sich Tirol erfolgreich darum bemüht hat, eine Internet-Endung zu erhalten. Eine Toplevel-Domain muss bei der Internetregistrierungsstelle angemeldet werden. Ob man eine bestehende nutzt oder selbst initiativ werden will, um eine eigene Endung zu erhalten, muss definiert werden. Ich würde nicht unbedingt vorgeben, in welche Richtung es gehen soll. Auf jeden Fall sollte man eine Alternative zur derzeitigen ".it"-Endung suchen und die entsprechenden Schritte einleiten. "tirol" würde sich anbieten, wobei sich natürlich die Frage stellt, ob man diese Endung nutzen kann oder darf. Noch gibt es sie nicht. Man kann sie vorregistrieren lassen, wobei man die Subdomains aber noch nicht selbst verwalten kann. Auf jeden Fall bin auch ich dafür, dass man eine Alternative zur ".it"-Endung sucht.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Auch wir sind dafür, aber es muss selbstverständlich vorher rechtlich abgeklärt werden. Ich bin kein Fachmann und erlaube mir kein großes Urteil. Kollege Urzi, ich hätte von Dir erwartet, dass Du sagst: "Was sollt Ihr? It heißt ja in Tirol?" Das ist natürlich nicht so. Wie gesagt, es soll abgeklärt werden, und wenn es rechtlich möglich ist, dann sind wir selbstverständlich dafür. Alles, was die Autonomie hervorstreicht, sollte genutzt werden, auch um uns zu unterscheiden.

**DEEG (Landesrätin für Familie und Verwaltungsorganisation - SVP):** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns dieses Themas schon länger angenommen und auch schon einen entsprechenden Beschluss auf Landesregierungsebene gefasst. Wir haben uns im Frühjahr mit dem Internet-Auftritt der Landesverwaltung und mit der Neu-Konzipierung des Bürgernetzes beschäftigt. Ich werde das auch noch ein bisschen näher ausführen. Die Grundidee ist die Frage, wie die Südtirolerin und der Südtiroler im Internet an die Landesverwaltung herantritt. Wie kann eine Landesverwaltung die Informationen bürgerfreundlich an Mann und Frau bringen?

Ich darf nun kurz auf die Fragestellung eingehen. Mein Ressort hat mit der Informatikabteilung und in Zusammenarbeit mit der Südtiroler Informatik AG bereits beschlossen, den offiziellen Internetauftritt des Landes neu zu konzipieren. In diesem Zusammenhang ist natürlich auch die Fragestellung aufgetaucht, die Sie in Ihrem Beschlussantrag formulieren. Die gesamtstaatlichen Richtlinien für die Webseiten des offiziellen Internetauftritts der öffentlichen Verwaltungen – Linea guida per i siti web della pubblica amministrazione – aus dem Jahr 2011 sowie Vorgaben der italienischen Registrierungsbehörde RAI sehen für öffentliche Verwaltungen eine Domänen-Bezeichnung mit der Endung "provincia.name.kürzel.it" vor. Es ist lediglich eine deutsche Körperschaftsbezeichnung wie "provinz.bz.it" zugelassen. Die Endung "it" als solche muss aufgrund dieser staatlichen Vorgaben für den offiziellen Internetauftritt des Landes bestehen bleiben. Mit Beschluss der Landesregierung wurde die Übertragung der Domain des Südtiroler Bürgernetzes "www.provinz.bz.it" auf die Landesverwaltung bereits beschlossen. Ab Frühjahr 2015, also sobald die Umstellungsphase abgeschlossen sein wird, wird das Südtiroler Bürgernetz eine neue Domain verwenden. Mit diesem Thema wird sich dann ab Jänner 2015 eine Arbeitsgruppe beschäftigen, in die auch die Gemeinden und Bezirksgemeinschaften miteingebunden werden. Das Bürgernetz umfasst ja nicht nur die Landesverwaltung, sondern soll verwaltungsübergreifend konzipiert sein. Diese behördenübergreifende Arbeitsgruppe soll sich mit der Neukonzeption des Südtiroler Bürgernetzes beschäftigen. Ich möchte diesen anstehenden konzeptionellen Arbeiten nicht vorgreifen, darf Ihnen aber mitteilen, dass eine Endung auf ".eu" für das

Südtiroler Bürgernetz, welches als Dach der öffentlichen Einrichtungen in Südtirol fungiert, angedacht wurde und dass zahlreiche südtirolspezifische EU-Domains bereits registriert sind. Wie Sie in Ihrem Beschlussantrag richtigerweise hinweisen, ist eine Registrierung der Tirol-Domain erst ab Jänner 2015 möglich. Auch hier sind bereits einige Domains vorregistriert worden. Allerdings können wir derzeit noch nicht abschätzen, ob wir diese Domains dann effektiv bekommen werden. Andere Vorschläge sehen Kombinationen vor. Wir sind also schon mitten im Geschehen drinnen. Ich würde sagen, dass dieser Beschlussantrag zu diesem Zeitpunkt ein bisschen verspätet kommt. Deshalb würde ich ihn auch ablehnen.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich bedanke mich für die Wortmeldungen. Jetzt sieht man wieder, wer bei gewissen Dingen das Sagen hat.

Wenn Sie sagen, dass der Staat die Endung ".it" vorschreibt, dann frage ich mich, wie das funktionieren soll, nachdem die Provinzen abgeschafft werden sollen. Hier passt einiges nicht zusammen. Ich ersuche die Kolleginnen und Kollegen um Zustimmung zu diesem Beschlussantrag, weil er wichtig ist für unsere Identität. Danke!

**PRÄSIDENT:** Wir kommen zur Abstimmung über den Beschlussantrag. Ich eröffne die Abstimmung: mit 7 Jastimmen und 20 Gegenstimmen abgelehnt.

Punkt 8 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 195/14 vom 31.7.2014, eingebracht von den Abgeordneten Heiss, und Foppa, betreffend Südtirols Verlage, wichtige Träger von Kultur und Identität, sind akut gefährdet: Die Einführung einer Buch- und Verlagsförderung nach bewährten Vorbildern ist dringend notwendig!"**

Punto 8) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 195/14 del 31.7.2014, presentata dai consiglieri Heiss e Foppa, riguardante l'allarme editoria: le case editrici altoatesine sono importanti promotrici di cultura e identità per cui va introdotto al più presto un sistema di sostegno sulla base di modelli che hanno già dato ottimi risultati!"**

*Die Einführung einer Buch- und Verlagsförderung nach bewährten Vorbildern ist dringend notwendig! Südtirols kleine Verlage stehen "am Abgrund", wie ein kompetenter Kulturredakteur jüngst titelte. Die Lage der Buchherstellung im Lande ist dramatisch und zwar aus verschiedenen Gründen:*

*Das Medium Buch hat im Zuge der rasch fortschreitenden Digitalisierung an Bedeutung verloren, obwohl der Einbruch im deutschen Sprachraum nicht annähernd so abrupt verläuft, wie ursprünglich befürchtet.*

*Die chronische Sozial- und Wirtschaftskrise hat die Möglichkeiten des Erwerbs von Büchern bei vielen Interessenten eingeschränkt.*

*Der Druck weltweit agierender Online-Vertreiber wie "Amazon" auf Buchverlage ist mörderisch, etwa im Hinblick auf die von Verlagen eingeforderten Rabatte.*

*Dabei ist festzuhalten, dass Bücher nicht nur eine Synthese von Druck und Bindung darstellen, sondern ein Medium, das Autorinnen und Autoren Ausdruck ermöglicht, zudem eine ganze Wertschöpfungskette kreativer Personen von Gestaltung bis Vertrieb aktiv erhält. Bücher bleiben auch im digitalen Zeitalter als Medien von Erzählung und Wissenschaft unersetzlich, als zentraler Ausdruck kultureller Gedächtnisse und Äußerungsformen, als Bezugspunkte von Leseerfahrungen.*

*Dies gilt besonders für Südtirol, wo die eigene Buchherstellung als Kernaussweis der kulturellen Vitalität der deutschen und ladinischen Minderheit, aber auch von Austausch und Kommunikation mit anderen Sprachgruppen gilt. Die Buchlandschaft von Autoren und Autorinnen sowie von Verlagen des überschaubaren Raumes Südtirol genießt weitem hohe Wertschätzung, die dem Land und seinem Erscheinungsbild guten Ruf einträgt. Autorinnen wie Sabine Gruber, Roberta Dapunt und Lilly Gruber, Autoren wie Reinhold Messner und Joseph Zoderer sind Botschafter und Botschafterinnen Südtirols; Kriminalromane, Reiseführer oder Publikationen wie etwa zum Iceman werden europaweit rezipiert. Diese Buch- und Verlagslandschaft wird aber nun durch angekündigte, teils unbeabsichtigte, teils durch Gleichgültigkeit verursachte Kürzungen der Kulturpolitik, von Seite leistungsfähiger Förderer und potenter öffentlichen Ankäufer von gravierenden Einschnitten und irreversiblen Verlusten bedroht.*

Obwohl Landesrat Achammer bei Amtsbeginn zugesichert hat, der Kultur keine gravierenden Kürzungen zumuten zu wollen ("Eine Million weniger für die Kultur", Neue Südtiroler Tageszeitung vom 22./23.2.

2014), zeichnet sich nun ein scharfer Schnitt der Druckkostenbeiträge ab. Mehr noch: Die vom neuen Landesrat öfters angestrebte mehrjährige "Planungssicherheit" (Interview mit S. Barta in RAI-Südtirol, 29.7.2014) entpuppt sich vor der Tatsache, dass Ende Juli 2014 die Landesbeiträge noch nicht feststehen, geschweige denn jene künftiger Jahre erahnbar sind, zunehmend als problematisch.

Die Buch-Ankaufsbudgets der Landesräte sind durch die von Bürgern und Öffentlichkeit gewünschte Schrumpfung der Repräsentationsfonds abgeschmolzen, ebenso jene einzelner Ämter und Abteilungen. Ankäufe durch die öffentliche Hand waren für so manche Buchauflage eine wichtige Grundversicherung. Obwohl klar ist, dass auch Bücher Marktregeln unterliegen und in Vergangenheit auch allzu üppige Ankäufe getätigt wurden, ist nunmehr eine wichtige Subventionsquelle versiegt.

Auf die günstige Ausgangslage früherer Jahre folgt also eine akuten Krisenlage, die aber nicht nur den kleinen Wirtschaftszweig der Verlage trifft, sondern eine ganze Kette kreativ tätiger Personen. Zudem ist ein kultureller Exzellenzbereich bedroht, um den andere Regionen unser Land beneiden.

Viele nun auftretende Probleme wären erspart geblieben, hätte sich die Südtiroler Landesregierung, namentlich das deutsche Kulturressort, bis 2013 zeitgerecht zu einer Verlagsförderung durchgerungen.

Denn seit über zehn Jahren wurde zwischen der Landesregierung/Ressort Deutsche Kultur und den Verlegern Südtirols über die Einführung einer Verlagsförderung anstelle des bisherigen Druckkostenbeitrags verhandelt.

Eine Umstellung des scheinbar bewährten, in Wahrheit zunehmend obsoleten Systems wäre dringlich: Denn bis heute werden in Südtirol laut L.G. Nr. 45/1976 nicht Verlage für unternehmerische und kulturelle Tätigkeit unterstützt, sondern Druckwerke als Einzelpublikationen gefördert. Dies hat zur Folge, dass Verlage einen Träger suchen müssen (meist Kulturvereine wie das Südtiroler Kulturinstitut), der für sie die Gesuche einreicht. Damit wurde nicht das inhaltliche und kulturelle Profil von Verlagen, mithin ihr kultureller Auftrag, gefördert, sondern vorab der Ausstoß an Druckwerken. Neben der Qualität kam auf diese Weise bei Publikationen das Kriterium der Quantität allzu stark zum Zuge: Wer viele Ansuchen stellt, erhält die meisten Subventionen. Die Folgen äußerten sich in Überproduktion und hohen, oft wenig zielgerichteten Ausschüttungen zugunsten zu lokal oder anlassgebundener Literatur.

So vergab das kleine Land Südtirol 2008 knapp 955.000 € an öffentlichen Druckbeiträgen, während in ganz Österreich nur 2,5 Mio. € Verlagsförderung lukriert wurden. Dies mochte auch der kulturellen Sonderstellung Südtirols als sprachliche Grenzregion geschuldet sein, trotzdem handelte es sich hier um ein Gießkannensystem, das große Ressourcen verschwendete.

Bei einer Verlags- anstelle der eingefahrenen Druckkostenförderung würden mehr Qualität und weniger Buchbinder-Synthesen produziert. Sie entspräche einer Prämie für gut arbeitende Verlage und nicht einer Verlustabdeckung.

Zudem entfielen der enorme bürokratische Aufwand bei der Erstellung und Bearbeitung zahlloser Einzelgesuche.

Auch finanziell ergäben sich wesentliche Einsparungen, da Qualität und Selektion statt beliebiger Produktion verstärkt zum Zuge kämen.

Das in Österreich praktizierte Modell der Verlagsförderung hat sich in vielen Jahren bewährt: Verlage, die seit mindestens drei Jahren auf dem Markt sind, können um Förderung ansuchen und werden nach bestimmten Kriterien (Programm, Qualität, Regionalität u. a.) zur Förderung zugelassen. In Südtirol müssten nach nunmehr 10 Jahren Verhandlungen die rechtlichen und administrativen Prämissen soweit geklärt sein, um eine Verlagsförderung endlich umzusetzen. Sie wäre eine wichtige Chance, um die Krisensituation der Verlage und damit eines wesentlichen Kulturzweiges ein wenig zu lindern.

Die Möglichkeit, mittels der überfälligen Verlagsförderung der drohenden Krise der Buchproduktion entgegen zu wirken, ist dringend zu nutzen: Nicht im Sinne pietätvoller "Denkmalpflege" für eine anscheinend dem Untergang geweihten Kulturform, sondern im Bewusstsein, dass einem für Südtirol

grundlegenden Kulturträger endlich mit zielgerichteter Förderung beizuspringen wäre, deren Jahresausmaß nicht höher läge als das Varianteprojekt für manch kleine Straßenausbesserung.

Aus diesem Grund

beauftragt  
der Südtiroler Landtag  
die Südtiroler Landesregierung,

- die Lage des Verlagswesens in Südtirol durch Anhörung der Betroffenen, zuständigen Kulturbeamten und Experten eingehend zu bewerten;
- die Überprüfung der rechtlichen Voraussetzungen für eine Verlagsförderung zügig abzuschließen;
- eine zügige Umsetzung des neuen Fördersystems im Sinne einer tragfähigen Verlagsförderung in die Wege zu leiten.

-----

*Le piccole case editrici altoatesine sono sull'orlo del collasso, come ha di recente scritto un autorevole giornalista culturale. La situazione dell'editoria libraria locale è drammatica, per molteplici motivi. Anche se nel mondo linguistico tedesco il crollo non è stato verticale come inizialmente temuto, la digitalizzazione galoppante ha fatto perdere importanza al libro in quanto supporto mediatico.*

*L'oramai cronica crisi sociale ed economica ha finito per limitare le possibilità di acquisto di libri di molte persone.*

*I venditori online come il gruppo Amazon, disponendo di una rete mondiale, stanno stritolando le case editrici, per esempio attraverso gli sconti da loro pretesi.*

*Va però anche detto che i libri non sono solo stampa e rilegatura, ma anche un prodotto che consente alle autrici e agli autori di esprimersi e nel contempo mantenere in attività tutta una serie di persone creative dell'indotto, che vanno dalla grafica fino alla distribuzione. Anche nell'era digitale i libri restano un supporto insostituibile per divulgare narrativa e contenuti scientifici, ma anche memoria culturale e forme espressive. Inoltre sono il nostro punto di riferimento per le esperienze di lettura. Questo vale in modo particolare per l'Alto Adige, dove l'attività editoriale locale è il segno evidente della vitalità culturale della minoranza tedesca e ladina, ma anche di scambio e comunicazione con gli altri gruppi linguistici. Il panorama librario di un territorio circoscritto come l'Alto Adige, con le sue autrici, i suoi autori e le sue case editrici, gode di un'ampia stima che contribuisce anche all'ottima fama e alla buona immagine che può vantare la provincia. Autrici come Sabine Gruber, Roberta Dapunt e Lilly Gruber e autori come Reinhold Messner e Joseph Zoderer sono ambasciatrici e ambasciatori dell'Alto Adige. Romanzi gialli, guide o pubblicazioni come quelle sull'Uomo venuto dal ghiaccio sono distribuite in tutta Europa. Ma questo panorama editoriale e librario è ora minacciato dai pesanti tagli alla cultura, in parte non voluti e in parte dovuti all'indifferenza, che facoltosi sostenitori e potenti acquirenti pubblici hanno annunciato e che causeranno danni irrimediabili.*

*Nonostante l'assessore Achammer, all'inizio del suo mandato, abbia annunciato che non intende imporre pesanti tagli alla cultura (vedi, tradotto, "Un milione in meno per la cultura", Neue Südtiroler Tageszeitung del 22/23-2-2014) si prospetta una forte riduzione dei contributi per le spese di stampa. E come se non bastasse, a fronte del fatto che a fine luglio 2014 i contributi provinciali non sono ancora stati stabiliti e non si ha la più pallida idea di come evolveranno nei prossimi anni, l'introduzione di una "sicurezza" nella programmazione per un periodo pluriennale, ripetutamente auspicata dal nuovo assessore (vedi intervista di S. Barta su RAI-Südtirol del 29-7-2014) si sta rivelando sempre più difficoltosa.*

*I budget di cui assessori e assessore dispongono per l'acquisto di libri si sono alquanto ridotti a seguito della decurtazione dei fondi di rappresentanza, chiesta dai cittadini e dall'opinione pubblica. Così è anche stato per i singoli uffici e le ripartizioni. Per molte case editrici gli acquisti da parte dei vari enti pubblici rappresentavano un'importante sicurezza economica. È ovvio che anche i libri devono sottostare alle regole di mercato e poi bisogna pur ammettere che in passato sono stati effettuati acquisti in quantità sin troppo generose, ma in questo modo verrà a mancare una importante fonte di sovvenzionamento.*

*Alla situazione rosea degli anni scorsi sta seguendo una situazione di crisi acuta, che tuttavia non colpisce solo il piccolo settore economico dell'editoria, ma tutta una serie di creativi. Inoltre è messo a rischio un settore di eccellenza culturale per il quale altre regioni ci invidiano.*



*Molti dei problemi che adesso si presentano si sarebbero potuti evitare se la Giunta provinciale, e più precisamente l'assessorato alla cultura tedesca, si fosse deciso per tempo, e prima del 2013, a introdurre un sistema di sostegno all'editoria.*

*Da più di 10 anni proseguono le trattative tra la Giunta/l'assessorato alla cultura tedesca e le case editrici altoatesine per introdurre un sostegno all'editoria che sostituisca gli attuali contributi per le spese di stampa.*

*Urge cambiare questo sistema apparentemente efficace, ma in verità sempre più vecchio e superato. A tutt'oggi in Alto Adige ai sensi della l.p. n. 45/1976 non si sovvenzionano le case editrici per la loro attività imprenditoriale e culturale, bensì le singole pubblicazioni come opere di stampa. Di conseguenza le case editrici devono cercarsi un ente o un promotore (il più delle volte associazioni culturali come il Südtiroler Kulturinstitut) che presenti la domanda al posto loro. In questo modo non sono stati promossi il profilo culturale e la vocazione delle case editrici (compresa la loro missione culturale), ma anzitutto la semplice produzione di opere stampate. Così accanto alla qualità è stato dato troppo peso al criterio della quantità, e chi presenta tante domande ottiene le maggiori sovvenzioni. Ne è conseguita una sovrapproduzione e importanti sussidi per opere senza linea editoriale, troppo locali e occasionali.*

*In questo modo nel 2008 la piccola Provincia autonoma di Bolzano ha erogato quasi 955.000 euro in contributi pubblici per spese di stampa, mentre in tutta l'Austria sono stati concessi 2,5 milioni di euro a titolo di contributi a sostegno dell'editoria. Ciò è probabilmente anche dovuto alla particolare posizione culturale dell'Alto Adige come regione di confine linguistico, ma anche in questo caso sono state distribuite risorse a pioggia, con notevoli sprechi di denaro pubblico.*

*Introducendo un sistema di sostegno all'editoria al posto dei vecchi contributi per le spese di stampa, si produrrebbe più qualità e meno raccolte senza filo conduttore. I sussidi corrisponderebbero a un premio per case editrici che lavorano bene e non a una copertura degli ammanchi;*

*inoltre ci si risparmierebbe l'enorme onere burocratico per la compilazione e il disbrigo di innumerevoli singole domande di contributo e*

*anche dal punto di vista economico ne conseguirebbero sostanziali risparmi, poiché i criteri della qualità e della selezione diventerebbero più importanti rispetto alla produzione in quantità.*

*Il modello di sostegno all'editoria applicato in Austria ha dato ottimi risultati negli anni. Case editrici sul mercato da almeno tre anni possono presentare domanda e vengono ammesse al contributo in base a determinati criteri (programma, qualità, regionalità/territorialità ecc.). In Alto Adige, dopo 10 anni di trattative, i presupposti giuridici e amministrativi dovrebbero essere nel frattempo sufficientemente chiari da consentire infine l'introduzione di un sistema di sostegno all'editoria. In questo modo si riuscirebbe ad alleggerire un pochino la situazione di crisi in cui versano le case editrici, che sono e restano un elemento essenziale del panorama culturale.*

*Va usata quanto prima la possibilità di reagire alla crisi incombente nel mondo della produzione libraria attraverso l'introduzione di un sistema di sostegno all'editoria, come stiamo attendendo da tempo. E questo non per un criterio di pietosa "tutela dei beni culturali" nei confronti di una forma culturale apparentemente destinata a scomparire, ma perché siamo consapevoli del fatto che sarebbe bene intervenire e aiutare finalmente con un sistema di sussidi mirati un attore culturale fondamentale per la Provincia di Bolzano. E i finanziamenti annualmente necessari non supererebbero quelli stanziati per un progetto di variante per una delle tante piccole sistemazioni stradali.*

*Per questi motivi,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano*

*incarica*

*la Giunta provinciale*

- di studiare e analizzare in modo approfondito la situazione dell'editoria in Alto Adige nell'ambito di una audizione alla quale invitare le parti interessate, i funzionari della cultura competenti in materia e vari esperti;*
- di completare quanto prima la verifica dei presupposti giuridici per l'introduzione di un sistema di sostegno all'editoria;*
- di avviare una rapida attuazione del nuovo sistema di sussidi ai fini di un modello praticabile di sostegno all'editoria.*

Ersetzungsantrag zum Beschlussantrag Nr. 195/14, eingebracht von den Abgeordneten Heiss, Foppa und Dello Sbarba.

*Südtirols kleine Verlage stehen zwar noch nicht "am Abgrund", wie ein kompetenter Kulturredakteur jüngst titelte. Die Lage der Buchherstellung im Lande ist aber dennoch dramatisch und zwar aus verschiedenen Gründen:*

*Das Medium Buch hat im Zuge der rasch fortschreitenden Digitalisierung an Bedeutung verloren, obwohl der Einbruch im deutschen Sprachraum nicht annähernd so abrupt verläuft, wie ursprünglich befürchtet.*

*Die chronische Sozial- und Wirtschaftskrise hat die Möglichkeiten des Erwerbs von Büchern bei vielen Interessenten eingeschränkt;*

*Der Druck weltweit agierender Online-Vertreiber wie 'Amazon' auf Buchverlage ist mörderisch, etwa im Hinblick auf die von Verlagen eingeforderten Rabatte.*

*Dabei ist festzuhalten, dass Bücher nicht nur eine Synthese von Druck und Bindung darstellen, sondern ein Medium, das Autorinnen und Autoren Ausdruck ermöglicht, zudem eine ganze Wertschöpfungskette kreativer Personen von Gestaltung bis Vertrieb aktiv erhält. Bücher bleiben auch im Digitalen Zeitalter als Medien von Erzählung und Wissenschaft unersetzlich, als zentraler Ausdruck kultureller Gedächtnisse und Äußerungsformen, als Bezugspunkte von Leseerfahrungen.*

*Dies gilt besonders für Südtirol, wo die eigene Buchherstellung als Kernaussweis der kulturellen Vitalität der deutschen und ladinischen Minderheit, aber auch von Austausch und Kommunikation mit anderen Sprachgruppen gilt. Die Buchlandschaft von Autoren und Autorinnen sowie von Verlagen des überschaubaren Raumes Südtirol genießt weitem hohe Wertschätzung, die dem Land und seinem Erscheinungsbild guten Ruf einträgt. Autorinnen wie Sabine Gruber, Roberta Dapunt und Lily Gruber, Autoren wie Reinhold Messner und Joseph Zoderer sind Botschafter und Botschafterinnen Südtirols; Kriminalromane, Reiseführer oder Publikationen wie etwa zum Ice Man werden europaweit rezipiert. Diese Buch- und Verlagslandschaft wird aber nun durch angekündigte, teils unbeabsichtigte, teils durch Gleichgültigkeit verursachte Kürzungen der Kulturpolitik, von Seite leistungsfähiger Förderer und potenter öffentlicher Ankäufer von gravierenden Einschnitten und irreversiblen Verlusten bedroht.*

*Obwohl Landesrat Achammer bei Amtsbeginn zugesichert hat, der Kultur keine gravierenden Kürzungen zumuten zu wollen ("Eine Million weniger für die Kultur", nstz 22./23. 2. 2014), zeichnet sich dennoch ein spürbarer Schnitt der Druckkostenbeiträge ab. Mehr noch: Die vom neuen Landesrat öfters angestrebte mehrjährige "Planungssicherheit" (Interview mit S. Barta in RAI-Südtirol, 29.7.2014) ist vorläufig noch nicht umgesetzt.*

*Die Buch-Ankaufsbudgets der Landesräte sind durch die von Bürgern und Öffentlichkeit gewünschte Schrumpfung der Repräsentationsfonds abgeschmolzen, ebenso jene einzelner Ämter und Abteilungen. Ankäufe durch die öffentliche Hand waren für so manche Buchaufgabe eine wichtige Grundversicherung. Obwohl klar ist, dass auch Bücher Marktregeln unterliegen und in Vergangenheit auch allzu üppige Ankäufe getätigt wurden, ist nunmehr eine wichtige Subventionsquelle versiegt.*

*Auf die günstige Ausgangslage früherer Jahre folgt also eine akuten Krisenlage, die aber nicht nur den kleinen Wirtschaftszweig der Verlage trifft, sondern eine ganze Kette kreativ tätiger Personen. Gefährdet ist ein kultureller Exzellenzbereich, um den andere Regionen unser Land beneiden.*

*Viele nun auftretende Probleme wären erspart geblieben, hätte sich die Südtiroler Landesregierung, namentlich das deutsche Kulturressort, bis 2013 zeitgerecht zu einer Verlagsförderung durchgerungen.*

*Denn seit über zehn Jahren wurde zwischen der Landesregierung / Ressort Dt. Kultur und den Verlegern Südtirols über die Einführung einer Verlagsförderung anstelle des bisherigen Druckkostenbeitrags verhandelt.*

*Eine Umstellung des scheinbar bewährten, in Wahrheit zunehmend obsoleten Systems wäre dringlich: Denn bis heute werden in Südtirol lt. L.G. 45/1976 nicht Verlage für unternehmerische und kulturelle Tätigkeit unterstützt, sondern Druckwerke als Einzelpublikationen gefördert. Dies hat zur Folge, dass Verlage einen Träger suchen müssen (meist Kulturvereine wie das Südtiroler Kulturinstitut), der für sie die Gesuche einreicht. Damit wurde nicht das inhaltliche und kulturelle Profil von Verlagen, mithin ihr kultureller Auftrag, gefördert, sondern vorab der Ausstoß an Druckwerken. Neben der Qua-*

lität kam auf diese Weise bei Publikationen das Kriterium der Quantität allzu stark zum Zuge: Wer viele Ansuchen stellt, erhält die meisten Subventionen. Die Folgen äußerten sich in Überproduktion und hohen, oft wenig zielgerichteten Ausschüttungen zugunsten zu lokal oder anlassgebundener Literatur.

Bei einer Verlags- neben einer verminderten Druckkostenförderung würden mehr Qualität und weniger Buchbinder-Synthesen produziert. Sie entspräche einer Prämie für gut arbeitende Verlage und nicht einer Verlustabdeckung.

Zudem verminderte sich der enorme bürokratische Aufwand bei der Erstellung und Bearbeitung zahlloser Einzelgesuche.

Finanziell ergäben sich wesentliche Einsparungen, da Qualität und Selektion statt beliebiger Produktion verstärkt zum Zuge kämen.

Das in Österreich praktizierte Modell der Verlagsförderung hat sich in vielen Jahren bewährt: Verlage, die seit mindestens drei Jahren auf dem Markt sind, können um Förderung ansuchen und werden nach bestimmten Kriterien (Programm, Qualität, Regionalität u. a.) zur Förderung zugelassen. In Südtirol müssten nach nunmehr 10 Jahren Verhandlungen die rechtlichen und administrativen Prämissen soweit geklärt sein, um eine Verlagsförderung endlich umzusetzen. Sie wäre eine wichtige Chance, um die Krisensituation der Verlage und damit eines wesentlichen Kulturzweiges ein wenig zu lindern.

Die Möglichkeit, mittels der überfälligen Verlagsförderung der drohenden Krise der Buchproduktion entgegen zu wirken, ist dringend zu nutzen: Nicht im Sinne pietätvoller "Denkmalpflege" für eine anscheinend dem Untergang geweihten Kulturform, sondern im Bewusstsein, dass einem für Südtirol grundlegenden Kulturträger endlich mit zielgerichteter Förderung beizuspringen wäre, deren Jahresausmaß nicht höher läge als das Varianteprojekt für manch kleine Straßenausbesserung.

Obwohl der Landeshauptmann und die Kulturlandesräte jüngst ihre Aufgeschlossenheit für eine Lösung der prekären Lage der Verlage bekundet haben, wäre eine rasche Lösung zügig anzupfeilen, um der Dringlichkeit der Situation gerecht zu werden.

Aus diesem Grund

beauftragt  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung

- Die Überprüfung der rechtlichen Voraussetzungen für eine Verlagsförderung zügig abzuschließen;
- Eine zügige Umsetzung des neuen Fördersystems in die Wege zu leiten.
- Ein Sofortprogramm zur Linderung aktueller Krisensituationen zu ermöglichen.

-----

*Le piccole case editrici altoatesine non sono ancora sull'orlo del collasso, come ha di recente scritto un autorevole giornalista culturale. La situazione dell'editoria libraria locale è tuttavia drammatica, per molteplici motivi.*

*Anche se nel mondo linguistico tedesco il crollo non è stato verticale come inizialmente temuto, la digitalizzazione galoppante ha fatto perdere importanza al libro in quanto supporto mediatico.*

*L'ormai cronica crisi sociale ed economica ha finito per limitare le possibilità di acquisto di libri di molte persone.*

*I venditori online come il gruppo Amazon, disponendo di una rete mondiale, stanno stritolando le case editrici, per esempio attraverso gli sconti da loro pretesi.*

*Va però anche detto che i libri non sono solo stampa e rilegatura, ma anche un prodotto che consente alle autrici e agli autori di esprimersi e nel contempo mantenere in attività tutta una serie di persone creative dell'indotto, che va dalla grafica fino alla distribuzione. Anche nell'era digitale i libri restano un supporto insostituibile per divulgare narrativa e contenuti scientifici, ma anche memoria culturale e forme espressive. Inoltre sono il nostro punto di riferimento per le esperienze di lettura.*

*Questo vale in modo particolare per l'Alto Adige, dove l'attività editoriale locale è il segno evidente della vitalità culturale della minoranza tedesca e ladina, ma anche di scambio e comunicazione con gli altri gruppi linguistici. Il panorama librario di un territorio circoscritto come l'Alto Adige, con le sue autrici, i suoi autori e le sue case editrici, gode di un'ampia stima che contribuisce anche all'ottima fama e alla buona immagine che può vantare la provincia. Autrici come Sabine Gruber, Roberta Da-*



punt e Lilly Gruber, e autori come Reinhold Messner e Joseph Zoderer sono ambasciatrici e ambasciatori dell'Alto Adige. Romanzi gialli, guide o pubblicazioni come quelle sull'Uomo venuto dal ghiaccio sono distribuite in tutta Europa. Ma questo panorama editoriale e librario è ora minacciato dai pesanti tagli alla cultura – in parte non voluti e in parte dovuti all'indifferenza – che facoltosi sostenitori e potenti acquirenti pubblici hanno annunciato e che causeranno danni irrimediabili.

Nonostante l'assessore Achammer, all'inizio del suo mandato, abbia annunciato che non intende imporre pesanti tagli alla cultura (vedi, tradotto, "Un milione in meno per la cultura", Neue Südtiroler Tageszeitung del 22/23-2-2014) si prospetta comunque una forte riduzione dei contributi per le spese di stampa. E come se non bastasse: l'introduzione di una "sicurezza" nella programmazione per un periodo pluriennale, ripetutamente auspicata dal nuovo assessore (vedi intervista di S. Barta su RAI-Südtirol del 29-7-2014) per il momento non è ancora avvenuta.

I budget di cui assessori e assessore dispongono per l'acquisto di libri si sono alquanto ridotti a seguito della decurtazione dei fondi di rappresentanza, chiesta dai cittadini e dall'opinione pubblica. Così è anche stato per i singoli uffici e le ripartizioni. Per molte case editrici gli acquisti da parte dei vari enti pubblici rappresentavano un'importante sicurezza economica. È ovvio che anche i libri devono sottostare alle regole di mercato e poi bisogna pur ammettere che in passato sono stati effettuati acquisti in quantità sin troppo generose, ma in questo modo verrà a mancare una importante fonte di sovvenzionamento.

Alla situazione rosea degli anni scorsi sta seguendo una situazione di crisi acuta, che tuttavia non colpisce solo il piccolo settore economico dell'editoria, ma tutta una serie di creativi. Inoltre è in pericolo un settore di eccellenza culturale, che altre regioni ci invidiano.

Molti dei problemi che adesso si presentano si sarebbero potuti evitare se la Giunta provinciale, e più precisamente l'assessorato alla cultura tedesca, si fosse deciso per tempo e prima del 2013 a introdurre un sistema di sostegno all'editoria.

Da più di 10 anni proseguono le trattative tra la Giunta/l'assessorato alla cultura tedesca e le case editrici altoatesine per introdurre un sostegno all'editoria che sostituisca gli attuali contributi per le spese di stampa.

Urge un cambiamento di questo sistema apparentemente efficace, ma in verità sempre più vecchio e superato. A tutt'oggi in Alto Adige ai sensi della l.p. n. 45/1976 non si sovvenzionano le case editrici per la loro attività imprenditoriale e culturale, bensì le singole pubblicazioni come opere di stampa. Di conseguenza le case editrici devono cercarsi un ente o un promotore (il più delle volte associazioni culturali come il Südtiroler Kulturinstitut) che presenti la domanda al posto loro. In questo modo non si promuoveva il profilo culturale e la vocazione delle case editrici (compresa la loro missione culturale), ma anzitutto la semplice produzione di opere stampate. Così accanto alla qualità veniva dato troppo peso al criterio della quantità e chi presentava tante domande otteneva le maggiori sovvenzioni. Ne è conseguita una sovrapproduzione e importanti sussidi per opere senza linea editoriale, troppo locali e occasionali.

Introducendo un sistema di sostegno all'editoria, da affiancare a minori contributi per le spese di stampa,

si produrrebbe più qualità e meno raccolte senza filo conduttore. I sussidi corrisponderebbero a un premio per case editrici che lavorano bene e non a una copertura degli ammanchi;

inoltre si ridurrebbe l'enorme onere burocratico per la compilazione e il disbrigo di innumerevoli singole domande di contributo e

dal punto di vista economico ne conseguirebbero sostanziali risparmi, poiché i criteri della qualità e della selezione diventerebbero più importanti rispetto alla produzione in quantità.

Il modello di sostegno all'editoria applicato in Austria negli anni ha dato ottimi risultati. Case editrici sul mercato da almeno tre anni possono presentare domanda e vengono ammesse al contributo in base a determinati criteri (programma, qualità, regionalità/territorialità ecc.). In Alto Adige, dopo 10 anni di trattative, i presupposti giuridici e amministrativi dovrebbero essere nel frattempo sufficientemente chiariti da consentire infine l'introduzione di un sistema di sostegno all'editoria. In questo modo si riuscirebbe ad alleggerire un pochino la situazione di crisi in cui versano le case editrici, che sono e restano un elemento essenziale del panorama culturale.

Va usata quanto prima la possibilità di reagire alla crisi incombente nel mondo della produzione libraria attraverso l'introduzione di un sistema di sostegno all'editoria, come stiamo attendendo da tempo.

*E questo non per un criterio di pietosa "tutela dei beni culturali" nei confronti di una forma culturale apparentemente destinata a scomparire, ma perché siamo consapevoli del fatto che sarebbe bene intervenire e aiutare finalmente con un sistema di sussidi mirati un attore culturale fondamentale per la Provincia di Bolzano. E i finanziamenti annualmente necessari non supererebbero quelli stanziati per un progetto di variante per una delle tante piccole sistemazioni stradali.*

*Benché il presidente della Provincia e gli assessori alla cultura abbiano recentemente annunciato la loro disponibilità a risolvere la precaria situazione delle case editrici, occorre trovare quanto prima una soluzione rapida per far fronte all'urgenza del problema.*

*Pertanto,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
incarica*

*la Giunta provinciale*

- *di completare quanto prima la verifica dei presupposti giuridici per l'introduzione di un sistema di sostegno all'editoria;*
- *di avviare una rapida attuazione del nuovo sistema di sussidi;*
- *di varare un programma urgente per alleviare le attuali situazioni di crisi.*

Herr Abgeordneter Heiss, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Danke, Herr Präsident! Es handelt sich hier um einen Ersetzungsantrag zu einem bereits bestehenden Beschlussantrag, aber ich versichere Ihnen, dass ich keinen weiteren Änderungsantrag einbringen werde. Es geht auch nicht um das Kürzel "it" oder "eu", sondern es geht um KU wie Kultur.

Es ist ein Thema, das nur auf den ersten Blick marginal erscheint und einen relativ kleinen Sektor unseres Wirtschaftslebens betrifft, nämlich die Verlage. Es ist aber ein großes Thema, wenn man an die weiteren Konsequenzen denkt. Zum einen geht es um die Zukunft der Südtiroler Verlage, zum anderen geht es um die Zukunft des Buches in Südtirol insgesamt. Hier liegt einiges im Argen bzw. hier gibt es akute Probleme. Ausgangspunkt ist, dass die Buchproduktion ein wesentlicher der kulturellen Identität und des kulturellen Ausdrucks von Gesellschaften und Gemeinschaften ist. Die Buchproduktion ist in Südtirol ein zentraler Bereich des Ausdrucks unserer Minderheiten und unserer Sprachgruppen. Das Buch an sich ist einer jener kulturellen Juwelen und Meilensteine, die signalisieren, dass in diesem Lande Wesentliches im Bereich Kultur, Literatur, Wissenschaft, Selbstdarstellung usw. geschieht. Das Buch ist in vielen Bereichen ein zentraler Ausweis unserer Identität. Es ist ein Träger von Wissenschaft und ein einmaliges Medium, das zentral bleibt, auch mit der Digitalisierung, die wir seit vielen Jahren erleben. Bücher sind gerade im Hinblick auf diese Entwicklung notwendiger denn je. Sie sind es, die Wissensbestände zusammenfassen, große Geschichten und kleine Blogs erzählen und Zusammenhänge herstellen. Aus diesem Grunde sind Bücher nach wie vor grundlegend für die Entwicklung von Gesellschaften, und das wird europaweit anerkannt. In Südtirol haben wir das zentrale Produkt Buch seit vielen Jahren mit wirklich guten Verlagen, auch als Ausdruck unserer Vielfalt im europäischen Raum, bekannt gemacht. Südtirol ist auch dadurch bekannt, dass seine Autoren den Namen Südtirol europaweit hinausgetragen haben. Ich denke an Autoren der Literatur wie Sabine Gruber, Josef Zoderer oder Alessandro Banda oder auch an Reinhold Messner, der als Buchautor im deutschsprachigen Raum ganz wesentliche Positionen einnimmt. Die kleine Verlagslandschaft Südtirols hat hier eine wesentliche Rolle gespielt. Die Verlage Südtirols haben es geschafft, über verschiedene Schienen und Kanäle ein attraktives Verlagsprogramm aufzubauen. Für ein kleines Land mit 530.000 Einwohnern ist es wesentlich, dass es gelungen ist, vier bis fünf qualifizierte und leistungsfähige Verlage auf den Weg zu bringen. Das muss man wirklich mit großem Stolz sagen. Verlage sind nicht nur Druckmaschinen für Autoren, sondern Teil einer umfassenden Wertschöpfungskette. Sie nehmen Manuskripte von Autoren entgegen und sorgen für die entsprechende Gestaltung von Büchern. Sie sorgen für den Satz, für die Herstellung und für den Vertrieb. Sie sind verantwortlich für die Beauftragung von Lektoren und Übersetzerinnen und Übersetzern. Verlage stehen im Brennpunkt einer gesamten Wertschöpfungskette und sind insofern weit über ihre eigene Tätigkeit hinaus wesentlich. Der Begriff "Verlag" kommt aus dieser Tätigkeit heraus, weil Arbeiten verlegt werden. Sie werden sozusagen auf verschiedene Ebenen verlagert, und das ist ein komplexer und wichtiger Prozess. Man spricht auch in Zusammenhang mit den Grödner Holzschnitzern von Verlegern, weil sie ihre Arbeit auf Schnitzer, Verkäufer, Hausierer aufgeteilt und die Tätigkeit sozusagen verlegt haben. Es ist eine hochmoderne Form des Wirtschaftens, die Verlage betreibt. Die Verlagstätigkeit steht im Zentrum einer Kreativwirtschaft, die beachtlich ist, weil damit hochquali-

fizierte Arbeitsplätze verbunden sind, die weit über das Anwerfen von Druckmaschinen hinausgehen. Es geht darum, einen digitalen Satz zu entwickeln, Lektoratsarbeiten in Schwung zu bringen und die Arbeit der Autoren in diese Kette einzuspeisen. Die Verlage haben eine Aufgabe, die weit über sie selber hinausweist. Insofern stehen sie im Mittelpunkt dessen, was Südtirol eigentlich ausmachen sollte. Es ist ein Sektor, der im Zusammenhang unserer kreativen Potentiale steht.

Die Verlagssituation hat sich in den letzten Jahren in Südtirol deutlich verschlechtert. Bis vor wenigen Jahren hat es eine relativ passable Situation gegeben, aber es ist der Faktor hinzugekommen, dass der Büchermarkt rückläufig ist. Auch die Wirtschaftskrise hat den Büchermarkt eingedämmt. Es gibt zunehmend auch Formen des Online-Verlags und Online-Vertriebs, der hier gleichfalls einschränkt. Hinzu kommt, dass die Landesförderungen, die bisher erheblich waren, doch deutlich redimensioniert sind. Landesrat Achammer wird sagen, dass eigentlich kein Rückgang der Mittel erfolgt ist, aber es ist doch so, dass bei einzelnen Verlagen in den letzten Jahren eine Abwärtsentwicklung eingesetzt hat. Die Beiträge sind zunehmend geschrumpft. Erschwerend kommt hinzu, dass die verschiedenen Möglichkeiten der Förderung über die klassischen Druckkostenbeiträge hinaus eingeschränkt wurden. Man muss darauf verweisen, dass es neben den Druckkostenbeiträgen gemäß dem entsprechenden Landesgesetz aus dem Jahr 1976 auch eine Unterstützung seitens der Region gegeben hat. Die Landesregierung hat in den letzten Jahren immer noch sehr viel aufgeboten, aber in einer Situation der Reduzierung des Marktes und abgeschwächter Förderung ist natürlich auch eine relativ kleine und schmale Reduzierung spürbar, was die Verlage sehr deutlich gemerkt haben. Gegensteuerungsmaßnahmen wurden bereits vor einigen Jahren angestrebt. Es wurde bereits vor fünf, sechs Jahren versucht, ein Verlagsförderungsgesetz auf den Weg zu bringen. Die Verlegervereinigung hat sich hier stark gemacht und gesagt: "Wir benötigen nicht Druckkostenbeiträge, sondern die Anerkennung unserer Tätigkeit. Nach österreichischem und deutschen Vorbild wäre ein Verlagsförderungsprogramm ein entschiedener Schritt nach vorne." Damit würde nämlich das Gesamtprogramm gefördert und nicht die Druckmaschine. Die Landesregierung hat unter Landesrätin Kasslatter Mur immer gebremst und gesagt, dass das nicht EU-konform wäre, aber ich glaube, dass diese Bedenken inzwischen längst ausgeräumt sind. Wenn es darum geht, Kultur im nationalen Rahmen zu fördern, dann hält die Möglichkeit eines Verlagsförderungsprogrammes durchaus Stand. Die Reform des Verlagswesens nach österreichischem Vorbild sollte also unbedingt angestrebt werden. Zugleich sollte nach Möglichkeiten getrachtet werden, diese eingebrochene Förderung kurzfristig wieder in Gang zu bringen. Es gibt wirklich eine Reihe von Verlagen, die in ernste Schwierigkeiten geraten sind. Sicher geht es nur um einen kleinen Sektor, der quantitativ auf den ersten Blick nicht ins Gewicht fällt. Wenn hier aber Einschnitte erfolgen, so ist dies gravierend. Deshalb schlagen wir vor, die Verlagsförderung nach Kräften anzudenken und einzuführen und zugleich anzudenken, wie man kurzfristig Möglichkeiten schaffen könnte, den Verlagen unter die Arme zu greifen. Danke für die Geduld, Herr Präsident!

**STIRNER (SVP):** Ich muss sagen, dass ich sehr vieles von dem, was mein Kollege Hans Heiss gesagt hat, teilen kann. Südtirols Verlage sind wichtige Träger von Kultur und Identität, wobei die Situation gerade mancher Kleinverlage zur Zeit schon dramatisch ist. Deshalb ist es angebracht, dass wir uns Gedanken darüber machen, wie wir in Sachen Verlagsförderung arbeiten wollen, welche Schritte zu unternehmen sind, um vor allem die Kleinverlage zu unterstützen.

Der Kollege Heiss hat bereits darauf hingewiesen, dass die Konkurrenz sehr groß, vor allem im Hinblick auf die Online-Vertreiber. Ich muss sagen, dass ich früher auch eine Abnehmerin der kleinen Verlage war. Es war zwar keine ganz große Unterstützung, aber zumindest haben auch wir Politiker diese Kleinverlage unterstützen können. Diese Möglichkeit ist uns jetzt ja genommen worden, was mir persönlich sehr leid tut. Ich bin davon überzeugt und weiß, dass sich Landesrat Achammer über die Verlagsförderung Gedanken macht. Er ist bereits dabei, diese Art von Kulturförderung zu unterstützen. Was mir sehr erscheint ist, ist das vom Kollegen Heiss genannte Modell der Verlagsförderung in Österreich. Davon könnten wir uns schon einiges anschauen.

Inhaltlich bin auch ich der Meinung, dass wir uns Gedanken darüber machen müssen, wie wir diese kleinen Verlage unterstützen können. Nachdem ich weiß, wie viel Idealismus und Herzblut dahinter ist, tut es mir einfach von Herzen leid, dass diese Verlage jetzt mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Es ist wichtig, dass wir uns auf den Weg machen und eine positive Verlagsförderung schaffen.

**STEGER (SVP):** Das Überleben bzw. die Entwicklung der Verlage in einem Sprachgrenzland, wie es Südtirol ist, ist ganz wesentlich. Wir haben es hier mit einem System zu tun, das als Wertschöpfungskette zu sehen ist. Das ist einer jener Wirtschaftsbereiche, in dem Kreativität im Mittelpunkt steht. Insofern glaube ich, dass es Aufgabe des Gesetzgeber ist, dafür zu sorgen, dass Verlage, die sich besonders um ein qualitativ hochwertiges Pro-

gramm, um Regionalität und um die Eigenheit unseres Landes kümmern, in Zukunft wirtschaften und überleben können. Hier geht es nicht um Subventionen oder darum, irgendjemandem einen Vorteil zu verschaffen, sondern es geht um die objektive Sicherstellung des Überlebens eines kulturellen Zweiges, der gerade für sprachliche Minderheiten wesentlich ist. Ich bin der Auffassung, dass die Zielsetzung des Beschlussantrages zu befürworten ist. Unsere Verlage sind Träger von Kultur und Identität. Wir müssen ihnen helfen, dass sie ihr Programm nach Qualitätskriterien ausrichten können. Deshalb ist die Überwindung der Druckkostenbeitrages etwas, was die Überwindung des quantitativen Aspekts hin zu einem qualitativen Aspekt führen kann. Insofern unterstütze ich auf jeden Fall den Weg in Richtung Verlagsförderung.

Was den beschließenden Teil des Beschlussantrages anbelangt, habe ich mit dem ersten Punkt desselben kein Problem. Ich sage nur, dass es diesbezüglich nicht mehr allzu große Schwierigkeiten gibt. Deshalb sehe ich nicht die Notwendigkeit, das nochmals zu überprüfen. In Bezug auf den dritten Punkt des beschließenden Teiles des Beschlussantrages frage ich mich, wie wir ein Sofortprogramm in die Wege leiten sollten, wenn es noch keine rechtliche Möglichkeit dazu gibt. Wir können so schnell als möglich versuchen, ein neues System einzuführen und wirksam zu machen. Da sehe ich rechtliche Schwierigkeiten. Wir müssen so schnell wie möglich ein neues Verlagsfördersystem auf die Beine stellen. Das ist meine Einschätzung zu diesem Beschlussantrag.

**OBERHOFER (Die Freiheitlichen):** Ich kann diesem Beschlussantrag ebenfalls sehr viel abgewinnen und teile die Erkenntnis, dass die Digitalisierung und der günstige Online-Vertrieb im Begriff sind, dem Bucherwerb das Genick zu brechen. Dies führt natürlich zu Mindereinnahmen für die Verlage, die irgendwann einmal nicht mehr tragbar sind. Heute sind wir soweit, dass auch Südtiroler Verlage dastehen, ohne zu wissen, wie es morgen weitergehen wird. Wir haben hierzu auch alle Schreiben von Verlagen erhalten, in denen uns deren zukünftige prekäre Situation geschildert wurde. Dass die Kürzungen von Seiten der öffentlichen Hand mitunter eine gravierende Ursache für das Dilemma der Verlage sind, muss auch klar gesagt werden. Hier muss etwas geändert werden.

Einem Artikel eines Online-Portals habe ich die Ankündigung des Landeshauptmannes entnommen, laut welcher Verlage künftig einen vergleichbaren Stellenwert wie andere klassische Kulturträger erhalten sollen. Ich finde diese Aussage sehr gut, wobei ich ein Beispiel nennen möchte. Sie alle kennen die Frankfurter Buchmesse, die die größte Buch- und Medienmesse der Welt ist. Die EOS organisiert immer die Auftritte für die Verlagshäuser und bietet somit der vielfältigen Verlagslandschaft Südtirols die Möglichkeit, ein Teil der über 7.300 Aussteller aus rund 300 Ländern zu sein. In diesem Zusammenhang ist es mir wichtig zu sagen, dass die Verlage auf dieser Messe einen wichtigen Dienst leisten. Sie zeigen der gesamten Welt Südtirols Landschaft, Natur, Kultur, Kulinarik usw. Diesen Beitrag muss man einfach schätzen. Deshalb glaube ich, dass man dafür sorgen sollte, dass die Vielfalt des Südtiroler Verlagswesens auch in Zukunft garantiert wird. Hierfür sollen schnelle Maßnahmen gesetzt werden.

Bezüglich Punkt 3 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages bin auch ich etwas skeptisch. Ich würde mir mehr wünschen, dass man sofort etwas Anständiges ausarbeitet, anstatt wieder alles nur provisorisch weiterzuziehen.

**PRÄSIDENT:** Ich unterbreche die Sitzung bis um 14.30 Uhr.

ORE 12.58 UHR

-----

ORE 14.31 UHR

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir fahren mit der Behandlung des Beschlussantrages Nr. 195/14 fort. Abgeordnete Frau Klotz, bitte.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Danke, Herr Präsident! Hier ist von vielen Begriffen die Rede. Hans Heiss hat von den Verlagen als Trägern von Kultur und Identität gesprochen. Wenn es um Kultur und Identität geht, dann müssen wir mit den Begriffen aufpassen bzw. genau sein. "*Dies gilt besonders für Südtirol, wo die eigene Buchherstellung als Kernaussweis der kulturellen Vitalität der deutschen und ladinischen Minderheit, aber auch von Austausch usw. gilt.*" Wir sind nicht eine kulturelle oder sprachliche Minderheit in unserem Land. Wenn Du hingegen vom Staat Italien sprichst, dann muss ich Dir Recht geben. Im Staat Italien sind wir durch Unrecht zu

einer Minderheit pervertiert worden. Solange wir nicht unser Recht auf Selbstbestimmung ausüben – Kollege Urzi, jetzt bekommst Du noch einmal ein kleines Zuckerle -, sind wir in Italien gegen unseren Willen im italienischen Staatsverband festgehalten. Im Lande sind wir aber noch lange keine kulturelle Minderheit. Das einmal vorausgeschickt!

Nun zum Anliegen als solchem. Das ist jetzt die Stunde der Wahrheit der viel gepriesenen Autonomiepolitik. Ich werde dem Beschlussantrag natürlich zustimmen, denn Wissens- und Kulturvermittlung sind das Um und Auf, wenn es darum geht, eine menschliche Entfaltung zu begleiten. Nicht jeder nimmt es in Anspruch oder nützt es, aber es sollte jedermann offen stehen, besonders den sozial Schwächeren und den Minderbemittelten. Es ist meine Überzeugung von jeher, dass der Zugang zu Bildung und Kultur allen offen stehen muss.

Wir warten gespannt auf die Antwort, wie weit die Überprüfung der rechtlichen Voraussetzungen für eine Verlagsförderung gediehen ist bzw. welche Fußangeln da vielleicht wieder vorhanden sein werden. Bezüglich der Ermöglichung eines Sofortprogramms muss es konkrete Kriterien geben. Wer erstellt diese Kriterien und wer bewertet sie? Auch das wird ein wichtiger Aspekt sein, denn das Ganze muss unparteiisch und nach objektiven Kriterien erfolgen.

**SCHIEFER (SVP):** Die Förderung der Kultur im Allgemeinen ist eine sehr edle Angelegenheit, die sich alle hinter die Ohren schreiben müssen. Dazu gehört natürlich auch die Förderung der Verlage. Man muss sagen, dass die Vielfalt der Verlage in Südtirol sehr wertvoll ist. Wir haben nicht nur eine große Athesia, sondern wir haben auch viele kleine Verlage, die sich um Nischenprodukte kümmern. Sie kümmern sich um Anliegen, die vielleicht nicht unbedingt in kommerzieller Hinsicht interessant, sondern von großer kultureller Bedeutung sind. Deshalb ist es sehr lobenswert, dass Landesrat Achammer in dieser Angelegenheit tätig geworden ist. Ich hoffe, dass das auch finanziell etwas bringt. Wir wissen, dass besonders ein Verlag in Schwierigkeiten ist, der in Südtirol sehr viel aufgebaut und geleistet hat. Wir müssen unbedingt darauf achten, dass diese kleinen und wertvollen Verlage nicht untergehen. In diesem Sinne würde ich den Beschlussantrag des Kollegen Heiss unterstützen, zumindest in Bezug auf die ersten zwei Punkte des beschließenden Teiles desselben. Gleichzeitig ersuche ich den zuständigen Landesrat, gerade bei den kleinen und mittleren Verlagen großzügig zu sein, damit sie überleben können.

**AMHOF (SVP):** Es wurde von vielen bereits gesagt, dass das Verlagswesen eine bedeutende Säule des Kulturschaffens und der Kulturlandschaft vor allem für die deutsche und ladinische Volksgruppe in diesem Land ist. Um Identität zu stiften, gehört es dazu, dass Bücher in diesen Sprachen publiziert werden, damit Menschen den Zugang zu diesen Büchern haben. Auf eine Anfrage hin, die ich vor einiger Zeit an die drei Kulturlandesräte gestellt habe, habe ich die Antwort erhalten, dass man bereits an einem neuen Förderungsgesetz arbeite, und zwar in einer Arbeitsgruppe, die sprachgruppenübergreifend arbeitet und die Förderkriterien neu definiert. Zukünftig können Verlage direkt um Förderbeiträge ansuchen, wobei Beiträge nicht nur für Einzeltitel, sondern auch für vollständige Programme usw. vergeben werden. Die Beiträge werden auch nicht erst nach Rechnungslegung ausbezahlt, sondern bereits bei der Einreichung der Ansuchen bzw. nach Überprüfung derselben. Sonst verschleppt sich alles und die Verlage müssen inzwischen viel Geld vorstrecken. Ich wünsche mir, dass dieses Fördergesetz sobald wie möglich umgesetzt wird.

Ich würde den Beschlussantrag unterstützen, wenn er sich im beschließenden Teil auf den zweiten Punkt konzentrieren würde. Es braucht eine zügige Umsetzung des neuen Fördersystems, denn das ist wichtig, um den Verlagen eine Zukunft zu garantieren.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Ich wollte nur zwei, drei Anmerkungen zu diesem unterstützenswerten Beschlussantrag machen. Eine erste Anmerkung betrifft gerade Amazon bzw. die weltweite Entwicklung des digitalen Buchmarktes. Das geht mittlerweile ja soweit, dass die Verlage nicht nur zu Rabatten gezwungen werden. In den USA werden sie teilweise ja schon gänzlich ausgeschaltet, weil Amazon selber zum Verleger wird, indem den Autoren, die unterschreiben, weit mehr Gewinnbeteiligung geboten wird.

Eine weitere Tendenz ist die Aufhebung der Buchpreisbindung. Auch das wird von Großunternehmen wie Amazon ganz stark gepusht. So können die Mainstream-Produkte zu günstigen Preisen angeboten werden, während die Nischenprodukte fast unerschwinglich werden. Auch das ist ein gewaltiger Rückschritt in der Qualität der Kultur, die hier völlig zu kurz kommt. Natürlich sollte man der Digitalisierung nicht nur kritisch gegenüber stehen, denn diese Entwicklung können wir nicht aufhalten. Es ist besser, wenn wir mitmachen. Vielleicht sollte man den Südtiroler Verlagen in dieser Hinsicht mit Rat und Tate zur Seite stehen, eventuell auch finanziell. E-books, E-



Reader usw. sind im Kommen und haben gerade bei den Jungen eine große Akzeptanz. Genauso sollte man überlegen, wie man die Produkte der lokalen Verleger verteilen kann. Hier bieten sich die Digitalisierung und das Internet geradezu an.

Wichtig wäre mir noch die Qualität. Ich weiß, dass das in Österreich praktizierte Modell der Verlagsförderung die Qualität als Kriterium berücksichtigt. Es ist wichtig, dass das nicht wieder in Kirchturmdenken ausartet, sondern dass vielleicht auch einmal ein Georg Trakl und nicht ein Kochbuch aus irgendeinem Südtiroler Tal gefördert wird.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Wir begeben uns hier auf gefährliches Terrain bzw. auf dünnes Eis. Die Druckwerkförderung ist, ideologisch gesehen, objektiv. Die Förderung nach qualitativer, kultureller oder inhaltlicher Natur ist schwierig. Wir bewegen uns in Richtung einer Verlagsförderung, die die qualitative und kulturelle Orientierung beinhaltet. Das ist richtig, und ich verstehe das Ansinnen des Beschlussantrages, auch kleinen Verlagen die Möglichkeit zu geben, mit ihrer Arbeit weiterzumachen. Ich weiß aber nicht genau, ob wir dann nicht in eine Situation geraten, in der wir uns darüber unterhalten müssen, ob der Verlag, der das Buch veröffentlicht hat, das mir nicht passt oder jener Verlag, der jenes Buch veröffentlicht hat, das dem Kollegen Heiss nicht passt, förderungswürdig ist. Das ist sehr schwierig. Wenn so etwas geschehen soll, dann muss es objektiviert sein, wenngleich das sehr schwierig ist. Die derzeitige Förderung von Verlagen in Südtirol geschieht über die Werbung. Das muss man ganz offen sagen. Da wird natürlich beim großen Haufen hingetragen. Das ist nicht richtig, ist aber leider so. Es war erstaunlich, dass die Handelskammer ab einem bestimmten Zeitpunkt keine Druckaufträge mehr gestreut, sondern auf ein bestimmtes Haus konzentriert hat. Jetzt ist das wieder anders geworden, das heißt es wird wieder gestreut. Ich bin auf jeden Fall der Meinung, dass es eine zügige Umsetzung der Verlagsförderung braucht, wobei das Ganze aber so objektiv wie möglich gestaltet werden muss. Der Kollege Heiss erwähnt in seinem Beschlussantrag einige Autoren. Man könnte auch andere Autoren erwähnen. Wir müssen hier aufpassen.

Man darf die Digitalisierung, so wie vom Kollegen Köllensperger richtigerweise angemerkt, auf keinen Fall negativ sehen. Im Gegenteil, ich glaube, dass die Digitalisierung dazu führt, dass mehr gelesen wird. Das Ganze geschieht per Mouse-Klick und man muss sich nicht mehr in ein Geschäft begeben. Das ist sicher nicht so negativ zu sehen, wie manche es tun.

**OBERHOFER (Die Freiheitlichen):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich beantrage eine getrennte Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** Chiedo la votazione separata delle premesse dalla parte impegnativa e annuncio di votare a favore di quest'ultima.

Condivido l'impianto del ragionamento che è stato messo in campo riguardo le ragioni che supportano l'esigenza di questo incarico alla Giunta provinciale. Mi permetto solo un'osservazione, benché nelle premesse il tema sia stato affrontato in maniera molto elegante ma non così precisa come invece lo hanno voluto descrivere alcuni colleghi che sono intervenuti nel dibattito. Si tratta di un intervento che riguarda l'editoria in senso generale e si fa un riferimento chiarissimo all'importanza di questo sforzo dell'editoria, della produzione di documentazione ma non solo, perché si è affrontato il tema in termini molto più ampi comprendendo tutta la narrativa, quindi non necessariamente l'aspetto storicistico teso all'indagine rispetto alle ragioni della propria presenza. Tutto ciò si è messo in relazione alla fondamentale importanza che questo tipo di impresa ha per l'identità messa in correlazione alle minoranze nazionali tedesca e ladina. Qui è specificato, si dice: "non in forma esclusiva".

Nel dibattito che è emerso si è molto puntato il ragionamento sulla fondamentale importanza che questo impegno avrebbe per la tutela delle minoranze nazionali linguistiche tedesca e ladina. Su questo vale la pena aprire una riflessione che poi ognuno svilupperà come ritiene, ma se c'è un impegno importante ai fini dell'identificazione di una comunità con il territorio, della comprensione delle sue dinamiche, della capacità di avere autoestima rispetto alla propria presenza sul territorio, questo impegno dovrebbe essere anche rivolto all'editoria in lingua italiana. Sappiamo che è estremamente povera, in questi ultimi anni si è ridotta in maniera sensibile. È vero che esiste un substrato culturale ma esiste anche per quanto riguarda la narrativa per il gruppo linguistico tedesco che ha alle sue spalle un continente. Non dimentichiamoci di questi aspetti che sono importanti nello sviluppare una riflessione che è stata articolata dai colleghi che mi hanno preceduto. Io mi permetto di alzare questa piccola bandierina morale sul ruolo fondamentale che un sostegno articolato in maniera omogenea sia sviluppato anche

con un'attenzione particolare alla difficoltà culturale e linguistica che in questo momento si sta espandendo in maniera preoccupante nella minoranza linguistica italiana in Alto Adige.

**STEGER (SVP):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich ersuche um eine getrennte Abstimmung über die Prämissen und jeweils über die drei Punkte des beschließenden Teiles des Beschlussantrages.

**ACHAMMER (Landesrat für deutsche Bildung und Kultur, Integration - SVP):** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Kollege Heiss, zunächst möchte ich Ihnen für die sehr lebendige Diskussion zu diesem Thema danken, die gezeigt hat, dass es im Bereich der Verlagsförderung Handlungsbedarf gibt. Ich brauche nicht zu sagen, welche Bedeutung Verlage, insbesondere kleine Verlage, für uns und für die Kulturwelt insgesamt haben. Die kleinen Verlage leisten einen wesentlichen kulturellen Beitrag und spielen die Rolle eines Kulturvermittlers. Das steht außer Diskussion und darüber müssen wir auch nicht reden. Wir müssen uns fragen, wie wir eine direkte Förderung von Publikationen oder Verlagsprogrammen umsetzen können.

Ich möchte zunächst an die heutige Situation erinnern, bevor wir über die künftige gesetzliche Ausrichtung reden. Heute gibt es laut dem Gesetz eine Förderung von Einzelpublikationen, wobei Verlage aber nicht direkt darum ansuchen können, sondern über Dritte. In Vergangenheit waren es sehr häufig das Kulturinstitut oder der Künstlerbund, die stellvertretend für die Verlage angesucht haben. Über diesen Umweg geht viel an Geld verloren, was direkt diesen Publikationen und somit auch den Verlagen zugute kommen könnte. Außerdem entstehen bürokratische Hindernisse. Man hat bereits längere Zeit versucht, gesetzlich die Möglichkeit zu schaffen, eine direkte Bezuschussung einzuführen. Das ist nur mit Gesetz möglich. Es hat bereits in der vergangenen Legislaturperiode eine Initiative über einen Beschluss der Landesregierung gegeben. Es braucht auf alle Fälle eine gesetzliche Bestimmung, die dann auch entsprechend zu notifizieren ist.

Ich muss zwei Punkte, die in den Prämissen dieses Beschlussantrages stehen, widersprechen. Es stimmt nicht, dass die Gesamtsumme, die im Moment den Publikationen und der Förderung derselben zugute kommt, von Seiten des Landes stark reduziert worden wäre. Wir bewerten anhand von Publikationsansuchen einzelner und nicht aufgrund einer Gesamtsumme, die dem einen oder anderen Verlag zugute kommt. Ein Vergleich ist verhältnismäßig schwierig, aber das Niveau der Gesamtsumme ist ungefähr dasselbe. Es stimmt auf alle Fälle nicht, dass die Kulturabteilung deutliche Reduzierung vorgesehen hätte. Was hingegen stimmt, ist dass bei mehreren Säulen einige andere weggebrochen sind. Es sind die Mittel der Region reduziert worden. Auch die Stiftung Sparkasse hat die Unterstützungen reduzieren müssen. Außerdem sind die Bucheinkäufe nicht mehr möglich. Diese Faktoren haben dazu geführt, dass sich die Situation zugespitzt hat, aber ich möchte trotzdem dem widersprechen, was in den Prämissen steht. Es stimmt nicht, dass die Kulturabteilung des Landes die Mittel für die Publikationsförderung stark reduziert hätte. Dem möchte ich widersprechen. Wie gesagt, ein Vergleich ist relativ schwierig, da wir aufgrund der vorliegenden Ansuchen für eine Publikation bewerten. Ich habe mich heute noch einmal vergewissert, dass wir wirklich versucht haben, den höchstmöglichen Prozentsatz der Publikationsförderung anzuwenden. Am Ende des Jahres kann man einen Vergleich mit dem Jahr 2013 vornehmen und man wird sehen, dass die Situation stabil ist. Nichtsdestotrotz besteht hier Handlungsbedarf, und deshalb würden wir eine neue Möglichkeit vorschlagen, die zum Großteil den Forderungen der Verlegergemeinschaft entspricht. Wir sind derzeit dabei, ein Kulturgesetz auszuarbeiten. Wir haben gestern in der Landesregierung über die Eckpunkte desselben gesprochen. Am Samstag wird der deutsche Kulturbeirat darüber urteilen, und wir werden auch mit Vereinigungen und Organisationen darüber reden. Ein Punkt dieses Kulturgesetzes betrifft die Verlagsförderung. Mit einem Artikel wird die Verlegertätigkeit als kulturell wertvolle Tätigkeit anerkannt. Außerdem schaffen wir die Möglichkeit für eine direkte Bezuschussung, das heißt, dass Verlage um eine direkte Publikationsförderung beim Land ansuchen können, und zwar nicht nur für einzelne Titel. Wir sehen nämlich auch vor, dass für das gesamte Jahresprogramm angesucht werden kann, wobei natürlich immer nach kulturell wertvollen Titeln beurteilt wird. Die Kriterien werden mit Durchführungsverordnung bzw. mit Beschluss der Landesregierung im Detail geregelt. Auf alle Fälle ist es wichtig, dass Verlage endlich direkt um eine Förderung ansuchen können. Wir haben auch einer weiteren Forderung der Verleger entsprochen. Diese war, dass mit Hilfe der vorgelegten Bilanzen und nicht aufgrund der Rechnungslegung abgerechnet werden soll. Ob es eine Sockelförderung geben wird, so wie in Österreich vorgesehen, ist keine Frage, die die Kulturabteilung betrifft. Wir können nur die Publikation oder das entsprechende Programm unterstützen. Wennschon, dann betrifft diese Frage die Wirtschaftsförderung. In diesem zentralen Punkt kommen wir auf alle Fälle der Forderung der Verleger nach.

In einem Punkt muss ich Ihnen widersprechen, denn das ist schlichtweg nicht möglich. Ich würde vorschlagen, dass wir dem zweiten Punkt des beschließenden Teiles des Beschlussantrag zustimmen. Wir bemühen uns



darum, dass die neuen Bestimmungen zügig umgesetzt werden. Der erste Punkt des beschließenden Teiles des Beschlussantrages erübrigt sich, denn die rechtlichen Voraussetzungen sind insoweit geklärt, als der Vorschlag schon vorliegt. Ich werde diesen dann den im Landtag vertretenen Parteien vorab vorstellen. Man muss aber auch sagen, dass dieses Gesetz erst im Frühjahr des kommenden Jahres in den Landtag kommen wird. Dann muss das Gesetz entsprechend des Beihilfenrechtes der EU notifiziert werden. Eine Änderung für die Verlage kann also frühestens mit dem Haushaltsjahr 2016 in Kraft treten.

Dem dritten Punkt des beschließenden Teiles des Beschlussantrages können wir nicht zustimmen. Ich kenne die prekäre Situation von einigen kleineren Verlagen und kann nachvollziehen, dass ein Hilfeschrei gekommen ist. Allerdings glaube ich nicht, dass es unsere Aufgabe ist, unmittelbar auf bestimmte Einzelsituationen zu reagieren. Unabhängig davon besteht auch die gesetzliche Grundlage dafür nicht. Wir haben dort, wo Ansuchen für Publikationsförderungen vorgelegen sind, eine Unterstützung gewährt. Wir haben den höchstmöglichen Prozentsatz angewandt. Wir haben im Moment keine gesetzliche Grundlage, um diesem dritten Punkt des beschließenden Teiles des Beschlussantrages zu entsprechen. Wir tun also gut daran, sobald wie möglich die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen und diese Möglichkeit vorzusehen. Ein Programm zur Sofortlinderung können wir nicht genehmigen. Das Problem, das wir zum Teil haben, kann nicht mit einem kleineren Betrag gelöst werden.

Wie gesagt, wir können Punkt 2 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages zustimmen. Der erste Punkt ist hinfällig, weil die rechtliche Überprüfung abgeschlossen ist. Punkt 3 ist nicht möglich. Den Prämissen können wir nicht zustimmen, weil sie zwei, drei Punkte enthalten, die nicht der Realität entsprechen.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** L'intervento dell'assessore alla cultura in lingua tedesca è stato estremamente interessante. Credo che sarebbe interessante approfondire l'aspetto della partecipazione dell'assessorato in lingua italiana a questo processo di cui avete discusso ieri in Giunta provinciale per capire se esistono delle misure diverse o particolari. Credo che sarebbe opportuno su queste materie garantire una partecipazione al dibattito dei tre assessori alla cultura, perché è evidente che a particolari situazioni corrispondono anche particolari risposte. È forse una legge che è uscita dall'assessorato in lingua tedesca? Vorrei avere qualche informazione in questo senso, altrimenti provvederò a fare un'interrogazione. L'assessore ha svolto un'interessantissimo quadro, però credo ci sia bisogno di qualche puntualizzazione da parte dell'assessorato in lingua italiana.

**PRÄSIDENT:** Grundsätzlich gibt es keine Möglichkeit darauf einzugehen, da Landesrat Achammer die Zeit für die Stellungnahme seitens der Landesregierung ausgeschöpft hat. Theoretisch hätte man die Zeit auch aufteilen können.

Herr Landesrat Tommasini, bitte.

**TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere pubbliche - Partito Democratico - Demokratische Partei):** Prendo la parola per fatto personale, perché sono stato chiamato in causa. La legge è comune, è già stata presentata all'interno della Consulta culturale in lingua italiana, è già uscita sui media per la presentazione. Il lavoro che stiamo facendo sull'editoria è comune. Abbiamo avuto degli incontri anche assieme al presidente, a cui io ero presente. Concordo con quanto detto dal collega. Diciamo che concordiamo molto su questa impostazione, quindi in questo caso ha risposto lui. È vero che abbiamo tre assessorati alla cultura, ma su molti aspetti andiamo d'accordo e la pensiamo in maniera uguale, per questo ha risposto il collega, però l'elaborazione è comune. Le esigenze sono le stesse anche per quanto riguarda l'editoria in lingua italiana, cioè di essere sostenute proprio per la conformazione del territorio e la massa critica, quindi il disegno di legge sarà presentato da tutti e tre assessori e terrà conto delle specificità dei gruppi linguistici ma con un obiettivo comune.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ich danke allen Teilnehmern für die lebhaft und überraschend qualifizierte Diskussion. Es freut mich, dass ein erhebliches Interesse an diesem Thema besteht, das über das Routinemäßige hinausgeht. Der Kollege Pöder hat einen Einwand im Hinblick auf die Verlagsförderung gebracht. Er hat Bedenken geäußert, dass diese einseitig erfolgen könnte. Nun sieht das österreichische Verlagsförderungsgesetz durchaus die Möglichkeit vor, über einen Verlagsbeirat, der nach objektiven Kriterien besetzt ist, Qualitätskriterien zu definieren und sie entsprechend transparent zu halten. Eine einseitige Verrutschung von Fördermitteln ist zwar nie ganz auszuschließen, aber sie kann doch weitestgehend reduziert werden.

Der Kollege Köllensperger hat gesagt, dass es nicht darum geht, den Fortschritt in Richtung Digitalisierung zu verhindern. Es gibt zweifellos den Digital Divide zwischen Papierlesern, wie es meine Wenigkeit ist, und den Digitalen. Ich glaube schon, dass es Sinn macht, verstärkt E-Books und andere Formen digitalen Lesens einzuführen. Zu Recht hat das Internet das Lesen oder Schreiben von Fragmenten gefördert. Trotzdem besteht die Gefahr, dass sich Verlage wie Amazon auf einen lukrativen Markt konzentrieren, während das kleine Wurzelgeflecht der Verlage abgefackelt wird.

Natürlich ist auch das, was die Kollegin Klotz gesagt hat, bedenkenswert. Natürlich geht es auch um den Schutz der deutschen und ladinischen Literatur. Die Literatur hat durch den Minderheitenstatus an Bedeutung gewonnen, weil das gewissermaßen ein Nachweis für die kulturelle Identität der deutschen und ladinischen Sprachgruppe ist. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass sich Südtirol als kleine Verlagslandschaft für italienischsprachige Literatur präsentiert. Wir hätten in Italien durchaus die Möglichkeit, mit lokalen Verlagen gut zu punkten. Es wäre wesentlich für das Erscheinungsbild Südtirols in Italien, wenn es Verlage gäbe, die mit Entschiedenheit in den italienischen Kulturraum hineinwirken. Denken wir daran, dass es ein kleiner Verlag in Südtirol zustande gebracht hat, Arbeiten von Klaus Gatterer zu übersetzen und damit ein anderes Bild Südtirols italienweit zu vermitteln. Es wäre vielleicht durchaus interessant, wenn ein kleiner lokaler Verlag in der Lage wäre, die Werke von Madame Lilli Gruber zu publizieren, anstatt sie Rizzoli oder anderen großen Verlagshäusern zu überlassen.

Landesrat Achammer hat das Wesentliche angeführt. Man muss froh sein, dass die drei Kulturlandesräte gemeinsam mit dem Landeshauptmann die Verlage getroffen haben und deren ernste Lage erkannt haben. Sie sind willens, auf gesetzlicher Ebene tätig zu werden, unter anderem mit einem Verlagsförderungsgesetz und mit einer eventuellen Sockelförderung im Bereich Wirtschaft. Das ist erkannt worden und das wird von den Verlagen auch honoriert. Trotzdem gibt es die akute Notsituation einiger Verlage. Wenn wir hier anfügen, dass ein Sofortprogramm zur Lösung aktueller Krisensituationen ermöglicht werden sollte, so stellen wir uns vor, dass dies auch über den normalen Landeshaushalt erfolgen könnte. Ich glaube schon, dass es eine Möglichkeit dazu gäbe.

**PRÄSIDENT:** Wir kommen zur Abstimmung nach getrennten Teilen, wie von den Abgeordneten Oberhofer, Urzi und Steger beantragt.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 4 Jastimmen, 21 Gegenstimmen und 8 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teils: mit 13 Jastimmen, 19 Gegenstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teils: einstimmig genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teils: mit 3 Jastimmen, 24 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zurück zu Punkt 6 der Tagesordnung, dessen Behandlung in Erwartung der Übersetzung eines Änderungsantrages des Abgeordneten Knoll ausgesetzt wurde.

Der Abgeordnete Urzi hat seinen Änderungsantrag zurückgezogen.

**Änderungsantrag zum Beschlussantrag**, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Klotz, Zimmerhofer, Leitner, Stocker S. und Oberhofer: "Der beschließende Teil wird wie folgt abgeändert:

"beschließt  
der Südtiroler Landtag,

im Rahmen des Südtirol-Konvents Vertreter aus Schottland und Katalonien nach Südtirol einzuladen, um die organisatorischen und politischen Fragen und Erfahrungen mit deren Unabhängigkeits-Referenden zu erörtern."

"La parte dispositiva è così sostituita:

"il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
delibera

di invitare in provincia di Bolzano, nell'ambito della convenzione per la riforma dello Statuto di autonomia, rappresentanti della Scozia e della Catalogna per discutere degli aspetti organizzativi e politici nonché delle esperienze maturate con i rispettivi referendum per l'indipendenza."

Ich möchte diesen Beschlussantrag nun in der geänderten Form zur Abstimmung bringen.

Frau Abgeordnete Klotz, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Soweit ich mich erinnern kann, gilt die Regel, die Sie jetzt anwenden, nur zu Tagesordnungen zu Gesetzentwürfen. Nach meiner Kenntnis müsste die Diskussion neu eröffnet werden.

**PRÄSIDENT:** Ich habe vorher schon gesagt, dass jeder noch einmal drei Minuten zu diesem geänderten Beschlussantrag reden kann. Nachdem ich keine Wortmeldungen gesehen habe, wollte ich zur Abstimmung schreiten.

Bitte, Kollege Köllensperger.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Danke, Herr Präsident! Wir haben bereits in einer Fraktionssprechersitzung über einen Besuch der Schotten gesprochen, wobei uns Präsident Widmann mitgeteilt hat, dass wir laut den Schotten ruhig dort bleiben sollten, wo wir sind. Trotzdem bin ich durchaus der Meinung, dass diesem in einem offenen Autonomiekonvent zum Thema gemacht werden sollte. Ich bin aber auch der Meinung, dass nicht der Landtag beschließen sollte, was der Autonomiekonvent thematisieren soll. Das soll meiner Meinung nach der Autonomiekonvent selbst beschließen. Deshalb werde ich gegen diesen Beschlussantrag stimmen.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Es ist auch davon gesprochen worden, dass der Südtirol-Konvent offen sein soll. Man sollte aber auch nicht beschließen, wenn der Konvent einlädt. Das ist nicht jetzt festzulegen. Die Kollegin Foppa hat heute den Gesetzentwurf der Grünen zitiert, und auch im Gesetzentwurf der Landesregierung steht, dass der Konvent Experten, Fachgruppen usw. einladen soll. Hier muss man meiner Meinung nach konsequent sein.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Wenn wir die Offenheit des Konvents ernst nehmen, dann können wir nicht jetzt schon bestimmen, wer dazu einzuladen ist. Diese Vorgaben können wir nicht machen. Es soll vorgegeben sein, dass man die Leute einlädt, die von den Menschen, die am Konvent teilnehmen, gewünscht werden. Auflagen des Landtages inhaltlicher Natur finden wir nicht richtig.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Der Landeshauptmann ist jetzt hinaus gegangen, aber ich möchte schon daran erinnern, was wir in der Fraktionssprechersitzung ausgemacht haben. Dort hat es einen Antrag der Kollegen Freiheitlichen gegeben, dass eine Delegation des Landtages nach Schottland reisen soll, um sich über die Abstimmungsmodalitäten zu informieren. Damals haben die Kollegen der Grünen gesagt, dass es grundsätzlich zwar gut sei, sich zu informieren. Sie wären aber dagegen, da das zuviel kosten würde. Es wäre interessanter, wenn die Schotten zu uns kommen würden. Wir haben uns dann im Fraktionssprecherkollegium darauf geeinigt, zu überprüfen, ob es möglich ist, nach Schottland zu fahren. Ich habe damals darauf hingewiesen, dass die Zeiten sehr knapp sein würden. Man hat sich dann darauf geeinigt, dass man Vertreter aus Schottland nach Südtirol einladen würde, sollte es nicht möglich sein, zeitlich noch nach Schottland zu fahren. Der Kollege Urzi hat sogar den Antrag gestellt, nicht nur Vertreter aus Schottland, sondern auch Vertreter Großbritanniens einzuladen. Das war die Vereinbarung, die wir im Fraktionssprecherkollegium getroffen haben. Es ist jetzt also schon komisch, wenn man jetzt von all dem nichts mehr wissen will. Das ist ja nichts anderes als die Umsetzung dessen, was wir im Fraktionssprecherkollegium ausgemacht haben. Wir schlagen jetzt lediglich vor, Katalonien mit hinzuzunehmen. Jetzt so zu tun, als ob das gegen den Südtirol-Konvent wäre, ist nicht in Ordnung, denn das ist das, was wir damals ausgemacht haben.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** La discussione nel Collegio dei capigruppo non aveva alcuna relazione con la Convenzione. Era una discussione che riguardava una proposta del collega Leitner, un capitolo chiuso. Sulla proposta di invitare anche gli inglesi insieme agli scozzesi, forse non è stato colto l'aspetto ironico della cosa! Prossimamente starò più attento a cercare di far comprendere l'aspetto ironico delle mie parole.

Detto questo, credo che bisogna avere il coraggio di dire le cose come stanno. Se parliamo di autonomia, l'indipendenza non c'entra. Questo tema è una cosa diversa: "Pacta sunt servanda". Nel momento in cui si è accolto il principio dell'autonomia come un principio fondamentale, che provocazione è, che irresponsabilità è, e mi domando con quale tipo di atteggiamento questo Consiglio in maniera così superficiale, talvolta allegra, con pacche sulle spalle, affronti un tema che è di una gravità assoluta, perché mette in discussione 60 anni di storia ed è questo che non si vuole afferrare, si mette in discussione tutto il percorso che ha portato all'attuale autonomia. Abbiamo scherzato fino ad oggi? L'autonomia è stata uno strumento per arrivare ad una cosa diversa? Lo si dica in maniera aperta. Io credo che ci si aspetti, soprattutto da persone che hanno ruoli istituzionali così elevati, di rappresentanza di una comunità, lealtà rispetto agli impegni assunti e rispetto al proprio ruolo nell'ambito dell'isti-

tuzione in cui hanno un ruolo di rappresentanza. Il referendum è fra autonomia o antiautonomia, che poi si può declinare in mille modi diversi. Ma provate ad immaginare quale sarebbe l'atteggiamento dei colleghi di questo Consiglio, se ci sarebbe tanta aria di festa scolastica, se ci fosse in discussione, con una presenza significativa di consiglieri che la dovesse sostenere, una mozione che non avrebbe alcun tipo di logica, che proponesse l'abolizione dell'autonomia. Ci sarebbe questo atteggiamento da festa campestre? "Ma sì, stiamo ragionando il futuro", o ci sarebbe una reazione durissima per la difesa di un patrimonio? È stupefacente che lo debba dire io questo!

Il referendum è fra questa autonomia e chi è contro l'autonomia. Oggi prevedere che anche la Convenzione sia un luogo entro il quale si debba aprire una finestra sulla secessione, non ha niente a che vedere con l'autonomia. Sono due cose diverse!

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Es ist wirklich Zufall, dass ich jetzt wieder auf den Kollegen Urzi zu sprechen komme. Das war nicht so geplant. Er steht zu seiner Ausrichtung. Wir führen vor den Augen der Öffentlichkeit eine Diskussion ab, und da wird nichts geheim gehalten. Die Leute können uns zuschauen und zuhören und sagen "Das ist ein Spinner", "Der hat Recht" oder "Der hat nicht Recht". Ich verwehre mich allerdings dagegen, dass das lächerlich gemacht oder heruntergespielt wird, denn hier geht es wirklich um ein ernstes Anliegen. Der Kollege Knoll hat bereits vorweggenommen, dass ich im Fraktionssprecherkollegium einen Antrag gestellt habe, dass der Landtag eine Delegation nach Schottland entsenden soll, um sich das Ganze vor Ort anzuschauen. Die Verantwortlichen der Südtiroler Volkspartei sind jetzt nicht hier. Anscheinend ist das für sie mittlerweile lästig geworden. Wir haben heute ja vom Landeshauptmann die bekommen, dass wir uns mit anderen Dingen beschäftigen sollen. Der Kollege Stocker hat richtigerweise gesagt, dass sich die Opposition noch selber aussucht, was sie im Landtag vorbringt und was nicht. Das möchte ich in aller Deutlichkeit unterstreichen! Ich nehme zur Kenntnis, dass die Südtiroler Volkspartei an ihrem Weg festhält, ohne andere Diskussionen zuzulassen. Jetzt wird der Südtirol-Konvent eine Chimäre! Den könnt Ihr Euch irgendwo hinstecken! Was heißt ergebnisoffen? Wir reden lediglich noch über diese bestmögliche Verteidigung der Autonomie. Über den Ausbau wird ja gar nicht mehr diskutiert. Heute lesen wir, dass das Finanzabkommen auch noch nicht unterzeichnet ist. Zunächst hatte man es ja so eilig und scheinbar hatte man die Schäfchen schon im Trockenen. Jetzt schaut es wieder anders. Scheinbar kommt noch mehr dazu, aber das werden wir ja sehen. Das bleibt immer eine offene Geschichte! Kollege Urzi, ich wehre mich dagegen, dass Du all jene, die für die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sind, als Autonomiegegner hinstellst. Das ist nicht so! Wir können uns auch eine Zeit nach der Autonomie vorstellen, unterstreichend, dass die Autonomie wertvoll ist.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Man kann sich vorstellen, was sich in Zusammenhang mit der Organisation und den Inhalten des sogenannten Südtirol-Konvents – ursprünglich sollte er ja Autonomie-Konvent heißen – abspielen wird. Es wird die Mehrheit über die Inhalte entscheiden. Dann wird es wieder eine Märchenstunde über die sogenannte Verbesserung der sogenannten Autonomie werden. Kollege Steger, wir alle wissen, dass es eine Verbesserung höchstens dann geben kann, wenn Ihr mit der Selbststimmung ernst macht. Wenn Ihr Euch auf diese Forderung konzentrieren und sagen würdet "Wir bereiten Argumente vor, machen Tagungen und vermitteln das der Bevölkerung und gehen dann damit nach Rom", dann würdet Ihr schnell eine Verbesserung der Autonomie erreichen. Nachdem Italien weiß, dass Ihr die Verteidiger der römischen Südtirol-Politik seid, verschont Ihr Italien vor der Verlegenheit, überhaupt auf solche Fragen zu reagieren. Ihr legt sofort eine Bremse und signalisiert damit: "Habt keine Angst. Lasst die zwei, drei Hanseln reden. Da schauen schon wir, dass das nicht soweit kommt!" Denkt einmal darüber nach! Seid einmal ehrlich und gebt zu, dass Ihr damit zumindest in Vergangenheit auch Politik gemacht habt, was ich euch nicht einmal übel nehme.

Alessandro Urzi, Du hast einen tollen Hinweis auf 60 Jahre Geschichte gemacht. Weißt Du, was vor 60 Jahren gewesen ist? Damals hat die Debatte über das Selbstbestimmungsrecht für Triest stattgefunden. Der Regierungschef hat sich damals selber in eine Falle begeben, weil dann natürlich sofort die österreichischen Regierungsstellen gekommen sind und darauf verwiesen haben: "Wenn Ihr Italiener jetzt das Selbstbestimmungsrecht für Triest einfordert, dann werden wir als Schutzmacht Südtirols auch auf diese Schiene gehen!" Dann ward die Selbstbestimmung für Triest ad acta gelegt! Das war interessant!

**STEGER (SVP):** Ich werde jetzt nicht noch einmal die Position der Südtiroler Volkspartei darlegen. Ich habe dies zuvor gemacht, und auch der Landeshauptmann hat sehr deutlich auf die Position der Südtiroler Volkspartei in dieser Angelegenheit hingewiesen. Ich möchte nur noch eines sagen: Wir nehmen den Südtirol-Konvent sehr ernst und werden in Bälde einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. In diesem Konvent werden Politiker der

Mehrheit und der Minderheit und die Zivilgesellschaft vertreten sein. Es werden aber auch Experten dabei sein, die nicht politischen Coleurs sind, sondern im Völkerrecht eine Expertise nachweisen können. Ich sage das deshalb, weil Sie dann vielleicht besser verstehen, warum wir glauben, dass diese Vorwegnahme nicht sinnvoll ist. Wir möchten keinen Südtirol-Konvent, in dem nur Politiker sitzen ...

**ABGEORDNETER:** *(unterbricht)*

**STEGER (SVP):** Ich möchte das nur als Prämisse gesagt haben. Uns geht es nicht darum, als Mehrheit im Südtirol-Konvent Entscheidungen vorwegzunehmen, die eventuell solche Möglichkeiten nicht zulassen. Ich habe die Zusammensetzung des Konvents deshalb erwähnt, um Ihnen die Sorge zu nehmen, dass diese Möglichkeiten nicht umgesetzt werden könnten. Ich habe am Vormittag schon gesagt, dass der Südtirol-Konvent frei sein soll in der Entscheidung, wen er zusätzlich noch anhören will. Ich glaube nicht, dass es sinnvoll ist, einzelne Punkte vorwegzunehmen, bevor der Südtirol-Konvent überhaupt eingesetzt wird. Lassen Sie den Südtirol-Konvent starten, in dem Sie sicher auch Ihre Vertreter haben werden. Stellen Sie den Antrag dort, und Sie werden sehen, dass Ihre Sorge unbegründet ist. Wir wollen ergebnisoffen diskutieren, wie wohl die Südtiroler Volkspartei hoffentlich ihre Einstellung zum Thema sagen darf. Sie haben ja auch eine politische Einschätzung über das, was Sie am Ende haben wollen. Auf alle Fälle wird der Südtirol-Konvent ergebnisoffen diskutieren. Ich sehe es als falsch, jetzt diese Entscheidung zu treffen. Deshalb wird die Südtiroler Volkspartei diesem Beschlussantrag nicht zustimmen.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Die Sorge, dass gerade die SVP und die Landesregierung diesen Autonomie-Konvent zum Wohlfühlclub für die Autonomie machen könnte, ist berechtigt, da von Anfang an nur eine Marschrichtung vorgegeben wurde, und zwar in Richtung Ausbau der Autonomie. Man hat dann des Öfteren darüber diskutiert. Als im Vorfeld der Schottland-Abstimmung im Fraktionssprecherkollegium der Vorschlag vorgebracht wurde, eine Delegation des Landtages nach Schottland zu schicken, hat man zwar abgewehrt, gleichzeitig aber gesagt, dass man das dann im Rahmen des Autonomie-Konvents machen könne. Dass man jetzt hergeht und sagt, dass man diese Vertreter gerne eingeladen hätte, ist legitim. Vielleicht könnte man hinzufügen "Vertreter unter anderem aus Schottland und Katalonien". Dann kann das nicht als Ausschluss anderer verstanden werden. Es ist natürlich klar, dass eine Reihe von Vertretern eingeladen werden sollen. Auf jeden Fall besteht die Sorge, dass das Ganze in eine bestimmte Richtung gedrängt werden man über andere Modelle im Rahmen dieses Konvents gar nicht diskutieren soll. Das ist nicht legitim, und deshalb versucht man das zu verhindern. Das Ganze soll in eine offene Richtung gehen, und deshalb ist es legitim zu sagen, dass die Vertreter dieser Länder hinzugezogen werden sollen. Ich verstehe nicht, warum sich bestimmte Kräfte im Südtiroler Landtag so dagegen wehren.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Come dice il proverbio: "Noi mandiamo l'invito ma non viene nessuno". Dico questo come battuta, perché è già successo. In Scozia ci siamo autoinvitati e non ci hanno voluto, ci hanno detto di rimanere a casa. Allora prima di utilizzare gli scozzesi, i catalani nel nostro "dibattitino" interno – la situazione lì è molto complessa – dovremmo fare i conti con la realtà. Noi stiamo dando già un compito ad una Convenzione che non esiste ancora, quindi stiamo discutendo di fantasmi. Noi abbiamo presentato, prima firmataria la collega Foppa, un disegno di legge per l'istituzione di questa Convenzione, non illudendoci ovviamente che possa essere quella la soluzione, ma cercando di stimolare la maggioranza che l'ha annunciata tante volte ma non si è ancora vista. Qui concordo con il collega Steger che non si tratta di un "Einladung verbot", di un divieto di invito, ma si tratta di dare sovranità alla Convenzione, già le è stata tolta la materia fiscale e le verrà tolta la materia delle competenze. Se poi noi già decidiamo quello di cui deve discutere, chi deve invitare ecc. credo veramente che non facciamo un buon servizio anche alla "Selbsbestimmung der Konvents". La "Selbsbestimmung" non è solo una questione degli eserciti, delle bandiere e delle fanfare, ma è una questione che va applicata in tutti i momenti come elemento della democrazia.

Lasciamo alla Convenzione questo diritto all'autodeterminazione. Anch'io sono convinto che i colleghi che fanno questa proposta saranno rappresentati nella Convenzione in qualsiasi caso, perché credo ci sarà una rappresentanza adeguata del Consiglio provinciale, e lì potrà essere affrontata questa proposta e messa all'ordine del giorno dei lavori della Convenzione realmente esistente e non di quella che per adesso è ancora un fantasma.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich hätte eine Frage an den Landtagspräsidenten. Wie geht es mit der Umsetzung des Antrages des Kollegiums der Fraktionsvorsitzenden weiter?



Dieser Antrag steht ja und ist auch angenommen worden. Ich frage das deshalb, denn unser Antrag war es ja, mit dem Änderungsantrag das Thema Katalonien mit hineinzubringen. Es hätte ja keinen Sinn, wenn wir jetzt auf zwei Schienen fahren. Es gibt ja schon den Auftrag an den Landtagspräsidenten, hier etwas in die Wege zu leiten. Ich möchte also fragen, ob das bereits gemacht wurde und was das weitere Vorgehen ist.

**PRÄSIDENT:** Der Auftrag war nicht, die Vertreter Schottlands nach Südtirol einzuladen, sondern dass der Landtag eine Delegation nach Schottland schickt. Ich habe eine schriftliche Anfrage gestellt, wobei ich eine recht eindeutige diplomatische Absage erhalten habe. Es wurde gesagt, dass das Parlament nicht dafür zuständig sei und dass wir uns an gewisse Aktivisten-Gruppen wenden sollten. Somit ist dieser Antrag für mich erledigt, und das habe ich Ihnen auch mitgeteilt.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich habe gesagt, dass die Fristen zu kurz wären, um noch nach Schottland zu fahren. Der Antrag war, dass entweder eine Delegation des Landtages nach Schottland reist oder, sollte das nicht möglich sein, Vertreter Schottlands nach Südtirol eingeladen werden. Ich bitte, das im Protokoll nachzulesen. Der Kollege Urzi hat den Antrag gestellt, auch Vertreter der britischen Regierung einzuladen.

**PRÄSIDENT:** Ich werde gleich nachschauen, was im Protokoll steht. Dann können wir das klären. Bitte, Kollege Leitner.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Der Richtigkeit halber. Die Antwort aus Schottland war, dass das Parlament in Sommerpause war. Nachdem es in Vorbereitung der Abstimmung sei, hätte es keinen Sinn, dass wir hinauf fahren. Wir könnten aber zu politischen Gruppierungen fahren.

**PRÄSIDENT:** Die Antwort war aber auch, dass sie nicht zuständig sind.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Wir könnten es uns einfach machen und die Worte "im Rahmen des Südtirol-Konvents" streichen. Wir laden als Landtag Vertreter aus Schottland ein.

**STEGER (SVP):** Auch ich möchte darum ersuchen, aus den Protokollen zu entnehmen, was wir tatsächlich beschlossen haben. Mir resultiert kein Beschluss des Fraktionssprecherkollegiums, dass wir Schotten nach Südtirol einladen sollen, aber es kann sein, dass mir das entgangen ist. Deshalb möchte ich gerne das Protokoll sehen. Abgesehen davon liegt es natürlich in der Hoheit dieses Hauses, zu entscheiden, wobei dann jeder von uns meritorisch dazu Stellung nehmen können wird. Ich möchte das schon sichergestellt haben. Ich kann mich gut daran erinnern, dass wir dem Landtagspräsidenten den Auftrag gegeben haben sicherzustellen, dass wir in Schottland vorstellig werden können. Er hat uns dann entsprechend geantwortet. Mir ist aber nicht bewusst, dass wir einen Beschluss gefasst haben, die Schotten nach Südtirol einzuladen. Bitte klären Sie das, denn das wäre wichtig.

**PRÄSIDENT:** Ich müsste jetzt wissen, was der Antrag ist. Es besteht ein Antrag, das zu klären und somit den Beschlussantrag in der Zwischenzeit auszusetzen. Ein anderer Antrag besteht darin, den ersten Teil zu streichen.

Herr Abgeordneter Leitner, bitte.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich stelle noch einmal den Antrag, über diesen Ersetzungsantrag abzustimmen und die Worte "im Rahmen des Südtirol-Konvents" zu streichen. Der Südtiroler Landtag steht über dem Fraktionssprecherkollegium und kann jederzeit Leute einladen, über irgendwelche Themen zu diskutieren.

**PRÄSIDENT:** Ich habe Ihren Antrag schon verstanden. Es geht jetzt lediglich darum, ob die Abgeordneten Knoll, Klotz und Zimmerhofer diesem zustimmen. Ich sehe ein Zeichen der Zustimmung. Somit steht dieser Antrag jetzt offiziell im Raum.

Bitte, Kollege Urzi.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Questa modifica è sostanziale, non formale, quindi punto 1, presentiamo un emendamento, punto 2, riapriamo il dibattito, punto 3, io voglio sapere qual è la posizione della Giunta provinciale su questo testo così modificato. Non lo voglio, presidente, perché se uno vuole andare in Scozia ce lo mando

volentieri io, non c'è problema. Il problema è che sta diventando una cosa paradossale, anche molto squalificante. Io le chiedo però dal punto di vista formale che ci sia la presentazione di emendamento con conseguente riapertura di un dibattito, perché voglio sapere qual è la posizione della Giunta provinciale.

**PRÄSIDENT:** Grundsätzlich kann niemand dazu gezwungen werden, seine eigene Position darzulegen. Ich frage die Regierung aber gerne, ob sie dazu Stellung nehmen möchte.

Bitte, Kollege Urzi.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Rinuncio alla presentazione formale dell'emendamento che abbiamo capito tutti, si tratta della soppressione di una frase, però nel mio intervento chiedo, anche perché ho colto questa percezione che effettivamente il testo è cambiato, una presa di posizione da parte della Giunta provinciale rispetto a questo tema. Se il Consiglio provinciale è diventata un'agenzia turistica io mi riprometto di presentare 300 mozioni nei prossimi giorni che riguarderanno l'invito a tutti i paesi del mondo, minoranze annesse, invitiamo anche i Maori. Parleremo per mesi degli inviti, quindi parleremo se trasformare questo Consiglio provinciale in un'agenzia turistica dove si decidono cose che invece sarebbe opportuno discutere nel Collegio dei capigruppo, cosa che abbiamo già fatto peraltro. E ribadisco che quando io dicevo di invitare gli scozzesi e gli inglesi era detto in senso ironico! Chiusa la parentesi.

Chiedo che ci sia una presa di posizione da parte della Giunta provinciale rispetto al nuovo testo dell'emendamento e annuncio la presentazione di queste mie 300 mozioni su tutti i paesi del mondo.

**PRÄSIDENT:** Das wäre dann Obstruktion der Opposition zur Opposition. Was Sie in der Minderheitzeit tun wollen, steht Ihnen natürlich frei.

Ich würde jetzt nochmals der Regierung das Wort geben. Landeshauptmann Kompatscher, bitte.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Danke, Herr Präsident! Ich halte es nicht richtig, dass die Regierung die Zeit der Opposition übermäßig beansprucht, nachdem dieser Beschlussantrag ja bereits mehrmals abgeändert worden ist. In dieser Angelegenheit ist alles gesagt und wir sollten endlich abstimmen.

**PRÄSIDENT:** Der Abgeordnete Urzi und zwei weitere Abgeordnete beantragen eine Abstimmung mit Namensaufruf. Ich eröffne die Abstimmung.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung – Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 25 Nein-Stimmen und 9 Ja-Stimmen. 34 anwesende Abgeordnete, 34 abstimmende Abgeordnete.

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Blaas, Klotz, Knoll, Leitner, Oberhofer, Pöder, Stocker Sigmar, Tinkhauser, Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achhammer, Amhof, Artioli, Bizzo, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Hochgruber Kuenzer, Köllensperger, Kompatscher, Mussner, Noggler, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker Martha, Theiner, Tommasini, Tschurtschenthaler, Urzi, Widmann, Wurzer.

Punkt 9 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 203/14 vom 18.8.2014, eingebracht von der Abgeordnete Artioli, betreffend den sozialen Einheitsschalter für Invaliden."**

Punto 9 dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 203/14 del 18/8/2014, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante lo sportello unico sociale invalidi."**

*Soziale Fragen betreffen früher oder später einen Großteil der in Südtirol ansässigen Bürger. Insbesondere ältere Menschen brauchen Unterstützung, Pflege und Therapien. Die bürokratischen Voraussetzungen für den Zugang zu den Dienstleistungen sind in den Augen der Bürger schwer zu bewältigen, obwohl sich die Landesregierung das Ziel gesetzt hat, diese zu vereinfachen. Zu den Kosten für Unterstützung, Pflege und Therapien kommen die Schwierigkeiten bei der Einreichung der verschiedenen Anträge, die darin bestehen, dass sich die älteren Menschen in verschiedene*

Ämter begeben, Fälligkeiten beachten und jegliche Änderung mitteilen müssen, wenn sie die ihnen zustehende Dienstleistung in Anspruch nehmen möchten. Die Folge sind unkorrekte Anträge, die abgewiesen werden, kostspielige ärztliche Bestätigungen, die von Allgemeinmedizinern gegen Bezahlung ausgestellt werden, die Schließung des Aktes, wenn ein Wohnsitzwechsel innerhalb Südtirols nicht sofort gemeldet wird. Vor allem Invaliden haben mit unüberwindbaren bürokratischen Hürden zu kämpfen. Dazu kommt seit kurzem eine Vorgangsweise, die als soziale Ungerechtigkeit seitens des Landes gewertet werden kann.

Dieses ist nämlich für die Einstufungsteams verantwortlich, die ihre Pflegeinstufungen im Sinne der Haushaltskürzungen vornehmen, wobei nicht bedacht wird, dass sich bei älteren Menschen der Invaliditätsgrad mit den Jahren schwerlich bessern wird. Auch die Qualität der Teams hat sich oft als unzureichend erwiesen, die sich mitunter darauf beschränken, umfangreiche Fragebögen auszufüllen, ohne mit den entsprechenden Invaliden jemals in Kontakt getreten zu sein. Während die Zivilinvalidität von einem Ärzteteam festgestellt wird, besteht das Einstufungsteam für die Hauspflege nur aus Krankenpflegern oder Sozialassistenten, was sich auf die Zuverlässigkeit des Tests auswirken könnte, wenn es sich um komplexe Pathologien handelt, die eine Beurteilung durch einen Facharzt erfordern. Es ist daher zu klären, wie die Einstufungsteams vorgehen, um die Pflegestunden für Invaliden festzulegen. Die verschiedenen Arten von Invalidität werden nicht berücksichtigt, sondern es wird ausschließlich nach Protokoll vorgegangen, wobei in einigen Teilbereichen, die in die Zuständigkeit des Landes fallen, allfällige Änderungen von der Landesregierung beschlossen werden.

Die Schwierigkeiten der Bürger bestehen vor allem in der Kommunikation mit den zuständigen Landesämtern, die oft nicht in der Lage sind, die einzelnen Fälle bereichsübergreifend zu bearbeiten. Im Falle einer Beschwerde wird diese auf der Grundlage des Berichts des Einstufungsteams ohne eine weitere Untersuchung durch einen Facharzt oder ein anderes Team abgewiesen. Die Bürger haben keinerlei Möglichkeit, mit den Einstufungskommissionen in Kontakt zu treten und mit ihnen zu sprechen.

Wie für Unternehmen angestrebt, deren Start und Entwicklung durch eine übermäßige Bürokratie behindert werden, sollte man auch für die Sozialdienste eine Vereinfachung ins Auge fassen und einen Einheitsschalter einrichten, an den sich die Bürger wenden können. Dieser wird dann alle erforderlichen Schritte für eine etwaige Unterstützung oder Pflege ergreifen. Es wurde versucht, den Einheitsschaltdienst über die Patronate durchzuführen. Allzu oft stoßen jedoch die Bürger, die sich an diese Schalter wenden, auf die gleichen, wenn nicht gar größeren Schwierigkeiten.

Aus diesen Gründen

verpflichtet  
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

- a) die Einrichtung eines sozialen Einheitsschalters für die Bürger in Erwägung zu ziehen;
- b) die Tätigkeit der Einstufungsteams und die Kriterien für die Hauspflegeuntersuchung zu überprüfen;
- c) gezielte Änderungen an den Landesgesetzen und Verordnungen des Landes sowie an den Beschlüssen der Landesregierung zu erwägen, nach dem Grundsatz, die Familien bei ihrem Bemühen zu unterstützen, ihren pflegebedürftigen Angehörigen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen;
- d) für die Ausbildung der Schalterbeamten in den Patronaten zu sorgen, damit deren Dienst verbessert werden kann.

-----

Le questioni che riguardano il sociale investono prima o poi buona parte dei cittadini residenti nella nostra provincia. In particolare sono gli anziani le persone che più di altri necessitano di sostegno, assistenza e cura. Le prassi burocratiche per accedere ai servizi sono ancora ritenute dai cittadini di difficile accesso, anche rispetto agli obiettivi prefissati dalla Giunta provinciale che si è impegnata nel senso della semplificazione. Ai costi per accedere alle domande di assistenza, di sostegno e cura, si sommano le difficoltà legate alle varie domande che costringono gli anziani a doversi recare in diversi uffici, di ottemperare a scadenze e a segnalare ogni variazione pena la perdita del servizio spettante. Ci sono quindi domande sbagliate che vengono rigettate, richieste di costosi certificati medici rilasciati a pagamento dai medici di medicina generale, cambi di residenza in ambito provin-

*ciale che quando non subitaneamente segnalati hanno come conseguenza la chiusura di una pratica. In particolare sono quindi gli invalidi ad essere oggetto di veri e propri salti mortali per poter gestire la loro pratica. A questo si è aggiunta recentemente anche una pratica che potrebbe essere letta come ingiustizia sociale perpetrata dalla stessa Provincia.*

*Una questione che investe in pieno le responsabilità della Provincia è la gestione dei team di valutazione che stanno operando le proprie diagnosi in linea con il taglio di bilancio, senza poter considerare che il quadro di invalidità negli anziani difficilmente migliora con il proseguo degli anni. Anche la qualità dei Team si è rivelata spesso insufficiente, limitando la propria attività a compilare lunghi questionari senza aver alcun contatto con la persona affetta da invalidità. Mentre per la domanda di invalidità civile è prevista la presenza di un'equipe di medici, la sola presenza nel team di valutazione domiciliare di personale paramedico o di assistenza sociale potrebbe incidere nell'affidabilità del test effettuato qualora ci si trovi di fronte a patologie complesse che richiedono una preparazione e valutazione specialistica. Si rende quindi necessaria una maggior chiarezza sull'operato svolto dai team di valutazione per l'assegnazione delle ore di sostegno all'invalidità. Non si tiene quindi presente le differenti tipologie di invalidità ma si procede esclusivamente per protocollo, peraltro in alcuni aspetti di natura Provinciale e quindi soggetta a modifiche deliberate dalla Giunta provinciale di Bolzano.*

*Inoltre, le difficoltà cui versano i cittadini si riscontrano soprattutto nell'interfacciarsi con gli uffici provinciali preposti, spesso incapaci di affrontare le singole situazioni con una modalità interdisciplinare. Nel caso di ricorso, lo stesso viene rigettato sulla base della relazione dello stesso team di autovalutazione, senza ricorrere a un'ulteriore visita da parte di uno specialista sanitario o di altro team. Non vi è alcuna possibilità da parte dei cittadini di interloquire e interagire con le commissioni di valutazione.*

*Come si è sempre auspicato per le imprese, rallentate la loro accensione e il relativo sviluppo a causa della troppa burocrazia, si dovrebbe perseguire la semplificazione anche nei servizi sociali, creando uno sportello unico al quale il cittadino possa rivolgersi. Sarà poi lo stesso a sbrigare ogni funzione atta all'erogazione del sostegno o della cura. Si è cercato di esternalizzare il servizio di sportello unico attraverso i patronati. Troppo spesso, però, i cittadini che si rivolgono a questi sportelli incontrano le stesse difficoltà, se non una condizione peggiore.*

*Ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
impegna*

*la Giunta provinciale*

- a) a valutare la realizzazione di uno sportello unico per il cittadino in ambito sociale;*
- b) a verificare l'operato svolto dai team di valutazione e i criteri adottati in sede di visita domiciliare;*
- c) a valutare le opportune modifiche alle leggi e ai regolamenti Provinciali e alle delibere di Giunta in ottemperanza al principio del sostegno delle famiglie nel loro sforzo di permettere una vita ai propri familiari non autosufficienti;*
- d) a intervenire nella formazione degli addetti allo sportello dei patronati, affinché sia migliorato il servizio gestito dagli stessi.*

Frau Abgeordnete Artioli, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Leggo la mozione:

*"Le questioni che riguardano il sociale investono prima o poi buona parte dei cittadini residenti nella nostra provincia. In particolare sono gli anziani le persone che più di altri necessitano di sostegno, assistenza e cura. Le prassi burocratiche per accedere ai servizi sono ancora ritenute dai cittadini di difficile accesso, anche rispetto agli obiettivi prefissati dalla Giunta provinciale che si è impegnata nel senso della semplificazione. Ai costi per accedere alle domande di assistenza, di sostegno e cura, si sommano le difficoltà legate alle varie domande che costringono gli anziani a doversi recare in diversi uffici, di ottemperare a scadenze e a segnalare ogni variazione pena la perdita del servizio spettante. Ci sono quindi domande sbagliate che vengono rigettate, richieste di costosi certificati medici rilasciati a pagamento dai medici di medicina generale, cambi di residenza in ambito provinciale che quando non subitaneamente segnalati hanno come conseguenza la chiusura di una pratica. In particolare sono quindi gli invalidi ad essere oggetto di veri e propri salti mortali per poter gestire la loro pratica. A questo si è aggiunta recentemente anche una pratica che potrebbe essere letta come ingiustizia sociale perpetrata dalla*

stessa Provincia. Una questione che investe in pieno le responsabilità della Provincia è la gestione dei team di valutazione che stanno operando le proprie diagnosi in linea con il taglio di bilancio, senza poter considerare che il quadro di invalidità negli anziani difficilmente migliora con il proseguo degli anni. Anche la qualità dei Team si è rivelata spesso insufficiente, limitando la propria attività a compilare lunghi questionari senza aver alcun contatto con la persona affetta da invalidità. Mentre per la domanda di invalidità civile è prevista la presenza di un'equipe di medici, la sola presenza nel team di valutazione domiciliare di personale paramedico o di assistenza sociale potrebbe incidere nell'affidabilità del test effettuato qualora ci si trovi di fronte a patologie complesse che richiedono una preparazione e valutazione specialistica. Si rende quindi necessaria una maggior chiarezza sull'operato svolto dai team di valutazione per l'assegnazione delle ore di sostegno all'invalidità. Non si tiene quindi presente le differenti tipologie di invalidità ma si procede esclusivamente per protocollo, peraltro in alcuni aspetti di natura Provinciale e quindi soggetta a modifiche deliberate dalla Giunta provinciale di Bolzano. Inoltre, le difficoltà cui versano i cittadini si riscontrano soprattutto nell'interfacciarsi con gli uffici provinciali preposti, spesso incapaci di affrontare le singole situazioni con una modalità interdisciplinare. Nel caso di ricorso, lo stesso viene rigettato sulla base della relazione dello stesso team di autovalutazione, senza ricorrere a un'ulteriore visita da parte di uno specialista sanitario o di altro team. Non vi è alcuna possibilità da parte dei cittadini di interloquire e interagire con le commissioni di valutazione. Come si è sempre auspicato per le imprese, rallentate la loro accensione e il relativo sviluppo a causa della troppa burocrazia, si dovrebbe perseguire la semplificazione anche nei servizi sociali, creando uno sportello unico al quale il cittadino possa rivolgersi. Sarà poi lo stesso a sbrigare ogni funzione atta all'erogazione del sostegno o della cura. Si è cercato di esternalizzare il servizio di sportello unico attraverso i patronati. Troppo spesso, però, i cittadini che si rivolgono a questi sportelli incontrano le stesse difficoltà, se non una condizione peggiore.

Ciò premesso, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna la Giunta provinciale

- a) a valutare la realizzazione di uno sportello unico per il cittadino in ambito sociale;
- b) a verificare l'operato svolto dai team di valutazione e i criteri adottati in sede di visita domiciliare;
- c) a valutare le opportune modifiche alle leggi e ai regolamenti Provinciali e alle delibere di Giunta in ottemperanza al principio del sostegno delle famiglie nel loro sforzo di permettere una vita ai propri familiari non autosufficienti;
- d) a intervenire nella formazione degli addetti allo sportello dei patronati, affinché sia migliorato il servizio gestito dagli stessi."

Assessore, Le chiedo di rivedere come si possa aiutare un po' di più gli invalidi e le loro famiglie, perché avere un team che ti valuta, tu fai ricorso e lo stesso tema decide se tu sei invalido o no, ha dell'incredibile. Sicuramente il team non si autoaccusa e ammette che la valutazione che aveva fatto non era giusta. Ci vorrebbe un medico che possa valutare la situazione. Le faccio l'esempio di una famiglia che solo per aver cambiato indirizzo ha perso sei mesi di invalidità, nonostante questa persona avesse subito un'operazione per asportare un tumore al cervello e le sue condizioni erano gravissime. Infatti dopo sei mesi di ricorsi vari ecc. ha ricevuto di nuovo l'assegno di invalidità. Non è possibile che solo per un cambio di indirizzo una persona rischi di rimanere fuori dal circuito.

Lo stesso problema riguarda persone con problemi psichiatrici che vengono valutati da paramedici. È incredibile che un assistente sociale e un paramedico possano decidere che tipo di invalidità ha la persona la quale, prima va dal medico che fa la diagnosi per un tot di invalidità, mentre quando serve l'aiuto economico c'è questo team che giudica il grado di invalidità. Spesso succede che prima la persona riceveva un importo per l'invalidità più alto, dopo quattro o cinque anni il team di valutazione dice che la persona è migliorata, cosa impossibile a meno che non vada a Lourdes e forse la Madonna fa il miracolo, e questa si ritrova con 200 euro in meno al mese. Parlo di persone con invalidità gravi!

Capisco i tagli, capisco che non abbiamo più le possibilità economica che c'erano prima, ma per quanto riguarda l'invalidità non dobbiamo fare tagli. Una famiglia a quel punto non può difendersi, perché se lo stesso team che decide quanto tu sei invalido, decide anche sul ricorso dello stesso invalido, non può funzionare. Con questa mozione non dico all'assessore come deve fare, chiedo solo che il sistema venga ricontrollato, perché con i tagli di bilancio il sistema è stato ulteriormente tagliato. Io chiedo che l'assessore si prenda il tempo di capire, assieme ai tecnici, a cosa vanno incontro gli invalidi.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Ein Dankeschön an die Kollegin Artioli, die mit diesem Beschlussantrag den Nagel auf den Kopf trifft. Hier sind Personen betroffen, die wirklich in einem schwachen Moment die größten bürokratischen Hürden und Hindernisse vorfinden. Zum einen gibt es lange Wartezeiten bei den Kommissionen zur



Feststellung der Invalidität. Man spricht von 10 Monaten. Weitere Probleme gibt es bei der Eingliederung der sogenannten Personen der geschützten Kategorien in den Arbeitsmarkt. 915 Betriebe in Südtirol sind diesbezüglich säumig.

Zum Thema Pflegesicherung kann ich aus persönlicher Erfahrung ein Wörtchen mitreden. Mein Vater war als Schlaganfall-Patient fast ganzseitig gelähmt. Er wurde im Jahr 2005 von Amts wegen in die dritte Pflegestufe eingestuft, was auch gut funktioniert hat. Meine Mutter war froh darüber, dass dies möglich war. Anfang 2010 standen dann plötzlich zwei Krankenpflegerinnen vor der Tür, die meinen Vater gefragt haben, wie es ihm gehe. Mein Vater konnte nur mehr Ja sagen, und so, wie er das tonalisiert hat, habe ich seinen Gemütszustand verstanden. Zwei Wochen später ist dann ein Einschreibebrief ins Haus geflattert, mit dem uns mitgeteilt wurde, dass mein Vater in die untere Pflegestufe eingestuft worden sei. Meine Mutter war daraufhin verzagt. Ich habe sie beruhigt und habe ihr gesagt, dass man hier sicher einen Einspruch machen müsse. Mit Verwunderung habe ich dann festgestellt, dass ich als Sohn kein Einspruchsrecht hatte. Meinem Vater war es unmöglich, selbst Einspruch zu erheben. Demzufolge hätte ich meinen Vater als unmündig erklären müssen, was natürlich schwerwiegend gewesen wäre. Der Gesundheitszustand meines Vaters habe sich laut Amt verbessert, und zwar so gut, dass er einige Monate danach leider verstorben ist. Soviel zum Thema Pflegesicherung!

Auch das, was die Kollegin Artioli zum Thema Patronat gesagt hat, stimmt. Man muss hier Glück haben. Gehe ich zur Gewerkschaft oder zum KVW? Welche Hilfe suche ich mir? Ich habe festgestellt, dass es zwar einige Spezialisten für besondere Fälle gibt, wobei aber niemand imstande ist, auf konkrete Einzelfälle einzugehen. Ich finde es also nur richtig, dass ein Beschlussantrag eingebracht worden ist, mit dem ein Einheitsschalter für diese Personen gefordert wird. Wir werden diesen Beschlussantrag also mittragen.

**SCHIEFER (SVP):** Werter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Grundsätzlich kann ich mit der Begriffsbestimmung eines sozialen Einheitsschalters für Invaliden nicht viel anfangen. Ich kann mir vorstellen, dass es bei den Patronaten einen Schalter gibt, an den sich die Invaliden hinwenden können, aber ich glaube nicht, dass wir einen zusätzlichen Schalter nur für die Invaliden schaffen sollten. Da gibt es ja schon Möglichkeiten in den Sprengeln und bei den Patronaten. Ich habe vielmehr ein Problem damit, dass dauernd die Arbeit der Einstufungsteams in Frage gestellt wird. In den vielen Jahren meiner Arbeit in der Bezirksgemeinschaft haben wir permanent mit Einstufungsteams zu tun gehabt. Wir waren immer sehr zufrieden mit der Arbeit der Einstufungsteams. Wennschon, dann kann man sagen, dass vielleicht die Kriterien zu überarbeiten sind, aber bestimmt nicht die Arbeit der Einstufungsteams. Die tun ihr möglichstes und gehen nach den Kriterien und nach dem Programm vor. Ich weiß, dass die zuständige Landesrätin die Notwendigkeit erkannt hat, dass einige der Kriterien zu überarbeiten sind. Allerdings darf man auch nicht zu großzügig sein, denn dann reicht das Geld nicht. Man muss also die Rolle der Einstufungsteams richtig sehen. Natürlich haben sie die Aufgabe, aufgrund der geltenden Kriterien und Anweisungen zu schauen, dass nur jene das Geld bekommen, die es unbedingt brauchen. Da müssen wir ansetzen. Stellen wir bitte nicht die Arbeit der Angestellten im Sozialbereich in Frage.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Im letzten Teil der Prämissen steht geschrieben, dass man auch für Sozialdienste eine Vereinfachung ins Auge fassen und einen Einheitsschalter einrichten sollte, an den sich die Bürger wenden können. *"Dieser wird dann alle erforderlichen Schritte für eine etwaige Unterstützung oder Pflege ergreifen."* Wenn man das liest, dann denkt man sich, dass das schon eine gute Sache wäre. Vielleicht kann uns die Einbringerin des Beschlussantrages sagen, wie sie sich das praktisch vorstellt.

In Punkt b) des beschließenden Teiles des Beschlussantrages steht: *"b) Die Tätigkeit der Einstufungsteams und die Kriterien für die Hauspflegeuntersuchung zu überprüfen"*. Es wäre einmal interessant zu wissen, wie die Kriterien ausschauen. Man möge es mir verzeihen, wenn ich die Kriterien nicht auswendig kenne. Vor ein, zwei Jahren hatte man auf jeden Fall den Eindruck, dass versucht wurde, die Höchststufen zu reduzieren bzw. zurückzustufen. Das hat man damals von sehr viele Leuten gehört. Jeder, der selbst Eltern hat oder mit älteren Leuten zu tun hat, weiß, wie sehr die Leute, wenn Fremde kommen, darauf bedacht sind, möglichst vieles von ihren Unzulänglichkeiten und Gebrechen zu verstecken. Wir wissen, dass in sehr vielen Fällen nicht die Wahrheit herauskommt. Die Leute haben einfach Scham, die Situation zuzugeben. Das muss man auch bedenken.

*"Gezielte Änderungen an Landesgesetzen und Verordnungen des Landes in Erwägung zu ziehen und für die Ausbildung der Schalterbeamten in den Patronaten zu sorgen, damit deren Dienst verbessert werden kann."* Das ist die Frage. Wenn man einen Einheitsschalter macht, der alle Informationen liefern kann, dann frage ich mich, ob die Patronate auch noch diese Dienste anbieten sollen.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um auf zwei Aspekte hinzuweisen. Zum einen würde ich die Landesrätin ersuchen, mit den zuständigen Stellen eine Lösung bezüglich der Einstufungskriterien zu finden und diese unter zwei Aspekten zu betrachten. Es gibt Personengruppen, die aufgrund einer Erkrankung einen wechselnden Status haben. Das gilt beispielsweise dann, wenn jemand an Krebs erkrankt und zum Pflegefall wird oder wenn sich der Gesundheitszustand von älteren Personen verschlechtert. Es gibt aber auch den Aspekt der dauerhaft Kranken. Ich nehme hier als Beispiel Patienten mit Trisomie 21 her. Da bekommen wir immer wieder Beschwerden von Personen, die sagen, dass es im Grunde genommen erniedrigend ist, wenn man hergehen und sich diese Erkrankung jedes Mal aufs Neue bestätigen lassen muss. Im Grunde genommen soll nicht die Fortentwicklung des Stadiums dieser Krankheit dokumentiert werden, sondern die Patienten fragen: "Was soll man denn hier Neues finden?" Man soll hier wirklich Wert darauf legen, einmal unterschiedliche Kriterien festzulegen.

Zur Einstufung der Pflegebedürftigen. Wir selbst haben eine 92-jährige Person bei uns im Haus. Bei uns war auch vor kurzem eine Gruppe da, die eine Einstufung vorgenommen hat. Eine Frage, die dabei immer gestellt wird, ist: "Können Sie sich noch selber die Zähne putzen?" Diese Frage wurde natürlich mit Ja beantwortet. Nicht erhoben wurde aber, ob diese Person noch in der Lage ist, alleine vom Bett bis ins Badezimmer zu gehen. Das ist nur ein Beispiel, an dem ersichtlich wird, dass die Patienten in diesen Situationen versuchen, sich so gut als möglich darzustellen. Man muss aber auch unterscheiden, dass es Pflegefälle gibt, an denen es manchmal einen guten Tag gibt, dann aber auch Tage, an denen gar nichts geht. Das muss auch berücksichtigt werden. Es kann nicht nur ein Tag herausgepickt werden, an dem sich ein Patient versucht zusammenzureißen und seine letzte Kraft dafür zu verwenden, sich gut darzustellen.

Ein Letztes noch. Ich würde Sie bitten anzuregen, dass das Landesamt Bescheinigungen ausstellen kann, dass in Südtirol kein Pflegegeld ausgezahlt wird. Ich weiß, dass es viele Patienten gibt, die privat versichert sind und private Beihilfen bekommen. Die brauchen eine Bestätigung vom Land, dass sie keine Beihilfen des Landes Südtirol bzw. des Staates bekommen. Hier handelt es sich um eine ganz einfache Erklärung, dass derartige Pflegegeld in Südtirol nicht ausgezahlt wird.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Vede assessore che parlando assieme vengono fuori tante novità, perché purtroppo il sistema non funziona. A me spiace che Lei abbia usato il consigliere Schiefer come "cavaliere" per la Sua difesa. Noi non volevamo dire che i servizi sociali non funzionano, nella mozione non c'è scritto questo. Io chiedo solo di creare uno sportello unico dove il cittadino trovi tutte le informazioni. Non possiamo dire che i patronati non possano dare questo servizio, esistono su tutto il territorio italiano e non possiamo togliere loro la funzione di dare tutte le informazioni. Ma non hanno tutte le informazioni. Se esistesse lo sportello unico il cittadino potrebbe scegliere qual dei due servizi preferire. Adesso non ha scelta, il cittadino deve andare al patronato sperando di trovare l'addetto che sappia qualcosa, che non sia stato assunto ieri e che non dia le informazioni sbagliate. Voi tutti avete fatto l'esperienza che gli anziani quando arriva la commissione a casa fanno finta di stare benissimo, ma questo non aiuta la famiglia. Bisogna essere obiettivi e riconoscere questo comportamento da parte degli anziani. Gli uomini anziani quando si vedono arrivare a casa 4 signorine giovani danno il meglio di loro stessi, ho sentito i familiari sgridare l'anziano quando queste andavano via, perché non erano capaci neanche di andare in bagno da soli e a loro dicevano di stare benissimo! Ma anche le donne anziane lo fanno, perché hanno una dignità. Vogliono essere vestite bene quando arriva la commissione, ecc. Questo lo dobbiamo capire! Come dobbiamo capire che ci sono diverse invalidità. Abbiamo chi si è fatto male sul lavoro, abbiamo chi ha un problema psichiatrico, abbiamo chi ha avuto una malattia rara.

Collega Schiefer, Le chiedo di rivedere la Sua posizione di diniego, visto che tutti i colleghi sono d'accordo nel rivedere i criteri per vedere se c'è la possibilità di dare un servizio in più. Noi chiediamo di aprire almeno uno sportello a Bolzano, non chiediamo di aprirne uno in ogni distretto, in modo che il cittadino abbia la certezza che se va lì capisce esattamente come funziona il sistema, invece che dover andare in giro a raccogliere informazioni a destra e a sinistra. Se poi l'assessore analizza la richiesta e dice che aprire uno sportello unico a Bolzano o a Merano costa troppo, a quel punto lasciamo perdere, però almeno proviamo a studiare il sistema. Assessora, lo stesso Suo difensore Schiefer dice che i criteri sono da cambiare. È inutile votare contro la mozione e nello stesso tempo dire che in effetti c'è qualcosa da cambiare. Analizziamo prima tutta la situazione e poi decidiamo come intervenire. Possiamo anche sospendere la mozione, basta che l'assessore inviti poi i rappresentanti dell'opposizione ad un tavolo tecnico dove possiamo vedere tutta la situazione, e poi si renderà conto da sola che nel sistema c'è qualcosa che non funziona.

**PRÄSIDENT:** Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

**ABGEORDNETE:** *(unterbrechen)*

**PRÄSIDENT:** Ich habe gefragt, ob jemand von der Landesregierung das Wort ergreifen will, und nachdem die Kollegin Artioli bereits repliziert hat, bringe ich den Beschlussantrag nun zur Abstimmung.

Frau Abgeordnete Klotz, bitte.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich möchte etwas zur Klärung sagen. Ich hätte sofort gesagt, dass die Frau Landesrätin antworten soll, aber ich war davon überzeugt, dass die Kollegin Artioli noch eine gewisse Restzeit für die Erläuterung ihres Beschlussantrages übrig hat. Sonst hätte ich sicher etwas gesagt!

**PRÄSIDENT:** Es ist zunächst vorgesehen, dass der Einbringer/die Einbringerin den Beschlussantrag erläutert. Danach können die Abgeordneten dazu Stellung nehmen. Nachdem niemand mehr das Wort ergreifen wollte, auch nicht die Landesregierung, hat die Kollegin Artioli das Wort ergriffen. Das war dann theoretisch die Replik. Wenn das Plenum einstimmig will, dass die Landesregierung Stellung nimmt, dann geht mir das schon in Ordnung.

Herr Abgeordneter Leitner, bitte.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich spreche mich nicht dagegen aus, aber ich möchte schon, dass die Mitglieder der Landesregierung zumindest mitbekommen, wenn sie angesprochen werden.

**PRÄSIDENT:** Gut, dann erteile ich Landesrätin Stocker das Wort für die Stellungnahme seitens der Landesregierung.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Vorausschickend zu diesem Beschlussantrag möchte ich sagen, dass es hier um zwei unterschiedliche Bewertungen geht. Eines ist die Bewertung der Zivilinvalidität. Hier haben wir uns an die staatlichen Vorgaben zu halten. Hier geht es auch um ein staatlich vorgegebenes System, laut welchem die Zivilinvalidität festgestellt wird. Da gibt es eine erste und eine zweite Instanz. In der Zwischenzeit ist es auch so, dass die Zeiten, die der Kollege Blaas angegeben hat, längst schon überholt sind. Die Einstufungen erfolgen viel schneller, wobei es inzwischen auch in der Berufungskommission annehmbare Zeiten gibt. Wie gesagt, hier geht es um die Feststellung, welchen Grad an Invalidität jemand hat und ob das eine permanente Invalidität ist oder ob es sich um eine Invalidität handelt, die eine Überprüfung nach einer bestimmten Zeit erfordert.

Etwas anderes ist die Einstufung der Pflegebedürftigkeit. Es kann durchaus sein, dass jemand aufgrund einer Krankheit als Zivilinvalid und somit nicht als jemand eingestuft wird, der die Notwendigkeit einer Pflege hat. Es muss ja nicht unbedingt sein, dass jemand, der eine Krankheit hat, auch pflegebedürftig ist. Es kann aber natürlich auch sein, dass beides zutrifft. Auf alle Fälle sind das zwei getrennte Geschichten.

Was die Information der Menschen anbelangt, haben wir geglaubt, dass es das Beste wäre, wenn die Menschen die Möglichkeit hätten, sich bei unterschiedlichen Stellen umfassend zu informieren. Wenn wir jetzt einen Einheitsschalter nur für Zivilinvaliden hätten, so könnten sich diese Menschen dort zwar über alles informieren, was Zivilinvalidität anbelangt, aber sie haben in der Regel ja auch den Bedarf an weiteren Informationen. Insofern glaube ich nach wie vor, dass unser System das Beste ist. Sie können sich das Patronat selber aussuchen, wobei ich sagen muss, dass die Leute in der Regel auch gut informiert werden. Ich will nicht behaupten, dass das überall der Fall ist.

Ich nehme diesen Beschlussantrag als Auftrag an, dass wir die Information verbessern müssen. Ich möchte darauf hinweisen, dass es bereits einen Einheitsschalter betreffend das Pflegegeld und die Zivilinvalidität gibt, der bei der ASWE angesiedelt ist. Wir haben im Omnibus-Gesetz vorgesehen, dass es in den Sprengeln eine Person gibt, die für die gesamte Information zur Pflege zuständig ist. Wir haben das mit dem Stichwort "Pflege aus einer Hand" bezeichnet, sodass jemand dort wirklich umfassende Informationen bezüglich der Pflege erhält. Das werden wir in allen Sprengeln einrichten, wobei es in einigen Sprengeln bereits so ist. Insofern sind wir absolut in diese Richtung weg.

Dass es Verbesserungspotential gibt, will ich gar nicht bestreiten. Das gilt auch für die Kriterien, und ich bin auch bereit, diese dann im Landtag vorzustellen. Wir haben ja einen Beschlussantrag genehmigt, der uns beauf-

tragt hat, eine Reihe von Fragen in Zusammenhang mit der Pflegesicherung zu beantworten. Dabei werden auch die Kriterien eine Rolle spielen.

Was die Frage des Kollegen Knoll der Ausstellung einer Bestätigung anbelangt, so lasse ich gerne überprüfen, ob das möglich ist bzw. ob es akzeptiert wird, wenn wir es als zuständiges Landesamt machen. Ich nehme das also als gute Anregung auf.

Wenn gesagt wird, dass unterschiedliche Fachleute die Beurteilung vornehmen, dann muss man zwischen den zwei Dingen unterscheiden, die ich vorher schon genannt habe. Eines ist die Einstufung nach Zivilinvalidität. Dort nehmen immer Ärzte die Einstufung vor. Beim Pflegegeld sind es hingegen andere Fachleute, weil die Kriterienüberprüfung und Einstufung eine andere ist. Ich glaube auf jeden Fall, dass die Überprüfung sehr gut gemacht wird. Wenn gesagt wird, dass man in letzter Zeit strenger vorgehen oder versuchen würde, Menschen zurückzustufen, so hat das damit zu tun, dass es am Anfang eine Probephase gegeben hat. Ich glaube, dass wir das System jetzt sehr stark objektiviert haben und dass es im ganzen Land einheitlich gehandhabt wird, was im einen und anderen Fall zu einer Einstufung in eine andere Pflegestufe geführt hat. Es ist aber nicht so, dass es hier irgendeine Vorgabe gegeben hätte, dass man sparen und deshalb die Pflegestufen nach unten korrigieren muss.

Ich komme noch einmal auf die Fragestellungen, die wir in Zusammenhang mit einem genehmigten Beschlussantrag beantworten werden, zurück. Dann können wir die Thematik noch einmal aufgreifen. Was insgesamt den Einheitsschalter anbelangt, haben wir im Grunde genommen alles getan, was man tun kann. Einerseits gibt es die Flexibilität der Patronate, die wirklich umfassend informieren. Auf der anderen Seite gibt es den Einheitsschalter beim ASWE und den Einheitsschalter bei den Sprengeln. Deshalb glaube ich, dass wir diesbezüglich schon alles getan haben. In diesem Sinne würde ich den Beschlussantrag ablehnen.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Chiedo al presidente di sospendere la votazione della mozione. Mi informerò su quanto ha detto riguardo gli sportelli unici. Ne riparleremo fra sei mesi se la situazione sarà migliorata e vedremo se, come dice Lei, assessora, la gente potrà andare ad informarsi non solo presso i patronati ma anche a questi sportelli unici.

**PRÄSIDENT:** Die Behandlung des Beschlussantrages wird also ausgesetzt.

Punkt 10 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 226/14 vom 2.10.2014, eingebracht vom Abgeordneten Köllensperger, betreffend Gefahrgutalarm entlang der Brennerbahn."**

Punto 10) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 226/14 del 2/10/2014, presentata dal consigliere Köllensperger, riguardante allarmi chimici lungo la ferrovia del Brennero."**

*In regelmäßigen Abständen ereignen sich entlang der Brennerbahn bei der Beförderung von Gefahrgut mit der Bahn Unfälle: eine untragbare Situation, die zwingend einer Lösung zuzuführen ist. Neben den objektiven Gefahren für die Bevölkerung, die in den Ortschaften entlang der Bahnstrecke lebt, sind auch die Kosten, die Gefahren, denen die Feuerwehrleute ausgesetzt sind, und die Unterbrechung des Bahn- und Straßenverkehrs aufgrund der temporären Absperrung der Straße und der Bahnstrecke zu berücksichtigen. Im Gegensatz zu den verschiedentlich geäußerten Behauptungen, auch vom Landeshauptmann Kompatscher in einer Pressemitteilung vom 25. September 2014, existiert bereits eine gesetzliche Regelung hierfür. Es ist daher nach anderen Lösungen zu suchen.  
Aus diesen Gründen*

*verpflichtet  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung,*

- 1. bei der für die Trassenplanung und den Halt der Züge in den Bahnhöfen zuständigen Bahninfrastrukturgesellschaft RFI zu intervenieren, damit sich die Güterzüge, die Gefahrgut transportieren, (wie bereits in der Vergangenheit) nicht länger als 30 Minuten am Brenner aufhalten, um problematische Druckveränderungen in den Kesselwagen zu vermeiden;*
- 2. bei RFI zu intervenieren, damit strenge Strafen eingeführt werden, die die privaten Eisenbahntransportunternehmen dazu zwingen, die Haltezeiten am Brenner einzuhalten;*
- 3. den Landtag sowohl über die Anzahl der Güterzüge, die in den letzten fünf Jahren den Brenner sowohl nach Norden als auch nach Süden überquert haben, als auch über den entsprechenden*

*Anteil der Güter nach der Regelung zur internationalen Beförderung gefährlicher Güter im Schienenverkehr (RID) zu informieren.*

-----  
*L'insostenibile situazione creata dalle periodiche emergenze chimiche che si verificano lungo la ferrovia del Brennero a causa dei passaggi di trasporti di merci pericolose deve essere risolta. All'oggettivo pericolo che si fanno correre alle popolazioni dei centri urbani attraversati dalla ferrovia, si devono sommare i costi e i rischi che i vigili del fuoco devono sopportare e i disagi al traffico ferroviario e stradale causato dalle temporanee chiusure al traffico di strade e ferrovia. A differenza di quanto affermato da più parti, anche dallo stesso presidente Kompatscher in un comunicato ufficiale del 25 settembre 2014, una precisa normativa è già in vigore. Vanno quindi cercate soluzioni diverse. Ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
 impegna*

*la Giunta provinciale:*

- 1. ad intervenire presso Rfi – che determina le tracce e le soste dei treni nelle stazioni – al fine di limitare la sosta al Brennero dei treni merci adibiti a trasporto di merci pericolose non oltre i 30 minuti (come già accadeva in passato), in modo da evitare le problematiche variazioni di pressione che possono verificarsi nelle cisterne;*
- 2. ad intervenire presso Rfi affinché preveda uno stringente regime sanzionatorio che costringa le società private di trasporto ferroviario a rispettare i tempi di sosta previsti a Brennero;*
- 3. ad informare il Consiglio provinciale in merito al numero di treni merci transitati dal Brennero negli ultimi cinque anni e nel 2014, sia in direzione nord che sud evidenziando la percentuale di merci classificate Rid sul totale delle merci trasportate.*

Herr Abgeordneter Köllensperger, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Danke, Herr Präsident! Dieses Thema konnte man in den letzten Wochen und Monaten häufig den Zeitungen entnehmen. Deshalb wollte ich schauen, ob man das auch im Landtag thematisieren und eventuell eine Möglichkeit finden kann, um diese Risiken auszuschließen. Es geht um die Gefahrguttransporte mittels Eisenbahn. Wir wissen ja, dass es am Brenner bereits mehrere Alarme gegeben hat. Hier handelt es sich zweifelsohne um eine Risikosituation. Wir alle erinnern uns noch an das, was in Viareggio passiert ist. So schlimm wird es bei uns hoffentlich nicht sein, aber ausschließen kann man es nicht. Diese Transporte durchqueren unsere Städte, haben aber besonders am Brenner eine hohe Risikosituation, weil die Züge dort aus den bekannten Gründen stehen bleiben müssen. Durch die Höhe und den Temperaturunterschied ergeben sich Druckschwankungen, weshalb ein Austritt dieser gefährlichen Substanzen möglich ist. Das ist ja auch schon mehrmals geschehen. Es ist mir durchaus klar, dass dem Land Südtirol hier die nötige Zuständigkeit fehlt, auf diese Gefahrguttransporte gesetzlich Einfluss zu nehmen. Aus diesem Grunde zielt dieser Beschlussantrag auch darauf ab, bei RFI Einfluss zu nehmen, damit sich die Güterzüge, die Gefahrgut transportieren, nicht länger als höchstens 30 Minuten am Brenner aufhalten, um die problematischen Druckveränderungen an den Kesselwägen zu minimieren. Außerdem soll bei RFI interveniert werden, damit strenge Strafen eingeführt werden, die die privaten Eisenbahnunternehmen de facto dazu zwingen, diese Haltezeiten auch einzuhalten. Im dritten Punkt wird dazu aufgefordert, den Landtag über die Anzahl der Güterzüge zu informieren, die in den letzten Jahren nach Süd und Nord Gefahrguttransporte getätigt haben.

Dies ist ein gangbarer Weg, der das Risiko minimieren, natürlich nicht ganz ausschließen würde. Mehr kann man mit den Zuständigkeiten, die wir haben, nicht tun. Es wäre aber ein großer Fortschritt im Vergleich zur heutigen Situation. Deshalb wäre es mein Wunsch an den Landtag und an die Landesregierung, dass diese Mindestmaßnahmen so schnell wie möglich getroffen und dieser Beschlussantrag unterstützt wird.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Das ist ein durchaus akzeptabler Beschlussantrag. In Bezug auf Punkt 3 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages bin ich aber der Meinung, dass dieser mehr eine Anfrage als Teil eines zu fassenden Beschlusses ist, da es hier nur um Informationen geht, die man auch mittels einer Anfrage einholen könnte. Der Kollege Leitner hat auf eine entsprechende Anfrage hin auch schon die eine oder andere Antwort erhalten. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass man zu gewissen Zeiten und in gewissen Abständen immer wieder von solchen Chemiealarmen am Brenner erfährt. Ich hätte hierzu eine Frage. Verrechnen die Frei-



willigen Feuerwehren diese Einsätze umfassend und vollständig? Ich bin mir sicher, dass die Transportunternehmen und Speditionsfirmen ausreichend versichert sind.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Die Situation ist konstant und chronisch bedenklich. Seit vielen Jahren treten solche Schadensfälle auf, die der Beschlussantrag des Abgeordneten Köllensperger aufgreift. Es ist vor allem in den Sommermonaten eine gehäufte Problemsituation festzustellen, vor allem aufgrund der Temperaturunterschiede zwischen dem Talboden und dem Brenner, wo sich der Überdruck systematisch abbaut, was dazu führt, dass die Ventile Gase freisetzen. Es kommt relativ selten zu einer wirklich gefährlichen Situation, aber es tritt stets die Frage des Risikos in den Mittelpunkt. Es laufen wirklich Gefahrguttransporte durch Südtirol, die am Brenner stoppen, über die es keinerlei ausreichende Information gibt. Bis dato gibt es nämlich keine Verpflichtung, entsprechende Informationen zu liefern. Am Brenner entsteht dann die akute Bekämpfungssituation, die vor allem zu Lasten der Freiwilligen Feuerwehren von Gossensass/Brenner und der weiteren Freiwilligen Feuerwehren im Wipptal geht. Es hat auch durchaus riskante Situationen gegeben, in denen Schutzanzüge angezogen werden mussten. Es gab aber auch viele Fälle von Nullnummern, weil es keine Risikosituation gegeben hat. Die Feuerwehren sind aber trotzdem brav ausgerückt, um stundenlang auf die Abkoppelung der Wagen zu warten, bevor sie zum Einsatz kamen. Das ist wirklich kein Zustand und es ist auch nicht verständlich, dass RFI nicht imstande ist, am Brenner eine Einsatzgruppe einzurichten, die zumindest die einfachen Schadensfälle entschärfen könnte. Das ist eine Situation, die auch von den Feuerwehren, die lange geduldig waren, schärfstens kritisiert wird. Es hat inzwischen auch eine Dienststellenkonferenz mit Regierungskommissarin Margiacchi gegeben, wobei ich nicht genau weiß, was dabei herausgekommen ist. Vielleicht können hierzu ja ein paar Angaben gemacht werden.

Auch die Frage der Entschädigung ist anzudenken, denn die Feuerwehren haben bei diesen Anlässen bisher immer durch die Finger geschaut. Hinzu kommt, dass die austretenden Schadstoffe am Brenner den Boden ziemlich verseuchen, auch zum Schaden der Anwohner. Es gibt leider Gottes auch Hinweise darauf, dass Mitarbeiter, die am Brenner beschäftigt sind, unter ernststen Erkrankungen leiden. Es gibt also schon eine Kumulierung von Problemen, und deshalb stimmen wir dem Beschlussantrag zu.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Allein das wäre schon ein Grund dafür, das Asylantenheim nicht am Brenner zu machen. Ich bin da nicht so optimistisch, wie der Kollege Heiss, und sehe die Gefahr am Brenner wesentlich größer. Das Problem besteht ja darin, dass man teilweise zu Einsätzen gerufen wird, bei denen man nicht einmal weiß, um was es sich handelt. Die Feuerwehren werden mit Situationen konfrontiert, in denen es plötzlich um einen Gasaustritt geht oder erhebliche Explosionsgefahr besteht. Ich würde den Landesrat um eine Auskunft bitten, und zwar inwieweit es dem Land Südtirol möglich ist, von den zuständigen Stellen eine bindende Auskunft darüber zu erhalten, wann welche Transporte durch Südtirol getätigt werden bzw. ob es möglich ist, gewisse Gefahrguttransporte auf dieser Strecke zu unterbinden. Für die Brennerautobahn wurden in den letzten Jahren Maßnahmen erlassen. Auch das Rollmaterial auf der Schiene spielt eine Rolle. Vor einigen Jahren wurde aufgezeigt, welches Rollmaterial gerade beim Gütertransport zum Einsatz kommt. Welchen Spielraum hat das Land Südtirol, um derartige Transporte zur Sicherheit der Bevölkerung zu unterbinden?

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** Darò il mio voto favorevole a questa mozione che prevede un intervento chiaro, un intervento fra i tanti che potrebbero essere messi in campo per affrontare quella che può essere definita un'autentica emergenza considerato l'alto numero di allarmi che ha coinvolto in maniera pesante l'abitato di Brennero. Ma il problema non è solo quello di Brennero. Ecco perché si a questa mozione, che apre una finestra su un tema importante dove affronta, sulla base di presupposti di legge che hanno la necessità di essere fatti rispettare, però ci dà il pretesto di aprire un ragionamento che deve essere più ampio e auspichiamo possa essere compreso nella sua integrità e completezza. Il problema del transito lungo la linea ferroviaria di questi trasporti coinvolge tutti gli abitati che si affacciano sulla linea ferroviaria, quindi molto oltre l'abitato di Brennero dove gli allarmi sono più ricorrenti anche in virtù di tutta una serie di manovre che vengono effettuate sui treni - ecco la ragione di questa mozione - che determinano questa serie di evidenti e necessari allarmi.

Molte volte ci siamo trovati a parlare di collaborazione transfrontaliera e di necessità di coordinare le politiche al di là della frontiera del Brennero, non c'è argomento come questo che più ci invita a sviluppare questo tipo di pressione affinché si armonizzino le azioni che da parte dei gestori di questi trasporti devono essere messe in campo per evitare che all'origine possa esserci la causa scatenante di questi allarmi. Se i treni merci vengono sottoposti ad un controllo nel momento in cui arrivano in Italia e si fermano alla stazione di Brennero, se esiste un

problema, esso viene determinato in quel momento e in quel posto. Il problema invece ha la necessità invece di essere affrontato a monte, e questo si può fare solo attraverso una forma di coordinamento delle azioni e delle responsabilità.

Questo è un approccio significativo e importante rispetto al tema, altrimenti non risolveremo mai il problema o ce lo nasconderemo sotto il tappeto, perché che questi treni si fermino o meno al Brennero per un certo lasso di tempo comunque proseguono il loro viaggio, e sappiamo che è molto spesso durante la percorrenza di una tratta ferrata che accadono incidenti di portata anche inaudita come è accaduto purtroppo a Viareggio. E quelle immagini le conserviamo di fronte a noi e alla nostra coscienza con una grandissima impressione.

Si a questa mozione, la quale sia però di pretesto per aprire un confronto molto più ampio che deve riguardare lo sviluppo del trasporto non solo focalizzato nella sosta a Brennero.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Über dieses Thema haben wir im Landtag immer wieder diskutiert. Meistens muss ein Unfall passieren, bis man das Thema wieder aufgreift, wie auch in diesem Fall geschehen. Ich habe dazu eine Anfrage eingereicht, wobei aus der Antwort von Landesrat Schuler hervorgeht, wo die Kompetenzen liegen, was die Menschen wissen und was nicht. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass durch unser Land Gefahrgut transportiert wird, das wir nicht kennen. Es gibt keine Meldepflicht, außer für radioaktive Transporte, von denen es hoffentlich nicht so viele geben wird. In diesem Zusammenhang stellt sich automatisch die Frage, was morgen beim Brennerbasistunnel passieren wird. Ich erinnere, dass es vor einigen Jahren einen schweren Chemie-Unfall in einem Tunnel in der Toskana gegeben hat, bei dem dutzende Menschen gestorben sind. Solche Unglücke haben wir hoffentlich nie, aber auszuschließen ist es nicht. Die Ersten, die bei Unglücken auf den Plan gerufen wird, sind die Feuerwehren. Deshalb muss man sich die Frage stellen, ob unsere Feuerwehren wirklich dazu ausgebildet sind, solchen Gefahren zu begegnen. Dort schauen sie nicht mehr durch die Finger, Kollege Heiss, sondern meistens durch die Gasmaske. Die Versicherungsgeschichte ist wieder eine andere. Das einzige, was scheinbar gezählt sind, sind die Gefahrguttransporte auf der Straße. Dort gibt es eine Überwachungsmöglichkeit. Ich weiß nicht, wie das technisch funktioniert. Nachdem die Bevölkerung hier großen Gefahren ausgesetzt ist, müssen meiner Meinung nach Vorinformationen stattfinden. Aus der Antwort auf die vorher genannte Anfrage geht auch hervor, dass bei Notsituationen zunächst die Feuerwehr gerufen wird und dann andere Behörden wie die Landesumweltagentur, die Motorisierung, die Polizei und, falls eine Straftat vorherrscht, auch die Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft kommt sicher immer erst dann, wenn ein Unglück passiert ist. Dann ist es natürlich reichlich spät. Wichtig ist, dass hier soweit als möglich Aufklärung erfolgt und dass man vorbereitet ist. Ich weiß, dass die Zuständigen tun, was sie können, aber ich frage mich, ob es richtig ist, die Feuerwehren hinzuschicken. Ich war ja selber beim Zoll und kann mich an einen Vorfall erinnern, wo ein Spediteur nichts Besseres zu tun wusste, als den Deckel zu öffnen. Gott sei Dank ist nichts passiert. Auf alle Fälle ist das ein Problem, das wir nicht unterschätzen dürfen.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Es ist wirklich erstaunlich, was unsere Feuerwehren hier riskieren. Sie riskieren Kopf und Kragen, wenn man sieht und hört, was da alles unterwegs ist. Ich kann mich noch daran erinnern, als Müll von Neapel nach Hamburg transportiert wurde, der radioaktiv verseucht war und Gott sei Dank gestoppt wurde. Das ist schon bedenklich. Wenn man jetzt hört, dass die gesamten Zuständigkeiten bei RFI liegen, dann ist das ein weiteres Pluspunkt für unseren Begehrensantrag, mit dem wir fordern, dass sämtliche Zuständigkeiten von RFI an das Land übergehen. Sie haben ja auch einen Vertreter in Brüssel, der in dieser Hinsicht intervenieren könnte. Er sollte wirklich aktiv werden, denn sonst riskieren wir hier früher oder später Menschenleben. Das darf es nicht sein.

**SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Zivilschutz und Gemeinden - SVP):** Es werden auf verschiedene Art und Weise Gefahrgüter über den Brenner bzw. über die Grenzen transportiert. Die Situation ist heute insofern eine andere, als es nicht mehr die Grenzkontrollen gibt, wie es sie früher einmal gegeben hat. Deshalb ist es schwieriger geworden, zu kontrollieren, was gerade unterwegs ist, unabhängig davon, ob auf der Straße oder auf der Schiene. Im Bereich der Autobahn hat man das Problem insofern gelöst, als es ein automatisches System gibt, das jeden Lkw, der den Grenztunnel am Brenner passiert, erfasst. Somit weiß man genau, welche Güter auf der Brennerautobahn unterwegs sind. Beim Zug ist es wesentlich schwieriger, da ein solches System auf der Schiene nicht möglich wäre. Man versucht, ein ähnliches System einzuführen, damit man zeitgenau weiß, was gerade unterwegs ist.

Man muss sich darauf konzentrieren, am Brenner Kontrollen durchzuführen. Dafür braucht es natürlich eine bestimmte Zeit. Deshalb bezweifle ich, dass es möglich ist, eine Regelung einzuführen, die vorsieht, dass sich Züge nicht mehr länger als 30 Minuten am Brenner aufhalten können. Das würde zwar dem entgegenwirken, dass sich aufgrund des Druckausgleichs Ventile öffnen. Es würde aber auch heißen, dass weniger Kontrollen gemacht werden könnten. Wir wissen ja, dass die Züge, die durch das Eisacktal fahren, verschiedenen Tunnels passieren und die Stadt Bozen durchqueren müssen. Es ist also fraglich, ob so eine Maßnahme zielführend wäre. Man versucht schon seit Jahren, entsprechende Maßnahmen zu setzen. Die vorhergehende Landesregierung hat in Zusammenarbeit mit dem Regierungskommissariat versucht, Änderungen zu bewirken, was nicht ganz einfach ist. Die Normen sind oft derart kompliziert und verschachtelt, dass es schwierig ist, den Schuldigen bzw. Zuständigen ausfindig zu machen. Die neue Landesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, einiges in diese Richtung zu verstärken. Es ist Tatsache, dass es heuer vermehrt solche Vorfälle gegeben hat. Im Jahr 2014 waren es elf, wobei man dazu sagen muss, dass ein einziger Vorfall effektiv zu einer Gefahrensituation geführt hat. Die anderen waren sogenannte Bagatell-Vorfälle, also Falschalarne. Die Feuerwehren wurden alarmiert, aber am Ende hat sich herausgestellt, dass zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr bestand. Wir wollen auf internationaler und staatlicher Ebene intervenieren, um die Normen zu verbessern. Auf Landesebene wollen wir gemeinsam mit dem Schienenbetreiber RFI nach Lösungsansätzen suchen. Der Kollege Heiss hat richtigerweise angesprochen, dass es bereits Treffen mit dem Regierungskommissariat gegeben hat. Es hat auch Treffen mit den Feuerwehren, mit RFI und anderen gegeben. Eine Maßnahme könnte auch sein, dass man zeitgleich mit den Feuerwehren auch die Eisenbahntechniker informiert, um schneller feststellen zu können, ob es sich um einen ernstesten Vorfall handelt oder nicht. Außerdem sollen auch die Kontrolleure geschult werden. Man hat also schon versucht, Maßnahmen zu treffen, um der Situation Herr zu werden. Wie gesagt, es ist fraglich, ob es sinnvoll ist, eine Regelung einzuführen, dass die Züge am Brenner nicht länger als 30 Minuten halten dürfen. Ich glaube, dass man das schon noch einmal überprüfen sollte.

Zur Frage, ob die Feuerwehren diese Kosten verrechnen, Folgendes: In der Regel ist es so, dass die Feuerwehren für den Ersteinsatz nichts verrechnen, für den Zweiteinsatz aber sehr wohl. Hier sind entsprechende Beträge verlangt worden.

Ich würde darum ersuchen, die Behandlung des Beschlussantrages auszusetzen, damit wir überprüfen können, ob so eine Maßnahme sinnvoll sein könnte. Was die Daten anbelangt, könnten diese auch mittels einer Antwort auf eine Anfrage mitgeteilt werden. Es ist sicher kein Problem, diese an die Abgeordneten weiterzuleiten, sobald wir über diese verfügen.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Umformulieren würde ich ungern. Dann wäre es mir lieber, wenn die Landesregierung überprüft, ob die 30 Minuten ausreichen, um Kontrollen durchzuführen. Ich setze die Behandlung des Beschlussantrages also aus.

**PRÄSIDENT:** Somit wird die Behandlung des Beschlussantrages ausgesetzt.

Punkt 11 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 240/14 vom 20.10.2014, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend das Finanzabkommen und das Abkommen zu den Militärarealen müssen nachverhandelt und nachgebessert werden".**

Punto 11 dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 240/14 del 10/10/2014, presentata dal consigliere Pöder, riguardante: l'accordo finanziario e l'accordo sulle aree militari vanno rinegoziati e migliorati."**

*Das jüngste Finanzabkommen zwischen Land und Staat und das Abkommen zu den Militärarealen müssen in wesentlichen Teilen nachverhandelt und nachgebessert werden.*

*Im Finanzabkommen verzichtet das Land Südtirol auf Rekurse gegen den Staat im Streitwert von über 2 Milliarden Euro und akzeptiert fast 50 Jahresraten zur Tilgung einer Schuld von rund einer Milliarde Euro des Staates gegenüber Südtirol, die durch Überschusszahlungen des Landes an den Staat in den Jahren 2015-2017 entsteht.*

*Im Militärabkommen spricht das Land dem Staat Gegenleistungen im Wert von 210 Millionen Euro zu, dafür verschuldet sich das Land mit rund 140 Millionen Euro.*

*Eine Nachbesserung beider Abkommen und eine Vermischung der Verhandlungen ist notwendig. Dies vorausgeschickt,*

● ● ● ● ● ● ● ●

*beschließt*  
*der Südtiroler Landtag*

*Folgendes:*

1. *Der Landtag verpflichtet die Landesregierung das jüngste Finanzabkommen und das Abkommen zwischen Land und Staat über Militärliegenschaften nachzuverhandeln und zum Vorteil des Landes Südtirol nachzubessern.*

2. *Unter anderem sollen folgende Forderungen in die Nachverhandlungen und Nachbesserungen mit eingebracht werden:*

*Im Gegenzug zum Rekursverzicht des Landes vor dem Verfassungsgericht, mit dem das Land auf einen Streitwert von über 2,3 Milliarden Euro verzichtet, soll der Staat zusätzlich seinerseits alle Rekurse gegen Südtiroler Gesetze oder gegen Südtiroler Verwaltungsmaßnahmen und Dekrete zurückziehen.*

*Der Staat soll Südtirol folgende Militärliegenschaften unentgeltlich überlassen:*

*6 Kasernen: Schenoni und Reatto Brixen; Rossi Meran; Piave Toblach; Verdona Vahrn; Mercanti Ep-pan;*

*Teile von 3 Kasernen: Lugramani Bruneck; Battisti Meran; Otto-Huber Bozen;*

*Parkplatz bei Flughafen;*

*Grundstreifen in Bozen, Reschenstraße;*

*Schießstand Moritzing;*

*Munitionsdepot Unterrain.*

*Die rund eine Milliarde Euro, die Südtirol 2015, 2016 und 2017 zuviel an den Staat bezahlt sollen nicht in 50 Jahresraten sondern bis 2022 rückerstattet werden, in welcher Form auch immer – teils finanziell, teils durch Übertragung neuer Zuständigkeiten.*

*Alle im Rahmen der Verhandlungen zu den Militärliegenschaften zu bauenden Immobilien müssen im Eigentum des Landes bleiben und können dem Staat leihweise überlassen werden, bei Nichtbenutzung werden sie Südtiroler Familien oder Betrieben zur Verfügung gestellt.*

*Vom Staat sind die Übertragung der primären Zuständigkeiten im Bereich Sanität und Bildung einzufordern.*

3. *Die Landesregierung erstattet dem Landtag vor Abschluss eines nachverhandelten Finanzabkommens und Abkommens zu den Militärarealen Bericht über die erzielten Verhandlungsergebnisse.*

-----

*Il recente accordo finanziario tra Provincia e Stato e l'accordo sulle aree militari vanno rinegoziati e migliorati nelle loro parti essenziali.*

*Con l'accordo finanziario la Provincia autonoma di Bolzano ritira i ricorsi presentati contro lo Stato per un importo di oltre 2 miliardi di euro e accetta, invece, che lo Stato estingua in una cinquantina di rate annuali il debito accumulato nei confronti dell'Alto Adige a causa di trasferimenti in eccesso della Provincia negli anni 2015-2017.*

*L'accordo sulle aree militari prevede che la Provincia finanzi prestazioni per 210 milioni di euro quale contropartita allo Stato. In questo modo essa si indebita per circa 140 milioni di euro.*

*Alla luce di tali fatti occorre rivedere entrambi gli accordi, unificando le trattative.*

*Ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia  
autonoma di Bolzano  
delibera quanto segue:*

1. *Il Consiglio provinciale impegna la Giunta provinciale a riprendere le trattative sul recente accordo finanziario nonché sull'accordo sulle aree militari tra la Provincia e lo Stato, migliorandone le condizioni per la Provincia autonoma di Bolzano.*

2. *Fra l'altro le trattative dovrebbero portare all'inserimento dei punti migliorativi riportati qui di seguito.*

*Quale contropartita per il ritiro da parte della Provincia dei ricorsi pendenti dinnanzi alla Corte costituzionale per controversie che superano i 2,3 miliardi di euro, lo Stato si impegna a ritirare tutte le impugnazioni di leggi provinciali ovvero di misure amministrative e decreti.*

*L'importo in eccesso di quasi un miliardo di euro che la Provincia autonoma di Bolzano verserà allo Stato negli anni 2015, 2016 e 2017 non va restituito in 50 rate annuali, bensì entro il 2022 – a pre-*

*scindere dalle modalità scelte, ossia in parte con trasferimenti finanziari, in parte assegnando nuove competenze.*

*Tutti gli immobili da realizzarsi in base all'accordo sulle aree militari rimangono di proprietà della Provincia autonoma di Bolzano e vengono ceduti in comodato d'uso allo Stato; nel caso in cui non vengono utilizzati, detti immobili verranno messi a disposizione di famiglie o di aziende altoatesine.*

*Allo Stato va richiesto il trasferimento delle competenze primarie in materia di sanità e istruzione.*

*3. La Giunta provinciale relaziona il Consiglio provinciale in merito all'esito delle trattative prima della stipula del nuovo accordo finanziario e del nuovo accordo sulle aree militari.*

Abgeordneter Pöder, bitte.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Vielen Dank, Herr Präsident. Über das Finanzabkommen wurde hinreichend auch öffentlich diskutiert. Es gibt die unterschiedlichen Wertungen über das uns bisher offiziell mitgeteilte. Ich war und bin nach wie vor der Meinung, dass nachgebessert werden muss. Dabei können Forderungen gestellt werden, die jenseits jeder Realität liegen oder es können ganz konkrete Vorschläge unterbreitet werden. Die Kritikpunkte sind bekannt, ich habe diese auch bereits vorgebracht und sie wurden auch von anderer Seite bestätigt. Senator Palermo hat in seinem Interview nicht unbedingt das Gegenteil behauptet hat von dem was wir hier gesagt haben. Auch Kollege Leitner - und verschiedene mehr - haben dies angemerkt. Also Senator Palermo hat gesagt, die Umkehr des Inkassoprinzips ist nicht die Steuerhoheit für Südtirol, sondern ist eine rein buchhalterische Maßnahme, die jederzeit vom Staat mit einem Federstrich wieder umgekehrt werden kann. Es ist nicht so, dass wir plötzlich Steuern einheben. Es ist nach wie vor so, dass der Staat die Steuern einhebt! Herr Landeshauptmann, ich will jetzt nicht im Einzelnen Bewertungen vornehmen, sondern ich bin einfach der Meinung, dass nachgebessert werden soll. Ich habe heute gelesen, dass dies zumindest in einem Punkt noch geschieht. Wenn es nicht stimmt, freuen wir uns darauf, dass es hier offiziell anders dargestellt wird, mit dem Geld der Region, dieses eine Zehntel Mehrwertsteuer. Aber das ist nicht Ihre Schuld und auch nicht unsere.

Ich bin zumindest der Meinung, wenn wir uns verpflichten auf Rekurse zu verzichten, ich sage nicht auf Geld verzichten, - wohl gemerkt es geht um einen Streitwert, der auch virtuell ist - dann sollten wir dem Staat sagen, er solle es auch tun. Wenn wir einen "außergerichtlichen Vergleich" anstreben, wie Sie es auch genannt haben, dann gehört es dazu, dass auch die Gegenseite den einen oder anderen Rekurs zurückzieht. Das wäre eine akzeptable Nachbesserung, die wir verlangen sollten. Das wäre ein Wunsch.

Man hätte sich hier nicht so weit vorwagen sollen mit den Militärliegenschaften. Wir wissen, der Staat hat Instrumentarien, die Militärliegenschaften nicht zu übergeben. Es ist klar, dass wir hier am kürzeren Hebel sitzen, aber nachdem es um Milliarden geht und wir zahlen in den ersten Jahren relativ viel Geld, könnte man dies irgendwie ausgleichen. Auch jene Milliarde, die wir zu viel bezahlen, hätte man in einem kürzeren Abstand zurückverlangen sollen, nicht in 50 Jahresraten, denn das heißt eigentlich nie. Auch hier sollte man nachbessern. Ich bin der Meinung, man sollte nachverhandeln, um das Maximum herauszuholen. Die Mindestforderung wäre jene, dass man dem Staat sagt, nachdem wir auf Rekurse verzichten, müsse auch er dies tun. Wenn wir eine Milliarde zu viel bezahlen, kann es nicht sein, dass der Staat diese in 50 Jahresraten zurück bezahlt. Man könnte überlegen, dies teilweise mit den Militärliegenschaften zu verrechnen.

Im Übrigen hat es eine Vielzahl von Bewertungen gegeben, wobei ich der Meinung bin, dass wir nicht das Maximum heraus geholt haben. Ich bin auch nicht der Meinung, dass wir das in dieser Form definitiv hinstellen sollen. Ich bin der Meinung, dass wir das eine oder andere mit einbauen sollten. Selbstverständlich verzichten wir hier auf Geld, das ist klar. Wir zahlen auf jeden Fall mehr als wir müssten!

Ich merke, es gibt hier ein unterschiedliches Denken. Einerseits hat es von der Landesregierung von einer Generation zur anderen einen Paradigmenwechsel im Denken gegeben. Sie sind der Meinung, dass wir uns sehr wohl an der Schuldenlast des Staates beteiligen müssen. Ich persönlich bin nicht dieser Meinung! Warum sollten wir das? Weil wir Netto-Empfänger waren. Darüber könnte man mit dem Staat doch noch die eine oder andere Diskussion führen. Was heißt Netto-Empfänger? Was sind all jene Leistungen, die wir nicht erhalten haben? Wenn wir von Großwasserableitungen oder vielen anderen Dingen reden, da war Südtirol in Italien nie Netto-Empfänger. Nie! Erstens haben wir uns nicht gefragt, ob wir überhaupt zu diesem Staat gehören wollen und zweitens hat sich der Staat in Südtirol die Freiheit und das Recht genommen, zu nehmen was er will und zwar zu den schlechtesten Bedingungen. Also Netto-Empfänger waren wir nie. Ich würde mit dem Staat nie in dieser Form diskutieren. Ich denke, nachbessern kann man immer mit einem Beschluss des Landtages im Rücken, der den einen oder anderen Punkt noch mit einbaut. Das sind nicht Dinge, die jenseits jeder Realität sind. Ich halte für selbstverständlich,



dass beide Seiten auf ein weiteres gerichtliches Vorgehen verzichten. Es kann nicht sein, dass nur wir unsere Rekurse zurückziehen und der Staat alle seine Rekurse gegen das Land bzw. die Region aufrecht erhält. Wir setzen uns einer Situation aus, die zwar mit der Umkehr des Inkassoprinzips vielleicht mehr Planbarkeit bedeutet, aber die Möglichkeit 10 Prozent von den jährlichen Zahlungen aufzuschlagen, ist auch nicht in Ordnung. Wir haben im Nachhinein vernommen, dass das unilateral eingefügt wurde. Das ist gar nicht verhandelt worden. Der Staat hat einfach gesagt, dass er noch etwas draufschlagen könne. Senator Palermo hat gesagt, dass es nicht so sei, dass das Land Südtirol hier einen Gewinn machen würde. In den ersten drei Jahren zahlen wir ja mehr, als wir eigentlich erwartet haben. Ich denke also, dass der Landtag der Landesregierung den Rücken stärken sollte. Dass wir uns auch noch dafür bedanken müssen, dass wir dem Staat mehr Geld geben, als wir müssten, kann nicht sein!

**TINKHAUSER (Die Freiheitlichen):** Ich hätte eine Frage. Wer ist für diesen Beschlussantrag zuständig?

**PRÄSIDENT:** Der Landeshauptmann. Wir lassen ihn sofort in den Saal rufen.

**TINKHAUSER (Die Freiheitlichen):** Danke!

Ich möchte einige Anmerkungen zu diesem Beschlussantrag machen. Das Finanzabkommen musste vor drei Wochen Hals über Kopf über die Bühne gebracht werden. Es geht mir nicht darum zu sagen, dass man es hätte besser machen können. Wir sind ja bei den Verhandlungen nicht dabei. Trotzdem möchte ich ein paar Dinge dazu sagen. Wir haben auf 2,3 Milliarden Euro verzichtet. Nachdem wir auf der anderen Seite immer noch die 10 Prozent zahlen, stelle ich mir die Frage, wer jetzt die 90 Prozent kassiert.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** *(unterbricht)*

**TINKHAUSER (Die Freiheitlichen):** Was ist dann Sache? Wir haben laut Ihren Auskünften auf Rekurse im Streitwert von 2,3 Milliarden Euro verzichtet. Wenn wir diese Rekurse gewonnen hätten, hätten wir das Geld also bekommen.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Nein!

**TINKHAUSER (Die Freiheitlichen):** Gut. Was war die Gegenleistung dafür, dass wir auf diesen Streitwert verzichten? Hier hätte man vielleicht einige zusätzliche Kompetenzen nach Hause holen können. Wenn es um derartige Summen geht – wir zahlen für drei Jahre 800 Millionen Euro, danach 476 Millionen Euro für mehrere Jahre –, dann wäre es vielleicht sinnvoll, wenn man sich einmal die Zahlungsströme aufschreiben würde, um zu sehen, was man zahlt und was man zurückbekommt. Wir bekommen im Laufe der Zeit 20 Millionen Euro zurück, was nicht einmal die Zinslast ist, die uns der Staat jetzt mehr abknöpft. Auch das sollten sich die Abgeordneten zu Gemüte führen!

Der Kollege Pöder hat angesprochen, dass hier schon einen Unterschied zu anderen Landesregierungen gibt. Wir beteiligen uns an der Zinsentwicklung des Staates, und das ist für mich ein grundsätzlicher politischer Fehler. Wir zahlen dem Staat nicht zehn Prozent, sondern zwölf oder fünfzehn Prozent des Steueraufkommens des Landes. Das Steueraufkommen des Landes können wir selbst steuern. Die Zinsentwicklung und somit auch die Schuldenentwicklung des Staates haben wir hingegen nicht in der Hand. Das sind drei Punkte, und es ist schon interessant, dass das von der Bevölkerung nicht wahrgenommen wird. Das muss ich leider Gottes feststellen! Wenn es um hunderte von Millionen Euro geht, ist immer wieder festzustellen, dass die Bevölkerung diese Entwicklung nicht verfolgt, obwohl sie für das Land sehr schwerwiegend ist.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Di solito non sono abituato a fare appunti linguistici sui termini usati dai colleghi, però sono già tre o quattro volte che sento una forma linguistica che sarebbe meglio evitare. Il collega Pöder, non me ne abbia, ma lo prendo come ultimo esempio, ha detto "die Italiener". Quando ce l'avete con lo Stato italiano non parlate di "italiani", distinguiamo tra popolo e Stato. La collega Klotz ci ricorda sempre che bisogna distinguere tra Nazione e Stato come apparato, io vi chiedo di distinguere fra popolazione, persone in carne e ossa e Stato, maggioranze che via via ci governano ecc.

Per quanto riguarda il contenuto, ho letto l'elenco delle rivendicazioni che il collega Pöder propone che noi presentiamo al Governo italiano ma qui credo che non si tratti di ripetere la discussione che abbiamo fatto qualche

settimana fa sui contenuti dell'accordo siglato dal presidente Kompatscher e dal presidente Rossi a Roma, ma di capire se noi consideriamo realistica l'idea di riaprire quell'accordo e riaprire una trattativa. Se voi ritenete realistico riaprire la trattativa con il Governo italiano, con quali esiti noi potremmo uscire da questa trattativa? Io ho l'impressione che usciremmo con un accordo peggiore di quello che abbiamo fatto. Con tutte le critiche che anche noi abbiamo fatto a quanto raggiunto, non so se avete notato cosa è successo nelle altre regioni italiane il giorno dopo la firma dell'accordo. C'è stato un coro di proteste, si è detto che c'era sempre questo privilegio delle autonomie speciali, qualcuno ha detto che la guerra è finita per cui non c'è più il sacro confine della patria da difendere, ecc. Una ministra del PD ha detto che bisogna liquidare le autonomie speciali che sono fuori dal tempo e fuori dal mondo. In questo clima e con il fatto che a me risulta che questo accordo deve essere ancorato alla legge di stabilità, anche la legge di stabilità è stata presentata il 15 ottobre, vorrei chiedere al presidente se lui ha qualche informazione su come è andata avanti la storia dopo che è stato firmato l'accordo, ma invito tutti i colleghi, nonostante queste rivendicazioni siano giustificate, soprattutto alcune, trovo per esempio ottima questa idea che gli immobili che costruiamo restino di proprietà della Provincia di Bolzano e vengano dati in comodato, ma il problema è di capire se pensiamo che oggi, primi di novembre, quando già a Roma in quel Parlamento, con quel clima si sta discutendo della legge di stabilità con un accordo che noi abbiamo cercato di blindare in modo tale da non peggiorarlo, se pensiamo sia possibile riaprire una trattativa che ci porti qualcosa di più. Io ho l'impressione che se portiamo a casa quello che è stato preventivato, per questo giro possiamo considerarci soddisfatti. Niente poi vieta che una volta portato a casa il risultato, come abbiamo fatto sempre da 60 anni a questa parte come autonomia, possiamo riaprire la questione nei prossimi mesi, ma sconsiglierei di riapirla nei prossimi due mesi.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich wäre mit Lobeshymnen vorsichtig. Die Tinte kann noch nicht getrocknet sein, da das Finanzabkommen ist noch nicht unterzeichnet ist, obwohl es geheißten hat, dass es dringend notwendig sei. Kollege Dello Sbarba, das höchste Organ des Landes ist der Landtag. Wir tragen die Verantwortung! Wir reden immer von einem Streitwert von 2,3 Milliarden Euro und lassen dabei völlig außer acht, dass bereits mit dem Mailänder Abkommen auf 2 Milliarden Euro verzichtet wurde. Kannst Du das einfach so ohne weiteres gegenüber der Bevölkerung vertreten? Abgestimmt hat hier nicht der Landtag! Das einzige Gremium, das über das Finanzabkommen abgestimmt hat, war der SVP-Parteiausschuss!

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** *(unterbricht)*

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ja, aber kein Parteigremium. Also bitte! In diesem Zusammenhang hätte ich eine ganz konkrete Frage an Sie und an den Landtagspräsidenten. Das ist nur eine rein verwaltungstechnische Frage. Wir haben mit dem Finanzabkommen auch festgelegt, auf sämtliche Rekurse zu verzichten. Man hat uns damals im Fraktionssprecherkollegium mitgeteilt, dass das nicht notwendig wäre, da dies die Region machen würde. Wir haben beim Dreier-Landtag mit Kollegen aus dem Trentino gesprochen, die uns ganz verwundert angeschaut haben, da sie selbstverständlich im Landtag über das Zurückziehen der Rekurse abstimmen. Das wurde uns so mitgeteilt. Stimmt es, dass der Landtag des Trentino per Abstimmung die Rekurse zurückziehen musste? Wenn ja, dann bitte ich um eine rechtliche Überprüfung, inwieweit das auch in Südtirol notwendig wäre. Hier geht es immerhin um Milliardenbeträge. Im Übrigen teile ich die Meinung des Kollegen Pöder, dass es notwendig gewesen wäre, Kompetenzen nach Südtirol zu holen. Wenn der italienische Staat Sparmaßnahmen durchführen will, dann soll er das in Südtirol tun, indem er Kompetenzen an das Land überträgt.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Ich habe mir nicht erwartet, dass die Opposition in Jubelstürme ausbricht, wenn ich mit dem Ergebnis der Finanzverhandlungen zurück nach Südtirol komme. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Opposition auf jeden Fall kritisiert und sagt: "Das ist uns zu wenig. Man hätte mehr erreichen können!" Selbst, wenn da Ergebnis jenes gewesen wäre, dass Südtirol in Zukunft 100 Prozent der Steuereinnahmen bekommt, dann hätte es wohl geheißten: "Warum gibt es nicht auch Zuweisungen für die besondere Notsituation in der Bergregion?" Ich habe mir also nicht erwartet, dass die Opposition ein Abkommen lobt, das die Landesregierung aushandelt!

Grundsätzlich zur Frage des Nachverhandelns. Ich kann Ihnen sagen, dass meine Überzeugung jene ist, dass wir das richtige Timing hatten. Bei Verhandlungen kommt es sehr auf das richtige Timing an, vor allem dann, wenn die Gegenseite die Notwendigkeit hat, zu einem Abschluss zu kommen. Dann ist sie nämlich zu Zugeständnissen bereit. Deshalb war Eile geboten. Wir haben inzwischen eine Einigung über den Text. Jetzt geht es um das Stabilitätsgesetz, und auf die Frage, wie es diesbezüglich weitergehen soll, kann ich Ihnen Folgendes antworten:

Im Zuge der Behandlung des Stabilitätsgesetzes wird ein Änderungsantrag der Regierung vorgelegt werden, mit dem das eingefügt werden soll, was im Finanzabkommen steht. Der ursprüngliche Entwurf vom 15. Oktober hat das natürlich nicht berücksichtigt.

Zur Frage, warum wir uns an die Zinsen des Staates gebunden haben, Folgendes: Bis zum Jahr 2023 wird der Betrag 476 Millionen Euro betragen. Bis dahin wird auch die Inflation für uns arbeiten, mag sie auch noch so gering sein. Es ist nicht ein gutes Zeichen, wenn man sich wünscht, dass die Inflation wieder ein bisschen steigen möge, aber bis dahin arbeitet auf jeden Fall auch die Inflation für uns. Dieser Betrag steigt dahin nicht an, und dann wird geschaut, wie sich die Zinslast entwickelt hat und der Betrag für einen weiteren Fünf-Jahres-Zeitraum festgelegt. Bis zum Jahr 2023 gibt es also eine große Planungssicherheit.

Die Reaktionen der anderen Regionen Italiens ließen natürlich nicht auf sich warten, denn sie waren empört über dieses Abkommen. "Die da oben, die Privilegierten, zahlen jetzt weniger, während wir mehr zahlen müssen", hat es geheißen. In der Tat müssen jetzt zusätzliche Summen auf die anderen Regionen verteilt werden. Ich habe mich nicht groß in die Presse gestellt, habe mich aber gegen die Aussage ausgesprochen, dass man an der Autonomie rütteln müsse. Was das Finanzabkommen selbst anbelangt, war es in diesem Fall, besser zu schweigen, um nicht noch weiter Neid auf sich zu ziehen. Wir lesen ja heute wieder in den Zeitungen, dass es Proteste seitens der Regionen und Gemeinden Italiens gibt, weil diese heftig zur Kasse gebeten werden, unter anderem auch, weil zusätzliche Belastungen, die eigentlich für uns vorgesehen gewesen wären, auf diese aufgeteilt werden. Eine Nachverhandlung wäre wohl eine sehr schlechte Idee, denn dann würde es nicht mehr so ausgehen wie jetzt. Schließlich steht auch die Regierung unter Druck. Es ist auch weiterhin so, Kollege Knoll, dass dieser Betrag dafür verwendet werden kann, um Kompetenzen zu übernehmen. Wir verhandeln ja zur Zeit über die Übernahme des Gerichtspersonals. Das können wir dann mit diesen 476 Millionen Euro ausgleichen. Wir werden nicht unbedingt Zuständigkeiten für den ganzen Betrag ausfindig machen können, aber das Prinzip gilt auf alle Fälle. Von dieser Linie sind wir nicht abgerückt. Ich betone an dieser Stelle ganz klar, dass es grundsätzlich kein Abrücken von der Linie gibt, die es von der vorhergehenden und bisherigen Landesregierung gegeben hat bzw. gibt. Es ist kein Paradigmenwechsel. Geändert hat sich die Finanzlage Italiens, und gerade deshalb haben wir bei diesem Vertrag Wert auf Stabilität gelegt. Die Turbulenzen, die noch kommen werden, können wir nicht vorhersehen. Deshalb wollten wir Sicherheit. Es handelt sich um eine Beitragsleistung, wobei es nicht meine Überzeugung ist, dass wir uns an den Staatsschulden beteiligen müssen. Es ist nun einmal eine Tatsache, dass wir nicht umhin kommen werden, einen Vertrag zu machen.

Nun komme ich zum wesentlichen Punkt, der schon seit Wochen herumgeistert, nämlich auf den Verzicht auf 2,3 Milliarden Euro. Der Kollege Pöder hat es korrekt formuliert, andere haben es dann aber wieder etwas anders erklärt. Der Staat wollte von uns zusätzlich zu den 100 Millionen Euro des Mailänder Abkommens 800 Millionen Euro. Dagegen haben wir Rekurs eingereicht. Wir haben auch deshalb verhandelt, weil wir gewusst haben, dass das der Nachschlag gewesen wäre wie bei den anderen Regionen auch. Es wären nicht die 800 Millionen Euro gewesen, die bereits Monti beschlossen hatte, sondern eine Milliarde und mehr. Man kann jetzt also nicht sagen, dass wir auf das Geld verzichtet hätten. Das ist falsch, denn noch hat uns der Staat das Geld ja nicht genommen. Wir haben uns auf einen niedrigeren Betrag geeinigt. Wenn schon, dann verzichtet man auf 476 Millionen Euro jährlich. Das ist eine Aussage, die korrekt ist. Diese sind wir nolens volens bereit zu zahlen. Ich hoffe also, dass es jetzt allen einleuchtet, dass es ein Märchen ist, dass wir auf 2,3 Milliarden Euro verzichtet hätten. Das war der Streitwert der Rekurse für die Jahre 2015, 2016 und 2017. Das ist aber vom Tisch, das heißt der Staat holt sich dieses Geld nicht mehr. Ich hoffe, dass das jetzt ein für allemal geklärt ist. Selbstverständlich sind auch 476 Millionen Euro jährlich sehr viel Geld und natürlich wäre mir Null lieber. Das ist aber wesentlich weniger als 800 Millionen Euro. Wir haben die Garantie, dass wir nicht darüber hinaus zum Handkuss kommen. Nebenbei konnten wir ein paar Dinge einfahren, die es vorher nicht gab. Die 90 Prozent stehen uns direkt zu und werden von der Agentur bei der Einnahmen bei uns verbucht und wir müssen nicht auf eine Anweisung des Staates warten. Der Staat hat uns diese 90 Prozent bisher zuweisen müssen, was jetzt nicht mehr der Fall ist. Deshalb hat sich der Staat auch darum gesagt, was passiert, wenn wir die zehn Prozent bzw. die 476 Millionen Euro nicht pünktlich überweisen. Jetzt steht klar geschrieben, dass es der Staat dann mit anderen Summen kompensieren kann, beispielsweise durch die Zuweisung der Gelder an die Schulen. Das sind 400 Millionen Euro jährlich, die bei diesen 90 Prozent sehr oft vergessen werden. Jetzt den Versuch zu starten und das Ganze als mittelmäßiges Ergebnis zu klassifizieren, ist einfach ein untauglicher Versuch. Es handelt sich um ein sehr gutes Verhandlungsergebnis, angesichts der Möglichkeiten, die es gab. Es gibt uns Sicherheit für die Zukunft und die Gelegenheit, im Haushaltsvoranschlag 2015 insgesamt 120 Millionen Euro mehr zur Verfügung zu haben. In Zukunft wird es noch größere Spielräume geben. Im Jahr 2016 fällt der Stabilitätspakt weg usw.

Über die Militärareale haben wir uns heute Vormittag schon unterhalten. Dabei ist richtig gesagt worden, dass der Staat immer fingiert hätte. Es ist schwer beweisbar zu sagen, dass er es nicht nützt, wenn er irgendetwas untergestellt hat. Deshalb hat die Region Aosta dieselbe Lösung gefunden, wie wir sie gefunden haben. Im Übrigen sind die Aufträge zum allergrößten Teil an einheimische Unternehmen gegangen. Somit ist der Rückfluss der Gelder gewährleistet und gleichzeitig der Gegenwert der Grundstücke vorhanden.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit dieser Vereinbarung Sicherheit geschaffen haben, die wir in den letzten Jahren nicht hatten. Wir können die Zukunft gestalten, wobei es natürlich wichtig ist, dass das Ganze im Stabilitätsgesetz genauso verabschiedet wird. Das ist ja Teil der Vereinbarung. Es ist auch wichtig, dass es die Verbalnote gibt, mit welcher auch Österreich miteinbezogen wird. Damit haben wir eine zusätzliche Absicherung, denn auch mein Vertrauen in einen Staat, bei dem die Dinge vorher nicht funktioniert haben, hat Grenzen.

Ich werde mich informieren, aufgrund welcher Rechtsgrundlage es im Trentiner Landtag so gemacht wird, wie vom Kollegen Knoll geschildert. Bei uns war die Auffassung jene, dass diese Ratifizierungen nur aufgrund einer ausdrücklichen Bestimmung notwendig sind. Die Entscheidung, ob Rekurs eingereicht wird, liegt ja bei der Exekutive. Der Landtag hat diesbezüglich also eine eingeschränkte Kompetenz. Nachdem es also der Landesregierung obliegt, darüber zu entscheiden, ob eine Rekurs gemacht wird, liegt es auch in der Kompetenz derselben, einen Rekurs zurückzuziehen. Das ist die Rechtsauffassung, die bisher vertreten worden ist. Wir werden das aber nochmals überprüfen.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Der Trentiner Landtag stimmt ab. Die Trentiner Kolleginnen und Kollegen sind darüber verwundert, dass wir nicht abstimmen, aber das ist eine andere Frage. Die Tatsache, dass Ihnen der Kollege Dello Sbarba applaudiert hat, macht mich jetzt noch ein bisschen skeptischer. In einem Punkt hat er aber Recht: Natürlich geht es hier nicht um die Italiener, sondern um den Staat. Auf jeden Fall geht es darum, dass Sie nicht den Applaus von allen erhalten, was daran liegt, dass einige von uns nicht hier sind, um zu applaudieren, allerdings auch nicht unbedingt, um generell alles zu kritisieren. Ich bin der Meinung, dass ein Rekursverzicht in bestimmten Dingen auch einen Rekursverzicht des Staates mit sich bringen muss. Die Militärareale hätten sehr wohl in die Verhandlungen aufgenommen werden müssen. Die eine Milliarde Euro, die wir zurückgekommen, sollte nicht in Fünfzig-Jahres-Raten, ...

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** *(unterbricht)*

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** 300 Millionen Euro zahlen wir zuviel! Das haben Sie uns vorgerechnet!

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** *(unterbricht)*

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Dann hat sich mittlerweile die Berechnung ...

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** *(unterbricht)*

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Wir zahlen mehr als 800 Millionen Euro in den ersten drei Jahren und müssten 476 Millionen Euro zahlen. Da bin ich also nicht Ihrer Meinung. Wie gesagt, wir können gerne noch einmal gemeinsam nachrechnen. Diese Fünfzig-Jahres-Raten gehen so nicht. Meiner Meinung nach müsste das in wesentlich kürzerer Zeit verrechnet werden. Auch im Bereich Sanität einige Zuständigkeiten miteinfordern sollen. Das erlaube ich mir zu sagen, was nicht heißt, dass ich Ihre Verhandlungsergebnisse schmälern will. Ihr habt verhandelt und Eurer Meinung nach das Beste herausgeholt. Ich glaube, dass es ungute Situation ist, wenn das alles so stimmt. Dann stehen wir nämlich prinzipiell mit dem Rücken zur Wand. Das sollte auch Euch zu denken geben. Wenn es so ist, dass der Staat mit uns tun kann, was er will und wir im Prinzip in jeder Hinsicht nicht mehr verlangen können, als uns geboten wird, dann ist das nicht tragbar. Wenn die anderen Regionen schimpfen, dann muss uns das kalt lassen. Dann müssen wir sagen: "Haltet die Klappe! Ihr seid in einer ganz anderen Situation. Wir sind in diesem Staat, nicht, weil wir das wollten. Deshalb nehmen wir uns sehr wohl Rechte heraus, die Euch nicht zustehen. Das wäre ja noch schöner!" Sie sagen, dass sich die Zinslast nicht ändert. Was ist aber, wenn sich die Staatsverschuldung ändert? Dann wird sich die gesamte Berechnungsgrundlage ändern und wir werden mehr zahlen müssen! Wir stehen mit dem Rücken zur Wand und müssen dankbar dafür sein, dass es uns nicht noch schlechter geht. Das sollte schon zu denken geben! Wenn man mit dieser Meinung in Verhandlungen

hineingeht, dann sollten Sie sich überlegen, ob das wirklich die Zukunft sein kann. Silvius Magnago hat nach einem Verhandlungsergebnis einmal gesagt: "Wir können zwar nicht mit einem Glas Sekt anstoßen, aber mit einem Glas guten Südtiroler Wein!" Bei diesem Verhandlungsergebnis können wir nicht einmal mit einem "Leps" anstoßen!

**PRÄSIDENT:** Wir kommen zur Abstimmung über den Beschlussantrag. Ich eröffne die Abstimmung: mit 10 Ja-Stimmen und 21 Gegenstimmen abgelehnt.

Punkt 12 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 1/13 vom 22.11.2013, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Klotz und Zimmerhofer, betreffend die Begnadigung der Süd-Tiroler Freiheitskämpfer"** (Fortsetzung).

Punto 12) all'ordine del giorno: **"Voto n. 1/13 del 22.11.2013, presentato dai consiglieri Knoll, Klotz e Zimmerhofer, riguardante la concessione della grazia agli attivisti sudtirolesi"** (continuazione).

Landeshauptmann Kompatscher, bitte.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Es hat inzwischen Gespräche gegeben, wobei es aber noch keinerlei Auskunft gibt, inwieweit die österreichische Bundesregierung eine Neubewertung vornehmen will. Wir müssen es natürlich nicht davon abhängig machen. Jetzt stellt sich die Frage, ob man abwarten oder über den Begehrensantrag abstimmen will. Die Vorstöße in Rom beim Staatspräsidenten sind immer in Absprache mit dem Bundespräsidialamt erfolgt. Deshalb wollte man sich auch hier abstimmen. Zur Zeit ist es nicht möglich zu erkennen, inwieweit Wien eine Neubewertung vornehmen will.

Der Begehrensantrag ist eine Wiederholung eines Antrages, der mit den Stimmen der Südtiroler Volkspartei angenommen worden ist. Geändert haben sich nur die Prämissen, denen wir nicht zustimmen könnten. Der Landtag sollte nämlich keine geschichtliche Bewertung vornehmen, nachdem die Ereignisse rund um die Porzelscharte immer noch verschiedene Lesearten haben. Ich sage das jetzt völlig wertneutral und kann mir die Dinge nur selbst anschauen und versuchen, mit ein Bild zu machen. Es hat auch Veröffentlichungen von Seiten einiger Aktivisten gegeben, die nicht unbedingt hilfreich waren. Ich denke beispielsweise an Herrn Steger. Das ist der Stand der Dinge. Ich überlasse es Ihnen zu entscheiden, ob Sie noch zuwarten oder über den Begehrensantrag abstimmen wollen.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich würde vorschlagen, dass wir bis zur Dezembersession warten. Ich hatte diese Woche Kontakt mit Mitgliedern des Südtirol-Unterausschusses, der in diese Frage auf eine Reaktion des Südtiroler Landtages wartet. Wir sollten uns dann auch Gedanken darüber machen, wie wir mit den Abstimmungen über die anderen Anträge umgehen, die wir ja ausgesetzt haben.

**PRÄSIDENT:** Die Behandlung des Begehrensantrages wird also ausgesetzt.

Punkt 13 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 207/14 vom 22.8.2014, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend Ausschreibungen, neue Rahmenbedingungen müssen her"**.

Punto 13) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 207/14 del 22.8.2014, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante appalti: urgono nuovi criteri."**

*Die in diesen Tagen entflammte Diskussionen rund um die Ausschreibung des Behindertentransportdienstes zeigt auf, dass eine gute, genaue und endgültige Ausarbeitung eines neuen Landesgesetzes für öffentliche Arbeiten unbedingt notwendig ist. Zur Zeit herrscht große Unsicherheit auf Grund einer sich ständig ändernden Gesetzgebung im Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge. Ein Überblick soll kaum mehr möglich sein. Es soll nicht der niedrigste Preis als einziges Zuschlagskriterium, sondern es soll wieder vermehrt auf die Qualität heimischer Betriebe gesetzt werden.*

*Wir bitten die Landesregierung ein Gesetzestext auszuarbeiten, der den Anwendern Rechtssicherheit bietet und die Stärken der heimischen Unternehmen hervorhebt.*

*All dies vorausgeschickt,*



fordert  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung auf,

1. die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Vergabe von öffentlichen Verträgen dringend neu zu regeln.

-----

*Le polemiche scoppiate in questi giorni in merito agli appalti indetti per il trasporto delle persone con disabilità dimostrano che è assolutamente necessario elaborare una nuova legge provinciale per gli appalti pubblici che sia precisa e definitiva. Attualmente a seguito delle continue modifiche alle leggi sugli appalti pubblici c'è molta insicurezza in questo settore ed è praticamente impossibile avere le idee chiare in merito. Come criterio di aggiudicazione non dovrebbe valere solo quello dell'offerta economicamente più vantaggiosa, ma occorre attribuire nuovamente più importanza alla qualità garantita dalle ditte locali.*

*Invitiamo pertanto la Giunta provinciale a elaborare un testo di legge che offra agli utenti più certezza del diritto e che consenta di far emergere i punti di forza delle imprese locali.*

*Ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
invita*

*la Giunta provinciale*

1. a rivedere urgentemente le disposizioni di legge vigenti in materia di appalti pubblici.

Frau Abgeordnete Artioli, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** *"Le polemiche scoppiate in questi giorni in merito agli appalti indetti per il trasporto delle persone con disabilità dimostrano che è assolutamente necessario elaborare una nuova legge provinciale per gli appalti pubblici che sia precisa e definitiva. Attualmente a seguito delle continue modifiche alle leggi sugli appalti pubblici c'è molta insicurezza in questo settore ed è praticamente impossibile avere le idee chiare in merito. Come criterio di aggiudicazione non dovrebbe valere solo quello dell'offerta economicamente più vantaggiosa, ma occorre attribuire nuovamente più importanza alla qualità garantita dalle ditte locali. Invitiamo pertanto la Giunta provinciale a elaborare un testo di legge che offra agli utenti più certezza del diritto e che consenta di far emergere i punti di forza delle imprese locali.*

*Ciò premesso, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano invita la Giunta provinciale a rivedere urgentemente le disposizioni di legge vigenti in materia di appalti pubblici."*

So che l'associazione "Lebenshilfe" in questi giorni non sa chi deve fare il trasporto degli invalidi, perché la ditta che ha vinto l'appalto pare non abbia né le capacità né le competenze per farlo. Chiedo se pensiamo di rivedere questa cosa. Faccio un altro esempio, visto che è presente l'assessore Tommasini. Avevamo una grandissima ditta con sede in Zona Industriale a Bolzano, che riforniva le scuole di penne, matite, nastro adesivo e tutto il materiale scolastico. La ditta ha perso la gara di appalto, ha licenziato 13 persone e adesso nelle scuole abbiamo materiale talmente scadente che colgo l'occasione per suggerire all'assessore di controllare questo appalto, perché gli insegnanti prendono il materiale fornito, lo buttano direttamente nel cestino e vanno con i loro soldi a comprare quello che serve loro, compresa la colla che non incolla! E questo materiale arriva da Roma. Finché avevamo il nostro fornitore in Alto Adige tutto funzionava bene, mentre adesso c'è questo problema. Le matite si spezzano senza il minimo sforzo. Sono venute da me alcune insegnanti a farmi vedere il materiale che è scadentissimo. Anche qui si dovrebbe trovare un sistema per riuscire ad evitare questi disastri, perché è vero che loro hanno vinto la gara d'appalto perché hanno fatto un'offerta più bassa, ma ci ritroviamo con materiale scadente, con il rischio che l'assessore debba disdire questo appalto e dovremmo riuscire a dare l'incarico alla ditta precedente che però ha ormai licenziato 13 persone. Ha dato disdetta di affitto per il magazzino che aveva da anni, di conseguenza la famiglia che lui aveva come affittuari, sempre altoatesina, ha gravi problemi finanziari. Se guardiamo questi retroscena, abbiamo fatto un disastro.

L'associazione "Lebenshilfe" continua a protestare dicendo che loro hanno subito un danno gravissimo con la perdita di quella gara d'appalto. Pensiamo a cosa è successo in Consiglio provinciale quando è stata fatta una gara di appalto per avere la "Rassegna Stampa" vinta da una ditta non ricordo bene se veniva dalla Puglia o dalla Calabria, non riuscivano a tradurre niente, quel sito non funzionava, ma abbiamo avuto anche il coraggio di pagarli, per fortuna abbiamo dato loro la metà di quanto pattuito, ma ormai il danno era stato fatto. Fatto sta che noi

consiglieri non abbiamo ancora niente, perché stiamo ancora decidendo e valutando come poter fare. Siamo costretti a fare delle gare europee e poi ci ritroviamo i calabresi o i pugliesi che non parlano una parola di tedesco!

Dobbiamo avere il coraggio di intervenire e pretendere la qualità che è la cosa fondamentale. Non si può valutare solo il prezzo nelle gare di appalto.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich möchte zwei Dinge auseinanderhalten. Eines ist der Transportdienst für Behinderte, etwas anderes sind grundsätzlich öffentliche Arbeiten. Das muss man schon trennen. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, dass Dienstleistungen im Sozialbereich nicht ausgeschrieben werden müssen. Was die öffentlichen Ausschreibungen grundsätzlich anbelangt, bedarf es einer Überarbeitung. Da hat die Kollegin Artioli sicher Recht. Wenn man in einem Beschlussantrag fordert, dass die Rahmenbedingungen geändert werden sollen, ohne zu sagen, wie das geschehen soll, dann ist das ein bisschen wenig. Die Landesregierung könnte ja auch hergehen und es noch schlimmer machen. Kollegin Artioli, sei mir nicht böse, aber so könnte ich dem nie zustimmen. Damit impliziert man nämlich auch eine Verschlechterung. Ich verstehe schon, was Du sagen willst, aber wenn der Text so bleibt, dann kann es auch zu einer Verschlechterung kommen. Man muss man hineinschreiben, was man will. Ich höre die Landesregierung schon sagen, dass man dies ja eh schon mache. Landesrätin Deeg ist jetzt nicht hier. Wenn man sie so reden hört, dann hat sie schon angefangen, bevor sie im Landtag war.

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Vielleicht kann die Einbringerin den beschließenden Teil umformulieren. Es würde genügen, wenn sie schreibt: "... im Sinne des letzten Absatzes der Prämissen." Dort steht ja: "*Wir bitten die Landesregierung, einen Gesetzestext auszuarbeiten, der den Anwendern Rechtssicherheit bietet und die Stärken der heimischen Unternehmen hervorhebt.*" Das wäre eine Ausrichtung und dann könnte ich mich für den Beschlussantrag aussprechen. Ich möchte zunächst schon die Frage stellen, wie es möglich ist, dass sich im Nachhinein herausstellt, dass nicht darauf Bedacht genommen wurde, dass es sich bei der Lebenshilfe um einen nicht gewinnorientierten Verein handelt. Bei der Firma aus Lecce hat sich ja herausgestellt, dass bis zum Schluss noch Steuern draufzuzahlen sind. Wir haben zwar gehört, dass die Firma einen Teil der Begleitpersonen der Lebenshilfe übernehmen wird. Was geschieht mit den Autos, die die Lebenshilfe angekauft hat? Wir haben gehört, dass dieses Unternehmen aus Lecce nicht einmal die Lizenz für solche speziellen Transporte hat. Die Unternehmen, die hier im Lande arbeiten, können es sich nicht leisten, Pfusch zu liefern. Denkt einmal mit Hausverstand und trachtet nach allen Möglichkeiten, den hiesigen Leuten Arbeit zu geben. Hier geht es um Glaubwürdigkeit und um Qualität! Was hat man sich denn dabei gedacht? Wem überlasst Ihr solche Entscheidungen? Ich möchte jetzt nicht mehr dazu sagen, denn sonst kommt was Grobes!

**PRÄSIDENT:** Es ist jetzt 18.00 Uhr. Wir fahren morgen mit der Behandlung des Beschlussantrages fort.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

*Danke, die Sitzung ist geschlossen.*

**Ore 18.00 Uhr**

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:**

**Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ACHAMMER (33)

AMHOF (31)

ARTIOLI (42, 45, 47, 59)

BLAAS (43, 48)

DEEG (20)

DELLO SBARBA (3, 4, 38, 54)

FOPPA (7, 14, 36)

HEISS (7, 28, 34, 49)

HOCHGRUBER KUENZER (2)

KLOTZ (13, 30, 35, 37, 44, 46, 60)

KNOLL (1, 9, 14, 18, 19, 36, 38, 39, 45, 49, 55, 58)

KÖLLENSPERGER (31, 36, 48, 51)

KOMPATSCHER (2, 15, 17, 18, 36, 40, 55, 58)

LEITNER (1, 4, 8, 12, 20, 37, 39, 46, 50, 60)

OBERHOFER (30, 32)

PÖDER (15, 20, 32, 38, 53, 57)

SCHIEFER (31, 44)

SCHULER (50)

STEGER (2, 8, 13, 29, 33, 38, 39)

STIRNER (29)

STOCKER M. (46)

STOCKER S. (9, 11, 16)

THEINER (9)

TINKHAUSER (6, 10, 54)

TOMMASINI (34)

URZÌ (4, 12, 20, 32, 34, 36, 39, 40, 49)

ZIMMERHOFER (7, 15, 19, 21, 50)